



universität  
wien

# Diplomarbeit

Titel der Magisterarbeit

„Zionismus und Araberfrage“  
„Am Beispiel zionistischer Persönlichkeiten bis zum britischen  
Mandat“

Verfasser

Werner Häfele

angestrebter akademischer Grad

Magister der Philosophie

Wien, im Oktober 2008

Studienkennzahl lt. Studienblatt:  
Matrikelnummer  
Studienrichtung lt. Studienblatt:  
Betreuer:

A300 379  
8205215  
Politikwissenschaft  
O. Univ. Prof. Dr. Peter Gerlich



*Für Irene  
Danke für deine  
Unterstützung!*



# INHALT

EINLEITUNG	S 2
I. TEIL	
1. Theodor Herzl.	S 4
2. Max Isidor Bodenheimer	S 12
3. Max Nordau	S 15
4. Arthur Ruppin	S 17
5. Chaim Weizmann	S 22
6. David Ben Gurion	S 29
7. Izchak Epstein	S 33
8. Achad Haam	S 35
9. Martin Buber	S 39
10. David Aron Gordon	S 42
11. Vladimir Zeev Jabotinsky	S 46
12. Beer Borochov	S 54
II. TEIL	
1. Allgemeines	S 59
2. Der I. Zionisten-Kongress	S 60
3. Der II. Zionisten-Kongress	S 62
4. Der III. Zionisten-Kongress	S 62
5. Der IV. Zionisten-Kongress	S 63
6. Der V. Zionisten-Kongress	S 63
7. Der VI. Zionisten-Kongress	S 63
8. Der VII. Zionisten-Kongress	S 64
9. Der VIII. Zionisten-Kongress	S 66
10. Der IX. Zionisten-Kongress	S 67
11. Der X. Zionisten-Kongress	S 69
12. Der XI. Zionisten-Kongress	S 72
13. Der XII. Zionisten-Kongress	S 73
III. TEIL	
Die Friedenskonferenzen	S 88
SCHLUSSBEMERKUNG	S 91
ENDNOTEN	S 94
LITERATUR	S 103

## Einleitung

Der Titel meiner Arbeit enthält zwei Begriffe, die in einem unmittelbaren Zusammenhang miteinander stehen. Mit der Bedeutung des Einen, des Zionismus, wuchs auch die Dringlichkeit des Anderen, der Araberfrage. Die Geschichte des Zionismus ist auch die Geschichte des arabischen Widerstandes. So entwickelte sich die Araberfrage des Zionismus zum Nahostkonflikt, zu einem Konflikt, der schon lange über die Grenzen Palästinas hinausgewachsen ist. Und es stellt sich unweigerlich die Frage nach dem Ursprung dieses Konfliktes. Und ob in den Anfängen der zionistischen Bewegung die Araberfrage überhaupt gestellt wurde und welche Bedeutung ihr zugemessen wurde.

Die Fragestellung dieser Arbeit ist daher folgende:

Wie ist der Zionismus von seinen Anfängen bis zum britischen Mandat über Palästina mit der Araberfrage umgegangen?

Um diese Frage zu beantworten, möchte ich die Aussagen einiger zionistischer Persönlichkeiten im Hinblick auf die Araberfrage darlegen. Die Auswahl der Personen soll ein breites Spektrum unterschiedlicher Herangehensweisen an die Araberfrage aufzeigen.

Die zionistischen Persönlichkeiten, mit denen ich mich in dieser Arbeit beschäftige, sind: **Theodor Herzl**, der Begründer der zionistischen Bewegung und der erste Präsident der Zionistischen Weltorganisation; **Max Isidor Bodenheimer**, ein wichtiger Vertreter des Zionismus in Deutschland und Direktor des „Jüdischen Nationalfonds“; **Max Nordau**, ein Mitstreiter Herzls und sein Nachfolger als Präsident der Organisation; **Arthur Ruppin**, der als Leiter des Palästinaamtes für das zionistische Aufbauwerk verantwortlich war; **Chaim Weizmann**, der für den Zionismus wichtige politische Erfolge errang und der erste Staatspräsident des Staates Israel (1948-52) wurde; **David Ben Gurion**, er verlas bei der Staatsgründung die Unabhängigkeitserklärung und war der erste Ministerpräsident und Verteidigungsminister des neuen Staates;

**Izchak Epstein**, einer der früh die Araberfrage in ihrer Bedeutung erkannte; **Achad Haam**, ein Kulturzionist, der Palästina als neues geistiges Zentrum für das Judentum aufbauen wollte; **Martin Buber**, der Philosoph unter den Zionisten, der einen Wandel des Zionismus in Bezug auf die Araberfrage herbeiführen wollte; **David Aron Gordon**, Begründer der Ideologie von Boden und Arbeit; **Vladimir Jabotinsky**, ein Zionist mit extremen Positionen und einer unnachgiebigen Haltung in der Araberfrage; **Beer Borochov**, ein Vertreter der marxistisch-sozialistischen Richtung innerhalb des Zionismus.

Die Arbeit gliedert sich in drei Teile.

Im ersten Teil beschreibe ich die angeführten zionistischen Persönlichkeiten und ihren Umgang mit Araberfrage.

Der zweite Teil hat die Zionistenkongresse, vom ersten bis zum zwölften Kongress, zum Inhalt. Die Zionistenkongresse waren das Hauptorgan der Zionistischen Organisation und für die Mitglieder der Organisation die wichtigste Plattform, wo sie sich zu vielen, den Zionismus betreffenden Themen, äußern konnten. Hier kommen auch Zionisten zu Wort, die im ersten Teil nicht erwähnt werden.

Im dritten Teil werden die für den Zionismus relevanten Ereignisse während den Friedensverhandlungen nach dem Zerfall des Osmanischen Reiches dargestellt.

Methode: Literaturvergleich, Vergleich von Primärquellen, wie z.B. die Protokolle der Zionistenkongresse

# I. TEIL

## 1. THEODOR HERZL (1860-1904)

Theodor Herzl wurde in Budapest im Mai 1860 als Sohn eines wohlhabenden Kaufmannes geboren. Sein Vater beachtete noch bis zu einem gewissen Grade die jüdischen Gebräuche und Gewohnheiten. Im geistig- kulturellen Sinn war der Einfluss der Mutter tragend, die ganz in deutscher Bildung aufgewachsen ist. Aufgrund eines latenten Antisemitismus wechselte er von der Realschule in ein evangelisches Gymnasium, wo die jüdischen Schüler die Mehrzahl bildeten. Während dieser Zeit wandte er sich vom Judentum weitgehend ab.

1878 übersiedelte die Familie nach Wien. Hier immatrikulierte Herzl an der juristischen Fakultät und beendete das Studium nach sechs Jahren. Die folgende Beschäftigung am Landesgericht Wien erfüllte ihn jedoch wenig und so beschloss er Schriftsteller<sup>1</sup> zu werden. Mit wechselndem Erfolg versuchte er sich als Theaterautor bis er 1891 eine Anstellung bei der liberalen Wiener Zeitung, die „Neue Freie Presse“ erhielt. Von 1891-1896 war er für diese Zeitung als Korrespondent in Paris tätig.

Herzl war mit dem Phänomen des Antisemitismus seit seiner Jugendzeit vertraut, und beobachtete nun in Frankreich, dem Land, wo die Gleichberechtigung der Juden mit der Revolution von 1789 ihren Ausgang nahm, das Auftreten einer neuen Art des Antisemitismus. Herzl kam zur Überzeugung, dass die Judenfrage weder eine nationale, noch eine konfessionelle sondern eine soziale Frage ist; und er war der Ansicht, dass der Antisemitismus eine Folge der Judenemanzipation ist. Durch die Dreyfus-Affäre<sup>2</sup> gelangte Herzl endgültig zur Überzeugung, dass Gleichstellung und Gleichberechtigung die jüdische Frage nicht lösen werden. Zugleich war die Affäre der Auslöser für Herzls zionistisches Engagement.<sup>3</sup>

Ursprünglich als „Rede an die Rothschilds“<sup>4</sup> gedacht, schrieb er in wenigen Tagen den Entwurf zur späteren Broschüre „Der Judenstaat

Versuch einer modernen Lösung der Judenfrage“ (1896). „Der Judenstaat“ ist eine „Kombination aus einem politischen Manifest und einem juristischen Schriftsatz“.<sup>5</sup> Im Gegensatz zu früheren Veröffentlichungen anderer Autoren verschaffte Herzl mit seiner Broschüre den Ideen des Zionismus, die schon seit längerem vorhanden waren, den endgültigen Durchbruch und die Aufmerksamkeit der jüdischen und weltweiten Öffentlichkeit.<sup>6</sup>

In der Einleitung zum Judenstaat erklärt Herzl das Wesen und den Wert seines Planes. In einem allgemeinen und in einem besonderen Teil beschreibt er die genaue Durchführung der Judenwanderung. Die Frage, ob die jüdische Ansiedlung in Argentinien<sup>7</sup> oder in Palästina beheimatet sein soll, bleibt zwar offen aber emotional tendiert er doch zu Palästina. Allein schon im Namen der alten historischen Heimat sieht er einen ‚gewaltigen ergreifenden Sammelruf‘. Der Vorteil für Europa – „Für Europa würden wir dort ein Stück des Walles gegen Asien bilden, wir würden den Vorpostendienst der Kultur gegen die Barbarei besorgen. Wir würden als neutraler Staat im Zusammenhang bleiben mit ganz Europa, das unsere Existenz garantieren müsste.“<sup>8</sup>

Die Möglichkeit einer bereits ansässigen Bevölkerung spricht er nur im Kapitel „Theokratie“ an: „Und fügt es sich, dass auch Andersgläubige, Andersnationale unter uns wohnen, so werden wir ihnen einen ehrenvollen Schutz und die Rechtsgleichheit gewähren. Wir haben die Toleranz in Europa gelernt.“<sup>9</sup>

Nicht ganz so tolerant liest sich ein Tagebucheintrag vom 12. Juni 1895. Herzl notierte in dieser Zeit auch die Grundzüge vom der „Rede an die Rothschilds“ in sein Tagebuch.

„Bei der Landnahme bringen wir dem Aufnahmestaate gleich Wohlfahrt zu. Den Privatbesitz der angewiesenen Ländereien müssen wir sachte expropriieren. Die arme Bevölkerung trachten wir unbemerkt über die Grenze zu schaffen, indem wir ihr in den Durchzugsländern Arbeit verschaffen, aber in unserem eigenen Lande jederlei Arbeit verweigern. Die besitzende Bevölkerung wird zu uns übergehen. Das Expropriationswerk muss ebenso wie die Fortschaffung der Armen mit Zartheit und Behutsamkeit erfolgen. Die Immobilienbesitzer sollen glauben, uns zu prellen, uns über dem Wert zu verkaufen. Aber zurückverkauft wir ihnen nichts“<sup>10</sup>

Im nächsten Absatz spricht er von der Duldung Andersgläubiger, deren Eigentum, Ehre und Freiheit den absoluten Schutz genießen werden.

Derek J. Penslar<sup>11</sup> interpretiert in „Mythos und Gegenmythos“ diesen Tagebucheintrag und beschreibt eine Reihe weiterer Interpretationen diverser zionistischer und antizionistischer Autoren. Penslar zufolge durchlebte Herzl zwischen dem 5. und 15. Juni einen manischen Anfall. In dieser kurzen Zeit schrieb er dreiundachtzig Seiten in sein Tagebuch und fürchtete dabei seinen Verstand zu verlieren. „Und tatsächlich weisen die Einträge die sprichwörtliche Klarheit des Verrückten auf. (...) Inmitten der Vielzahl von Seiten wunscherfüllter Fantasien und entfesseltem Zorn aus dem Inneren seiner Seele, kritzelte Herzl die berüchtigte Passage über die Enteignung der Einheimischen nieder.“

Penslar deutet Herzls Zeilen als die eines ‚Möchtegern-Politikers‘, der durch den Kontakt mit Machtpolitik gezwungen ist, alle möglichen Ansichten zu einem großen Projekt, ständig zu modifizieren.

In einem Artikel, den Herzl als Antwort auf eine Kritik am „Judenstaat“ in Anatole Leroy-Beaulieus Buch „l'Antisemitismus“ aus dem Jahr 1897 schrieb, betonte er die wirtschaftlichen und kulturellen Vorteile für die Bewohner Palästinas Herzl schrieb: „Und was soll mit den jetzigen Bewohnern Palästinas geschehen? Erkundigt sich Herr Leroy-Beaulieu. Was? Die wären nach unserer Ansicht am besten daran, weil sie Arbeit, Verkehr und Kultur in ihr armes verkarstetes Land bekämen.“<sup>12</sup>

Nach einer weiteren Niederlage mit Edmond Rothschild, der die politischen Voraussetzungen für eine umfangreiche Einwanderung in Palästina für unmöglich hielt, sah sich Herzl gezwungen, die jüdischen Massen direkt anzusprechen und in Unruhe zu versetzen; durch einen Kongress, der alle Zionisten der verschiedenen Länder zusammenbringen sollte. So wurde am 29. August 1897 in Basel der erste Zionistenkongress abgehalten.<sup>13</sup>

Nach seiner ersten Palästina-reise im Herbst 1898 beschrieb Herzl das Land als verwahrlost und arm, mit verfallenen Dörfern und Feldern,

die nicht bewirtschaftet würden. Nur die bereits bestehenden jüdischen Kolonien bezeichnete er als ‚Oasen in der Wüste‘. Die wenigen Siedlungen überzeugten ihn, dass auch noch ‚Hunderte und Tausende‘ weitere entstehen könnten.<sup>14</sup> Der eigentliche Grund seiner Reise war jedoch nicht die Besichtigung des Landes sondern eine Audienz mit dem deutschen Kaiser Wilhelm II,<sup>15</sup> der für die zionistischen Ambitionen als Fürsprecher beim Sultan des Osmanischen Reiches, Abdul Hamid II. eintreten sollte. Die alleinige, für ihn bedeutsame Frage war, wie der Zionismus das rechtliche Umfeld für die Besiedlung des Landes schaffen kann, einen „Charter“<sup>16</sup> beim Souverän des Landes, dem Sultan, zu erlangen. Sein erster Versuch, mit dem Sultan Verbindung aufzunehmen, scheiterte in Juni 1896. Eine Audienz war damals nicht zu erreichen. Erst 1901 und 1902 verhandelte Herzl mit dem Sultan. Aber sein Plan, dem osmanischen Reich für die Überlassung Palästinas aus der misslichen finanziellen Lage zu helfen, schlug fehl.<sup>17</sup>

Am 1. März 1899 wandte sich Yusuf Diya al-Khalidi, der ehemalige Bürgermeister von Jerusalem und Abgeordneter im osmanischen Parlament, brieflich an Zadok Kahn, den Oberrabbiner von Paris. In diesem Brief lobte er das Vorhaben des Zionismus, das jüdische Volk wieder als unabhängige Nation zu konstituieren. Die Wirklichkeit und die brutale Gewalt der Umstände würden dem Zionismus dagegen nicht die geringste Hoffnung auf Verwirklichung seiner Pläne lassen. Al-Khalidi betonte, dass Palästina ein integraler Bestandteil des Osmanischen Reiches sei, und bereits bewohnt wäre. Er fragt, wie die Führer des Zionismus annehmen können, die heiligen Stätten den beiden anderen Religionen zu entreißen. Er glaubte auch nicht, dass irgendeine mächtige Nation den Juden helfen werde, sich Palästina zu bemächtigen. „Es gibt guten Grund, eine Volksbewegung gegen Ihre seit so vielen Jahren unglücklichen Glaubensgenossen zu befürchten, die fatal für diese sein könnte, und die die türkische Regierung mit dem besten Willen der Welt nicht leicht würde ersticken können. (...). Bei Gott, die Erde ist so groß, es gibt noch unbewohnte Länder, (...) Aber, um Gottes Willen, man soll Palästina in Ruhe lassen.“<sup>18</sup>

Herzls Antwort erfolgte am 19. März. Er betonte die friedliche Absicht des Zionismus, die Unantastbarkeit der heiligen Stätten und den ökonomischen Vorteil für die Türkei, den eine Besiedlung Palästinas unweigerlich mit sich bringen würde. „Sie sehen ein anderes Problem in der Existenz der nichtjüdischen Bevölkerung in Palästina. Wer denkt schon daran sie zu entfernen! Gerade ihr Wohlergehen und ihren persönlichen Reichtum werden wir vermehren, indem wir den unseren bringen.“<sup>19</sup>

Den Nachtrag, wo Herzl sich selbst als einen ‚aufrichtigen Freund der Türken‘ bezeichnet, deutet Schäfer (Ebenda, S. 150.) als Versuch, einen neuen Fürsprecher am osmanischen Hof für seine Politik zur Erlangung eines Charters für die legale Einwanderung zu gewinnen.<sup>20</sup>

Die Warnung al-Khalidis, der Widerstand in der einheimischen Bevölkerung Palästinas könnte wachsen und nicht nur für die Juden in Palästina sondern für die Juden in der ganzen Türkei zur Gefahr werden, machte auf Herzl keinen nachhaltigen Eindruck. Dass in den politischen Tagebüchern Herzls so gut wie keine Aussagen über seine Einstellung zu den Arabern zu finden sind, nicht einmal nach seiner Rückkehr aus Palästina besage nicht, dass diese Frage für ihn nicht existierte, „wissen wir doch, dass Herzl im Laufe der Zeit sein Tagebuch immer mehr als Rechenschaftsbericht für die Nachwelt betrachtete und spontane Äußerungen beziehungsweise nicht zu Ende gelöste Probleme nicht mehr seinem Tagebuch anvertraute.“<sup>21</sup>

Im Oktober 1902 erschien Herzls utopischer Roman „Altneuland“; den ersten Entwurf des Romans skizzierte er bereits 1899 nach seiner ersten Palästina-reise.<sup>22</sup> Die Handlung des Romans beginnt 1902 und endet 1923. Im ersten Teil des Romans schildert Herzl den Zustand Palästinas um 1902. Er beginnt bei der Beschreibung des Landes mit der Ankunft in Jaffa. Die Lage der kleinen Hafenstadt am blauen Meer sei zwar herrlich, aber die Stadt selber mache einen vernachlässigten unsauberen und verwahrlosten Eindruck. „Arme Türken, schmutzige Araber, scheue Juden lungerten herum, alle träg, bettelhaft und hoffnungslos. Ein sonderbarer Moderduft, wie von Gräbern, beengt einem

das Atmen.“<sup>23</sup> Auch die Bahnfahrt nach Jerusalem bietet ein Bild ‚tiefster Verkommenheit‘. „Die mageren Äcker wie verbrannt. Schwärzliche Dörfer von Arabern. Die Bewohner haben ein angsteinflößendes Aussehen. Die Kinder spielen nackt im Straßenstaube. Und in der ferne des Horizonts sieht man die entwaldeten Berge Judäas.“<sup>24</sup> Von der einstigen und gegenwärtigen Kultur seien nur wenige Spuren zu sehen. Jerusalem biete zwar einen ‚ergreifenden Anblick‘ bei Nacht aber am Tag herrsche „Geschrei, Gestank, ein Geflirr unreiner Farben, ein Durcheinander zerlumpter Menschen in den dumpfen Gassen, Bettler, Kranke, hungernde Kinder, kreischende Weiber, heulende Händler. Tiefer konnte das einst so königliche Jerusalem nicht sinken.“<sup>25</sup> Lediglich die jüdischen Kolonien bilden einen Lichtblick in der verdorrten Umgebung. Die beiden Siedlungen Rischon Le Zion und Rehovot<sup>26</sup> beschreibt er als Oasen, in denen die fleißigen jüdischen Siedler das Land wieder zum Leben erweckt haben.<sup>27</sup>

Zwanzig Jahre später ist Palästina nicht wieder zuerkennen. Die Rückkehr der Juden nach Palästina hat inzwischen eingesetzt. Das Land ist aufgeblüht, die moderne Technik hat Einzug gehalten. Die ökonomischen, sozialen und kulturellen Probleme sind zur Zufriedenheit aller gelöst worden. Das Grundprinzip der neuen Gesellschaft ist die Toleranz, daher hat auch die Rückkehr der Juden zu keinen Spannungen mit den arabischen Bewohnern des Landes geführt. Juden und Moslems leben als gleichberechtigte Bürger des Landes miteinander.

Eine der Hauptpersonen des Romans der Jude David Littwak, eine führende Persönlichkeit in der neuen Gesellschaft und sein arabischer Freund Reschid Bey führen zwei Besucher durch Herzls neues Palästina. Auch Reschid Bey, ein Moslem, ist ein Mitglied der neuen Gesellschaft. „Sein Vater war einer derjenigen, die den Vorteil der Judenwanderung sofort begriffen. Er machte unseren ökonomischen Aufstieg mit, und wurde reich.“<sup>28</sup> Der Behauptung Littwaks: „Wir Juden haben Kultur hierher gebracht“ entgegnet Reschid Bey: „Verzeihen sie mein Bester! Diese Kultur war auch früher da, wenigstens andeutungsweise. Schon mein Vater hat Orangen in großer Zahl gepflanzt.“<sup>29</sup>

Die Frage - „Sind die früheren Bewohner von Palästina durch die Einwanderung der Juden nicht zugrunde gerichtet worden? Haben sie nicht wegziehen müssen. Ich meine: im Großen und Ganzen. Dass einzelne dabei gut fahren, beweist ja nichts.“<sup>30</sup> – verneint Reschid Bey entschieden, denn für alle brachte die Einwanderung der Juden Vorteile, besonders für die Besitzenden, die ihre Grundstücke für einen guten Preis verkaufen konnten und jene, die nichts besaßen haben am meisten profitiert. „Es hat nichts Armseliges und Jämmerliches gegeben, als ein arabisches Dorf in Palästina zu Ende des neunzehnten Jahrhunderts.“<sup>31</sup>

Auch die Frage ob die Juden von der ansässigen Bevölkerung nicht als Eindringlinge betrachtet wurden, verneint Reschid Bey: „Würden sie den als Räuber betrachten, der Ihnen nichts nimmt, sondern etwas bringt? Die Juden haben uns bereichert, warum sollten wir ihnen zürnen? Sie leben mit uns wie Brüder, warum sollten wir sie nicht lieben?“<sup>32</sup>

Gegen Ende des Romans wird die Toleranzfrage in ihrer Bedeutung noch einmal hervorgehoben. Sie erregte in der neuen Gesellschaft im Jahr 1923 noch einmal die Gemüter. Ein gewisser Rabbi Dr. Geyer, Anführer einer extremistischen Partei, betrachtete allein die Juden als Mitglieder der neuen Gesellschaft. David Littwak, Führer der gemäßigten Partei, die für Gleichberechtigung von Juden und Moslems eintritt, gewinnt aber schließlich die Wahl zum Präsidenten der neuen Gesellschaft.<sup>33</sup> Mit dem Sieg der Toleranz endet Herzls Roman.

Nach Yosef Gorny (1987, S. 31.) zeigt Herzl in seiner Auseinandersetzung mit der arabischen Frage Verständnis für die kulturellen Probleme, die das Aufeinandertreffen von Juden europäischen Ursprungs mit den Einheimischen verursachen könnten. Ihm sei auch klar gewesen, dass nicht erst die Juden die Plantagenwirtschaft ins Land gebracht haben. Herzl bevorzuge die Gleichberechtigung, Juden und Moslems sind gleichberechtigte Mitglieder der neuen Gesellschaft. Wie Herzl in „Altneuland“ beschreibt, glaubte er, dass die Bewohner Palästinas die westliche Kultur annehmen werden, wodurch eine Verschmelzung der beiden Bevölkerungsgruppen stattfinden würde. Wobei aber jede Gruppe ihre jeweiligen kulturellen Eigenheiten bewahren kann.

Auch den Frauen gesteht Herzl in seiner neuen Gesellschaft das aktive und passive Wahlrecht zu. Den arabischen Frauen bleibt es freigestellt, ob sie am politischen Leben teilhaben wollen oder es vorziehen, gemäß den muslimischen Sitten, innerhalb ihres traditionellen orientalischen Haushaltes zu bleiben.<sup>34</sup> Herzl spricht aber in der Beziehung zwischen Juden und Arabern, dort wo er von Juden und Moslems spricht, nur die religiöse Ebene an, einen möglichen national motivierten Widerstand zieht Herzl offenbar nicht in Betracht; und darin sieht Gorny (Ebenda, S. 33.) die Zeichen der Zeit.

Herzls indifferente Haltung gegenüber der bereits in Palästina lebenden arabischen Bevölkerung, die aus den aufgezeigten Äußerungen ersichtlich wird, zeigt, dass er sich mit dieser nicht in allen Konsequenzen auseinandergesetzt hat. Die Frage der Toleranz spielte bei ihm jedoch eine wichtige Rolle. Seine Erfahrungen mit dem Antisemitismus wollte er anderen nicht zumuten. Seine Bemühungen in Bezug auf Palästina richtete er auf den Beherrscher des Landes. Beim Sultan des Osmanischen Reiches versuchte er einen „Charter“ für Palästina zu erwirken, in der Bevölkerung selbst sah er keinen Verhandlungspartner.

## 2. MAX ISIDOR BODENHEIMER (1865-1940)

Max Isidor Bodenheimer wurde im März 1865 in Stuttgart geboren und stammte aus einer assimilierten jüdischen Familie. Er studierte Rechtswissenschaften und Biologie und ließ sich 1890 in Köln nieder, wo er dann bis 1933 als Rechtsanwalt tätig war. Bodenheimer begann früh, sich mit dem Thema Zionismus auseinanderzusetzen. Bereits 1891 befasste er sich in seinem Artikel „Wohin mit den russischen Juden“ mit der Möglichkeit einer Besiedlung Syriens. 1893 gründete er gemeinsam mit David Wolffsohn<sup>35</sup> den Kölner „Chowewe-Zion Verein“ (Verein der Zionsliebenden) und 1894 den „Verein behufs Förderung der jüdischen Ackerbaukolonie in Syrien und Palästina“.

Als dann Herzl seine zionistischen Pläne veröffentlichte, schloss sich Bodenheimer ihm an. Als Delegierter auf dem ersten Zionistenkongress war er einer der Hauptverantwortlichen bei der Ausarbeitung der Organisationsstatuten und Mitglied im Komitee für die Erstellung des „Baseler Programms“.

1896 gründete er mit David Wolffsohn die „National-Jüdische Vereinigung“ in Köln, die 1897 in die „Zionistische Vereinigung für Deutschland“ umbenannt wurde und deren Vorsitzender er bis 1910 blieb. Gemeinsam mit Wolffsohn verfasste er 1896 die „Kölner Thesen“<sup>36</sup> die bereits den politischen Zionismus und dessen liberal-nationale Staatsidee mit dem Kulturzionismus verbanden und großen Einfluss auf den späteren Kongresszionismus ausübten.<sup>37</sup>

Bodenheimer schlug Herzl in einer Denkschrift von 1904 die Schaffung eines Stützpunktes in Palästina vor. Geeignet schien ihm dafür die Hafenstadt Haifa und das angrenzende Gebiet um den Karmel. Der Kolonisation müsse aber eine militärische Besetzung vorausgehen, um die Ruhe in den besetzten Gebieten aufrechtzuerhalten. Bodenheimer befürchtete, dass in einem kulturell unterentwickelten Gebiet, die Bevölkerung der neuen Verwaltung eher feindlich gegenüberstehen würde. Als politische Voraussetzung wünschte er einen Vertrag mit dem Sultan, da nur dieser die absolute Macht besitze, über seine Länder zu

verfügen. Bodenheimer erkannte zwar eine einheimische arabische Bevölkerung, behauptet aber auch, dass es damals noch überhaupt keine nationale arabische Frage gab, die den Absichten der Zionisten hinderlich gewesen wäre. In seinen späteren veröffentlichten Erinnerungen hielt er sein damaliges politisches Ziel für überspannt und auch einen Geheimvertrag mit dem Sultan würde er nicht mehr befürworten.<sup>38</sup>

In Angelegenheiten des „Jüdischen Nationalfonds“, dessen Direktor er von 1907 bis 1914 war, unternahm Bodenheimer auch Reisen nach Palästina. Die Reisen dienten dem Zweck, die Arbeit des Fonds vor Ort zu kontrollieren und zu organisieren. Nach einer solchen Reise 1912 lobte er in seinem Bericht die Aufbauarbeit der jüdischen Siedler verlor aber kein Wort über irgendwelche Probleme mit der arabischen Bevölkerung. Nur bei seiner Ankunft in Jaffa kam er offensichtlich mit Arabern in Berührung: „Die Landung ging noch immer unter dem wilden Geschrei, dem hässlichen Wettbewerb und der Unordnung der arabischen Lastträger vor sich wie vierzehn Jahre früher, als ich diesen Boden zum ersten mal mit Herzl betreten hatte.“<sup>39</sup>

Das Land selbst beschrieb er als verwahrlost und zum großen Teil verödet, das infolge der primitiven landwirtschaftlichen Methoden und den unzulänglichen Wasserressourcen nur notdürftig eine dünne Bauernbevölkerung ernähren könne. Seiner Meinung nach waren das die besten Voraussetzungen, um mit geringen Mitteln große Flächen Land zu erwerben.<sup>40</sup>

Bodenheimer betrachtete Palästina in zweifacher Hinsicht nicht als arabisches Land. Palästina sei seit vielen Jahrhunderten ein türkisches Land, das durch die Eroberung im 1. Weltkrieg in den Besitz der Siegermächte übergang. Auch wenn man das Land aus Rücksicht auf seine Bevölkerung als arabisches ansehen sollte, sei dies ein Irrtum. Die Bevölkerung bestehe vielmehr aus Angehörigen verschiedener Nationalitäten. Aber auch in den gegenwärtigen Mehrheitsverhältnissen sah er noch kein Argument gegen die Einwanderung von Juden, da das Mandat der Briten über Palästina die Erlangung einer jüdischen

Bevölkerungsmehrheit zum Ziel habe. Bodenheimer betrachtete Palästina gemäß dem Mandatsvertrag potentiell als ein jüdisches Land.<sup>41</sup>

Im Mandatsvertrag sah er zudem nirgends eine Verpflichtung zum Schutz eines nationalen Rechts der Araber, wäre dies der Fall, so hätte man sich nicht nur auf die ‚bürgerlichen und religiösen Rechte‘ der einheimischen Bevölkerung beschränkt. Außerdem lag für die Gewährung nationaler Rechte zur Zeit der Abfassung des Mandatsvertrages keine Veranlassung vor. „Die Verpflichtung zur Errichtung der jüdischen Nationalheimstätte ist primärer, der Schutz der einheimischen Bevölkerung sekundärer Natur.“<sup>42</sup>

Bodenheimer wies die nationalen Aspirationen der Araber klar zurück, betonte aber, dass die Freundschaft des arabischen Volkes wichtig für den zionistischen Aufbau des Landes sei und dass die verbürgten Rechte der arabischen Bevölkerung gewahrt werden müssten. Das jüdische Volk habe lange genug in Unterdrückung gelebt um dem arabischen Volk in Palästina ein ähnliches Schicksal zu bereiten, wenn es einmal nicht mehr die Majorität bilden sollte. Als Garant dafür sah er die vielen Juden die in anderen arabischen Staaten leben und die dann ihrerseits der Unterdrückung ausgesetzt wären. Auch Bodenheimer betrachtete die Vorteile, die der Aufbau des Landes mit sich bringen würde, als ein Argument, mit dem die arabische Bevölkerung im Laufe der Zeit zu gewinnen sei.<sup>43</sup>

### 3. MAX NORDAU (1849-1923)

Max Nordau wurde im Juli 1849 in Budapest geboren. Er erhielt eine traditionelle jüdische Ausbildung und blieb bis zu seinem achtzehnten Lebensjahr der jüdischen Tradition verbunden. Nach seinem Bruch mit der Orthodoxie studierte er Medizin und unterhielt in Budapest eine Praxis. 1880 übersiedelte er nach Paris wo er neben seinem Beruf als Arzt auch als Korrespondent der Wiener Zeitung die „Neue Freie Presse“ tätig war. Bekannt wurde er durch seine sozialkritischen Arbeiten, die in viele Sprachen übersetzt wurden. Nordau lernte Herzl 1892 in Paris kennen, wo sie gemeinsam den Aufstieg des Antisemitismus verfolgten. Für die Idee eines jüdischen Staates konnte er sich sofort begeistern, denn in einem neuen jüdischen Land könnte er seine sozialphilosophischen Ansichten verwirklichen.

Vom ersten bis zu sechsten Kongress übte Nordau die Funktion des Stellvertreters Herzls aus. Als treuer Mitstreiter Herzls war er ein Gegner des bloßen Kulturzionismus<sup>44</sup> und ein überzeugter politischer Zionist. Auch er wollte erst nach dem Erlangen einer rechtlichen Absicherung das Siedlungswerk beginnen. Für den „Ugandaplan“ prägte er den Ausdruck „Nachtasyl“, um das Ganze, angesichts der aufgeheizten Stimmung etwas herunterzuspielen.<sup>45</sup>

Nordau wird der Ausspruch zugeschrieben, den er angeblich gegenüber Herzl 1897 getan haben soll: „In Palästina gibt es ja Araber! Das wusste ich nicht! Wir begehen also ein Unrecht!“<sup>46</sup> Diese Aussage Nordaus könnte man auch anderen Zionisten zuschreiben. Die Ansicht, dass Palästina nahezu unbewohnt, oder von der ansässigen Bevölkerung keine Opposition zu erwarten sei, herrschte allgemein vor.

Aber bereits ein Jahr später, auf einem Vortrag in Berlin, über den „Zionismus und seine Gegner“ begegnete er dem Einwand, dass Palästina nicht unbewohnt sei und die dortige Bevölkerung sich nicht verdrängen lassen werden, dass die Zionisten niemanden verdrängen wollen. Schon jetzt gäbe es Beweise, dass die sechshunderttausend Araber, die heute

im heiligen Lande wohnen, mit den einziehenden Juden gute Nachbarschaft halten werden.<sup>47</sup>

Nordau kannte Palästina selbst nicht und ist auch nie dort gewesen. Wenn er aber über den Zustand des Landes spricht, beschreibt er es immer als ‚wüst, herrenlos und brachliegend‘. Von dieser Ansicht ausgehend, argumentierte er auch für die Entwicklung des rückständigen Landes, indem möglichst viele arbeitsfreudige jüdische Siedler nach Palästina gebracht werden. „Wir wollen ein brachliegendes Land, das einst jüdisch war, unter Pflug nehmen, ihm Wert geben, es zu einer Stätte lebhaften Güteraustausches, blühender Kultur, musterhafter Ordnung machen, dem türkischen Reich, dem jüdischen Volk, der ganzen Menschheit zum Gewinn.“<sup>48</sup>

In den Jahren nach dem 1. Weltkrieg unterschied Nordau in den jüdisch-arabischen Beziehungen zwischen einem täglichen praktischen und einem moralischen Bereich. Den Ausgangspunkt seiner Überlegungen bildete die gegenwärtige arabische Majorität. Sollte diese einmal durch die jüdische Bevölkerung abgelöst werden, würden die Araber dennoch eine starke Minderheit darstellen. Daher empfahl er den Juden, sich unauffällig zu verhalten und nicht mit ihrer Bildung und ihrem technologischen Fortschritt zu prahlen, um keine Ablehnung bei der arabischen Bevölkerung zu erwecken. Die Araber selbst betrachtete er als ein stolzes Volk mit einer langen Geschichte, ihnen sollte daher mit Takt und Umsicht begegnet werden. In den ökonomischen Vorteilen für die Araber, die der Aufbau des Landes mit sich bringen würde, sah er eine Möglichkeit für ein friedliches Zusammenleben. Er war aber gegen den Versuch, die Araber in die hoch entwickelte jüdische Kultur einzubinden.<sup>49</sup>

#### 4. ARTHUR RUPPIN (1886-1943)

Arthur Ruppin wurde im März 1886 in Rawitsch bei Posen geboren. Seine Familie übersiedelte nach dem Verlust ihres Vermögens nach Magdeburg. Ab 1899 studierte er Rechtswissenschaften und Ökonomie in Berlin und Halle. Während seiner Zeit am Gericht von Magdeburg übernahm er die Leitung des neu gegründeten „Büros für jüdische Statistik und Demographie“ in Berlin. Mit seinem Buch „Die Juden der Gegenwart“ begründete er 1904 die Soziologie der Juden. Noch war er kein Anhänger des Zionismus, seine Arbeit führte ihn jedoch in die zionistische Bewegung.<sup>50</sup>

1907 unternahm er im Auftrag der Zionistischen Organisation eine Studienreise nach Palästina, um vor Ort die Entwicklungs- und Arbeitsmöglichkeiten zu prüfen. Seine Eindrücke fasste er in einem Bericht, an die „Jüdische Kolonisationsgesellschaft“ mit Sitz in Wien, zusammen.

Er untersuchte die Motive der Einwanderung der verschiedenen jüdischen Gruppen, ihre Verteilung im Land und deren wirtschaftliche Situation. Die sephardischen<sup>51</sup> Juden in Sidon<sup>52</sup> beschreibt er als weitgehend assimiliert, was Gebräuche und Lebensstil betrifft. Sie sprechen sowohl Arabisch als auch Spaniolisch, die alte Sprache der Sepharden. Die religiös motivierten askenasischen<sup>53</sup> Einwanderer der letzten hundert Jahre konzentrieren sich auf die größeren Städte. Während die neuen Einwanderer sich besonders in Jaffa und in den neuen Kolonien niederlassen. Bei den Siedlungen kritisiert er die mangelhafte Ausbildung der Farmer, das Verwaltungssystem und die unzulängliche Bewirtschaftung der Felder. Dennoch seien sie im Vergleich zu den erbärmlichen arabischen Dörfern wahre Oasen der Kultur.

Er bemängelte auch die häufige Beschäftigung von Arabern aus den benachbarten Dörfern, was zu Folge habe, dass in einigen Kolonien während der Erntesaison mehr Araber als Juden beschäftigt seien. Als positiv schilderte er den steigenden Lebensstandard, von dem nicht nur die Juden, sondern auch die Araber profitieren würden, die sich zunehmend europäisch kleiden.<sup>54</sup>

1908 wurde Ruppin zum Leiter des neu gegründeten „Palästinaamtes“ in Jaffa ernannt. Er wanderte nach Palästina aus und war mit einigen Unterbrechungen bis zu seinem Tod für das Siedlungswerk in Palästina verantwortlich. Als Leiter des Palästinaamtes begann er seine Arbeit für die Besiedlung und den wirtschaftlichen Aufbau des Landes. In den Jahren bis zum Ausbruch des Krieges gelang es ihm eine feste Grundlage für die jüdische Besiedlung zu schaffen. Sein Interesse galt der Entwicklung der Ökonomie, der Erforschung sozialer Hintergründe und dem Aufbau einer humanen Gesellschaftsordnung. Seine Bemühungen mündeten schließlich in die Errichtung verschiedener Typen von genossenschaftlichen Siedlungen wie dem Kibbuz<sup>55</sup> und dem Moschav.<sup>56</sup>

Nach eigenen Angaben sah sich Ruppin 1911 mit der arabischen Frage zum ersten Mal konfrontiert. Auf einer Farm im Norden Palästinas traf er auf einen Beduinen, der sich über den unfruchtbaren Boden beklagte, den er nach dem Verkauf seines Bodens an jüdische Siedler erhalten hatte.<sup>57</sup> Im Zuge seiner Tätigkeit in Palästina wurde Ruppin immer wieder mit diesen Problemen konfrontiert. Als Ausweg schlug er in einem Memorandum an die Zionistische Führung eine begrenzte Bevölkerungsumsiedlung vor. Die Zionisten sollten bei Aleppo und Homs im nördlichen Syrien für die Umsiedlung arabischer Bauern, die in Palästina durch jüdischen Bodenkauf erwerbslos wurden, Land ankaufen. Sein Vorschlag wurde jedoch abgelehnt, da dieser nur das Misstrauen der Araber in Bezug auf die zionistischen Absichten verstärken würde.<sup>58</sup>

Später, mit dem Erwachen des arabischen Nationalismus und dem zunehmenden Widerstand der arabischen Bevölkerung beschäftigte er sich eingehender mit dem jüdisch-arabischen Konflikt. Bereits 1919 sah er für den wachsenden Widerstand keine befriedigende Lösung und war darüber ziemlich deprimiert. Die Vorstellung vom Aufbau des Landes unter dem Schutz einer fremden Macht war ihm nicht angenehm. Er befürchtete, dass bei einem Nachlassen des britischen Schutzes, die Juden der Wut der Araber ausgeliefert wären. Andererseits glaubte er auch, dass die

Juden ohne Schutz durch die Briten in Palästina keinen Boden mehr erwerben könnten.<sup>59</sup>

Als eine der wichtigsten Aufgaben betrachtete Ruppin aber die Besiedlung des Landes. Nach seinen Vorstellungen sollten so viele Juden wie möglich in Palästina angesiedelt werden, um nicht für immer der arabischen Majorität ausgeliefert zu sein. Die politische Rechtsstellung von Juden und Arabern sollte aber nicht von der jeweiligen Bevölkerungsmehrheit abhängen. „Unter der Ägide des Völkerbundes soll Palästina ein Staatswesen werden, in dem Juden und Araber als zwei gleichberechtigte Nationalitäten nebeneinander leben. Keiner soll herrschen, keiner soll beherrscht werden.“<sup>60</sup>

Nach den ersten heftigen Übergriffen der Araber 1920 zeigte sich Ruppin in Sorge: „Wenige Tage haben genügt, um das Bild Palästinas und den Ausblick auf unsere zukünftige Arbeit zu verändern. Ich habe seit langem die Furcht, dass die wachsende Feindschaft der Araber gegen die Juden sich eines Tages in Gewalttätigkeiten entladen würde. Aber ich glaubte der Zeitpunkt ist nicht so nahe.“<sup>61</sup> Ruppin sah die Zukunft düster und die Wiederaufnahme der Aufbauarbeit auf einige Zeit hinausgeschoben.

Nach den weiteren Unruhen ab dem 1. Mai 1921 wurden seine Zweifel an einer aufrichtigen Versöhnung zwischen Juden und Arabern noch größer. Vor allem als die Unruhen auf das ganze Land übergriffen und mehrere Tage anhielten. Zudem forderte eine nationalistische arabische Gruppe die vorläufige Einstellung der jüdischen Einwanderung. Ruppin wandte sich gegen eine Politik der Furcht und Gewalt, wie sie von Manchen gefordert wurde. Er gab sich entschlossen, seine führenden zionistischen Stellungen aufzugeben, wenn sich zeigen sollte, dass man zur Gewalt greifen muss.<sup>62</sup>

Ruppin sah eine Ursache für die feindliche Haltung der Araber gegenüber den Juden bei den Juden selbst. Diese hätten in den Jahren seit der „Balfour-Erklärung“<sup>63</sup> nichts zum Vorteil und Nutzen der Araber getan. So wurde nicht eine der großen Versprechungen von der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes erfüllt und die Arbeit, die im Land

geschaffen wurde, kam in erster Linie den Juden zugute. Auch konnten die Araber bisher nur zu einem geringen Teil vom wirtschaftlichen Aufbau des Landes profitieren, sie wurden aus ihren angestammten Positionen eher noch verdrängt.<sup>64</sup>

Ruppin hoffte dennoch auf eine friedliche Verständigung mit den Arabern. Ohne eine Verständigung sah er die ganze bisherige Arbeit in Palästina gefährdet. Er war sich aber nicht sicher, ob die Araber dazu bereit sein werden. Klar sei, dass Palästina stets ein Nationalitäten-Staat bleiben werde. Von dieser Feststellung ausgehend gelangte Ruppin zur Überzeugung, dass mit den Arabern nur dann eine friedliche Verständigung erreicht werden kann, wenn beide Nationalitäten in ihrem Zusammenleben national gleichgestellt sind. Sollte es aber keine Möglichkeit geben, dieser Forderung gerecht zu werden, bedeute das für die Verwirklichung der zionistischen Idee eine ernste Gefahr.<sup>65</sup> Der jüdische Nationalismus war für ihn kein überheblicher chauvinistischer Nationalismus, sondern ein „geläuterter, der den anderen Völkern das gleiche Recht auf Betätigung ihrer Eigenart zugesteht, das er für das eigene Volk fordert.“<sup>66</sup>

Die Gründung des „Brit Schalom“ (Friedensbund) fällt nicht in unseren Zeitrahmen, sie ist dennoch erwähnenswert. In dieser Vereinigung wurde die Idee eines binationalen<sup>67</sup> Staates propagiert, einer Staatsform, in der es vielleicht möglich gewesen wäre, ein friedliches Miteinander der beiden Volksgruppen zu ermöglichen. Der Binationalismus wurde von beiden Seiten, von den Zionisten und von den Arabern Palästinas abgelehnt.

Auf Anregung von Ruppin im Frühjahr 1925 der „Brit Schalom“ gegründet, dem auch bald führende jüdische Intellektuelle und Professoren der Hebräischen Universität beitraten. Die Aufgabe des Friedensbundes sollte die Erforschung der jüdisch-arabischen Beziehungen sein, um Mittel und Wege zu finden, das Verhältnis der beiden Völker zu verbessern. Ein wichtiges Anliegen des Friedensbundes war die Korrektur der in der zionistischen Führung vorherrschenden

Tendenz, wonach das Araberproblem in erster Linie vom Bevölkerungsverhältnis abhinge. Und folglich nur eine verstärkte Einwanderung das Selbstbestimmungsrecht in Palästina sichern werde.<sup>68</sup>

Der „Brit Schalom“ verlangte für die beiden Volksgruppen eine nationale und bürgerliche Gleichstellung. Auch Ruppin versprach sich wie Martin Buber von einer binationalen Lösung eine Verständigung mit den Arabern. Die Idee eines binationalen Staates fand aber weder auf Seiten der zionistischen Organisation noch auf Seiten der Araber die nötige Zustimmung.

Trotz der vielen Widerstände versuchte der „Brit Schalom“ den nationalistischen Tendenzen innerhalb des Zionismus einen ‚humanitären, auf Menschlichkeit bedachten Zionismus‘ entgegenzustellen. Für beide Völker sollte ein gerechtes politisches Schema gefunden werden ohne dadurch das Ziel des Zionismus, nämlich die Schaffung einer freien, kulturell autonomen jüdischen Gemeinschaft, aufzugeben.<sup>69</sup>

## 5. CHAIM WEIZMANN (1874 – 1952)

Chaim Weizmann wurde im November 1874 in Motol bei Pinsk als Sohn eines Holzhändlers geboren. Er besuchte eine traditionelle jüdische Schule und ab 1886 ein russisches Realgymnasium in Pinsk, wo sich sein Hang zur Wissenschaft entwickelte und er seine ersten zionistischen Erkenntnisse erwarb. Aufgrund der restriktiven Beschränkungen für Juden an den Universitäten Russlands zog es ihn nach Westen. In Darmstadt und Berlin, später in Freiburg, wo er sein Doktorat abschloss, studierte er Chemie. Ab 1901 lehrte er als Dozent für Biochemie an der Universität in Genf und ab 1904 an der Universität in Manchester.

In Berlin pflegte er engen Kontakt zu zionistischen Kreisen, und entwuchs dort „den zionistischen Anschauungen meiner Knaben- und Jünglingsjahre und erlangte die erste Reife.“<sup>70</sup> Nachdem Herzl die Zionistische Organisation gegründet hat, begann sein Engagement für den Zionismus.

Weizmann entwickelte sich zu einem Kritiker der bloßen politischen Bemühungen Herzls zur Erlangung eines „Charters“ für Palästina. Er strebte nach einer Verbindung des politischen Zionismus mit soliden und konstruktiven Aktivitäten in Palästina.<sup>71</sup> Auf dem achten Kongress in Haag 1907 erfolgte auf sein Betreiben die Verbindung des politischen und des praktischen Zionismus zum „Synthetische Zionismus“. Weizmann war der festen Überzeugung, dass Palästina nur dann den Juden gehören kann, wenn es jüdische Arbeiter und jüdischen Boden gibt. Den politischen Zionismus betrachtete er als nachrangig und bezeichnete den „Charter“ als wertloses Stück Papier. In einem starken jüdischen Bevölkerungsanteil in Palästina sah er ein Druckmittel und hoffte damit leichter einen „Charter“ zu erhalten.<sup>72</sup>

So reiste Weizmann nach dem achten Kongress selbst nach Palästina, um sich vor Ort ein Bild von der Lage zu machen und um die Möglichkeiten zur Gründung von Industriebetrieben zu untersuchen. In Beirut hörte er zum ersten Mal etwas von der im Entstehen begriffenen arabischen Nationalbewegung. Palästina selbst machte einen kläglichen

Eindruck auf ihn, ‚es schien der am meisten vernachlässigte Winkel des jammervoll vernachlässigten türkischen Reiches zu sein.<sup>73</sup> Bei den jüdischen Kolonien bemängelte er den fehlenden Pioniergeist und den Umstand, dass die meisten Arbeiter Araber und die Juden Aufseher waren. In einigen Orten, wo neue Pioniere aus Russland durch ihre ‚höhere Intelligenz und Organisationsgabe‘, die billigeren arabischen Arbeitskräfte verdrängt hatten, fand er aber jenen ‚zionistischen Typ von Unternehmungen‘ den er erwartet hatte.<sup>74</sup>

Bei einem Vortrag in Paris über den elften Kongress sagte er, dass unmittelbare politische Verhandlungen mit der Türkei zur Erreichung eines „Charters“ jetzt unmöglich wären. Noch schwerer jedoch sei die politische Arbeit unter den Arabern, eine Arbeit für die man viel Geduld aufbringen müsse. Da diese befürchten, durch die jüdische Besiedlung aus dem Land vertrieben zu werden. Daher müsse man sie überzeugen, dass für beide Völker genug Platz vorhanden sein werde. „Man muss ihnen klar machen, dass wir mit ihnen zusammenarbeiten wollen, und dass es auch für sie günstiger ist, wenn ein großer jüdischer Jischuw<sup>75</sup> in Palästina sitzen wird.“<sup>76</sup>

Weizmann trat 1916 als Chemiker in den Dienst der britischen Regierung. Seine guten Kontakte zu den politischen Kreisen des Landes und die günstige Stimmung gegenüber dem Zionismus in Großbritannien, drängten ihn zum Handeln. Ende Jänner 1917 legte er der britischen Regierung eine Denkschrift vor: „Entwurf eines Programms für die jüdische Rücksiedlung nach Palästina“.<sup>77</sup>

Nach langen, zähen Verhandlungen und der Überwindung mancher Hindernisse gelang es Weizmann die „Balfour-Erklärung“<sup>78</sup> zu erhalten:

„I have much pleasure in conveying to you, on behalf of his Majesty`s Government, the following declaration of sympathy with Jewish Zionist aspirations which has been submitted to and approved by the Cabinet:  
His Majesty`s Government view with favour the establishment in Palestine of a national home for the Jewish people, and will use their best endeavours to facilitate the achievement of this object, it being clearly understood that nothing shall be done which may prejudice the civil and religious rights of existing non-Jewish

communities in Palestine, or the rights and political status enjoyed by Jews in any other country.”<sup>79</sup>

Die „Balfour-Erklärung“ wurde von den Zionisten mit großer Begeisterung begrüßt. Sie bedeutete für den Zionismus einen wichtigen politischen Erfolg und verhalf diesem auch zu mehr internationaler Anerkennung. Das im „Baseler Programm“ formulierte Ziel, eine ‚Regierungszustimmung‘ zu erreichen scheint damit erfüllt. Was die arabische Bevölkerung Palästinas betrifft, wird nur gesagt, dass deren zivilen und religiösen Rechte nicht beeinträchtigt werden dürfen.

Im Jänner 1918 wurde nach der Eroberung Palästinas durch die Briten, die Palästina-Kommission<sup>80</sup> gegründet, ihr Vorsitzender war Weizmann. Die Kommission sollte die Zionistische Organisation in allen Angelegenheiten, die die Juden in Palästina betreffen, vertreten und bei der Errichtung der nationalen Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina gegenüber den britischen Behörden als beratende Körperschaft auftreten. Zu den Aufgaben der Kommission zählten neben dem Wiederaufbau der jüdischen Organisationen und Institutionen und der Entwicklung der Kolonien auch die Anbahnung freundschaftlicher Beziehungen zu den Arabern und den anderen nichtjüdischen Bevölkerungsschichten.

Nachum Sokolov<sup>81</sup> schrieb folgendes über die Tätigkeit der Kommission: „Noch bevor die Kommission Palästina erreichte, begann sie ihre Tätigkeit in Ägypten. Die Araber hatten sich über die Bedeutung der Deklaration und die Absichten der Zionisten falsche Vorstellungen gemacht: deutschfreundliche Agenten hatten Gerüchte verbreitet, die sowohl antienglisch wie anti-jüdische Tendenzen verfolgten. Sie erklärten, dass reiche Juden das Land ausbeuten und die mohammedanischen heiligen Stätten zerstören würden.“<sup>82</sup> Sokolovs Bericht zufolge gelang es Weizmann die Befürchtungen der Araber zu zerstreuen. Er konnte die Araber überzeugen, dass die jüdischen Kolonien das Aufblühen des Landes fördern würden. Nur die Gutsbesitzer, die meist außerhalb des Landes in Ägypten oder Syrien lebten, konnten nach Sokolov nicht überzeugt werden.

Während seiner Tätigkeit für die Palästina Kommission setzte sich Weizmann mit Emir Feisal<sup>83</sup> in Verbindung, da er von allen arabischen Führern den größten Einfluss besaß.<sup>84</sup> Anfang Juni 1918 traf Weizmann Feisal in dessen Hauptquartier in Akkaba. Das Resultat der Verhandlungen von Weizmann und Feisal war ein Abkommen das sie in Paris im Jänner 1919 unterzeichneten.

Die wesentlichen Artikel IV und VII des Abkommens lauten:

IV - „Alle nötigen Maßnahmen sollen ergriffen werden, die Einwanderung von Juden nach Palästina in großem Stil zu ermutigen und zu fördern, und so schnell wie möglich jüdische Einwanderer im Land anzusiedeln vermittels dichter Besiedlung und intensiver Kultivierung des Bodens. Bei der Durchführung solcher Maßregeln sollen die arabischen Bauern und Pächter in ihren Rechten geschützt und in der Förderung ihrer wirtschaftlichen Entwicklung unterstützt werden.“

VII – „Die zionistische Organisation schlägt die Entsendung einer Sachverständigen-Kommission nach Palästina vor, die eine Untersuchung über die wirtschaftlichen Möglichkeiten des Landes durchführen und über die besten Mittel für dessen Entwicklung berichten soll. (...) Die zionistische Organisation wird sich nach Kräften bemühen, dem arabischen Staat bei der Beschaffung von Mitteln für die Entwicklung seiner Naturschätze und deren wirtschaftlichen Möglichkeiten beizustehen.“<sup>85</sup>

Feisal fügte jedoch dem Abkommen noch einen Zusatz an, der von beiden Seiten unterzeichnet wurde. Dieser lautete: „Vorausgesetzt, dass die Araber ihre Unabhängigkeit erhalten, wie gefordert (...) werde ich die obigen Artikel einhalten. Wenn aber die leiseste Modifikation oder Abweichung unternommen wird, dann wird kein einziges Wort der vorliegenden Übereinkunft für mich bindend sein.“<sup>86</sup>

Das zweite Dokument, das auf einen arabisch-zionistischen Ausgleichsversuch hindeutete, ist ein Brief von Feisal an Felix Frankfurter:<sup>87</sup> „(...) Wir Araber, vor allem die gebildeten unter uns, hegen tiefe Sympathie für die zionistische Bewegung. Unsere Abordnung hier in Paris kannte die Vorschläge, welche die Zionistische Organisation der Friedenskonferenz vorlegte genau, und wir halten sie für maßvoll und angemessen“. Feisal verspricht weiters seine Unterstützung bei der Durchbringung der zionistischen Forderungen und begrüßt die Juden

herzlich in ihrer Heimat. Die jüdische Bewegung bezeichnet er als national Bewegung und nicht imperialistisch.<sup>88</sup>

Die Politik der europäischen Großmächte nach dem Sieg über die Türken wies jedoch in eine andere Richtung. Zwar wurde Feisal noch im März 1920 zum König von Syrien gewählt, doch bereits im August wurde er von den Franzosen aus Damaskus vertrieben. Feisals Bruder, Emir Abdullah Ibn Hussein, wurde 1921 von den Briten in Transjordanien als Herrscher eingesetzt und Feisal zum König von Irak ernannt. Ihr Vater Hussein wurde von den Briten fallengelassen und von Ibn Saud von der arabischen Halbinsel vertrieben.<sup>89</sup> Die zum Osmanischen Reich zählenden arabischen Gebiete konnten nach der Auflösung des Reiches von Feisal nicht zu einem einheitlichen Arabischen Reich vereint werden, auch erhielten die Araber nicht die geforderte Unabhängigkeit. Das Weizmann-Feisal Abkommen verlor dadurch jegliche politische Bedeutung.

Weizmann selbst sah in der arabischen Frage noch keinen Anlass zur Besorgnis. Die Verhandlungen mit Feisal bestärkten ihn in seinem Glauben, dass die meisten arabischen Wortführer sich mehr oder weniger mit dem Zionismus abgefunden hätten. Ein Versäumnis der Britischen Regierung sah er aber darin, dass die arabische Bevölkerung Palästinas nicht über die Bedeutung und den Zweck der „Balfour-Erklärung“ informiert worden ist. Selbst die britische Militärbehörde schien die Erklärung noch nicht zu kennen. So konnte Weizmann nur protestieren, als der Militärgouverneur für den Stadtrat von Jaffa sieben Araber und zwei Juden nominierte.<sup>90</sup> Er sah darin einen klaren Verstoß gegen die aus der „Balfour-Erklärung“ resultierenden Verpflichtungen Großbritanniens.

Die „Balfour-Erklärung“ war aber auch ohne offizielle Proklamation durch die Briten in Palästina bekannt geworden. Den aus der Erklärung resultierenden Befürchtungen der Araber vor einem jüdischen Staat in Palästina begegnete Weizmann meist mit Beschwichtigungen. In einer Rede vor arabischen Notablen in Jerusalem im Jänner 1919 verneinte Weizmann die Absicht der Juden, in Palästina einen eigenen Staat gründen zu wollen. Er versicherte seinen Zuhörern, es werde nur versucht

„to create conditions under which the material und moral development of those of our people who chose to come here can be rendered possible“.<sup>91</sup> Weizmann bekräftigte, dass nichts zum Nachteil der einheimischen Bevölkerung unternommen werde. Es sei genügend Platz in Palästina, und alle würden davon profitieren. Er drückte auch seine größte Sympathie und sein Interesse für den Freiheitskampf der Araber aus, und betonte, dass eine Autonomie mit Selbstverwaltung eine Wissenschaft für sich sei, zu der die Menschen nicht von heute auf morgen erzogen werden könnten, und er daher ein Mandat durch eine europäische Macht unterstützen würde.

Seine Einstellung gegenüber den Arabern in Palästina veranschaulicht auch seine Begegnung mit einer palästinensischen Delegation in London. Im November 1921 kam sie unter der Führung eines bedeutenden Nationalisten in die Hauptstadt der Mandatsmacht um erstmals die Anliegen der Araber Palästinas zu präsentieren. Herbert Samuel, der erste Hochkommissar von Palästina, zudem ein Befürworter des Zionismus, legte Weizmann in einem Brief nahe, mit der Delegation zu einer Verständigung zu gelangen. „After a year in Palestine I have come to the conclusion that the importance of the Arab factor had been underestimated by the Zionist movement; unless there is very careful steering upon the Arab rock that the Zionist ship may be wrecked.“<sup>92</sup>

Weizmann traf die Delegation am 29. November und stimmte zu, über eine Begrenzung der jüdischen Einwanderung und über den beherrschenden politischen Einfluss der Juden in Palästina zu verhandeln. Nach einem Bericht eines Beamten des Kolonialbüros, der das Treffen vorbereitet hat, versuchte Weizmann bei der arabischen Delegation einen versöhnlichen Eindruck zu hinterlassen, sein Verhalten wirkte aber eher ‚wie das eines Siegers, der dem Feind die Bedingungen des Friedens diktiert‘. Weizmann selbst bezeichnete die Delegation als eine ‚fifth-rate delegation which cut a rather poor figure‘.<sup>93</sup>

Weizmann, der Schöpfer des „Synthetischen Zionismus“, agierte ganz im Sinne des politischen Zionismus Herzls. Seine politischen Aktivitäten richtete er auf den jeweils aktuellen oder potentiellen

Machthaber in Palästina. Die arabischen Bewohner zog er als Verhandlungspartner nicht in Betracht. Auch er wollte oder konnte das Araberproblem nicht in seiner politischen Dimension erfassen. Wie andere Zionisten vermittelte er seine Überzeugung, dass die im Zuge der Einwanderung der Juden nach Palästina ausgelöste wirtschaftliche Entwicklung des Landes, jeden arabischen Widerstand beseitigen werde. Eine Zusammenarbeit mit den Arabern kam für ihn nur auf der ökonomischen und der kulturellen Ebene in Betracht. Auf der politischen Ebene verhandelte er nicht mit Vertretern der arabischen Bevölkerung Palästinas. Der einzige potentielle arabische Führer mit dem Weizmann verhandelte, war Emir Feisal.

## 6. DAVID BEN GURION (1886 – 1973)

David Ben Gurion, geboren im Oktober 1886, wuchs in Plonsk, einer Kleinstadt in Polen auf. Neben der traditionellen Ausbildung in einer jüdischen Schule (Cheder) besuchte er später eine staatliche russische Schule. Bereits von seinem Elternhaus her war er mit dem Zionismus vertraut. Sein Vater, ein Rechtsanwalt, war Mitglied in der zionistischen Bewegung „Chibbat Zion“.<sup>94</sup> Im Alter von 15 Jahren fassten er und einige seiner Kameraden den Entschluss, nach Palästina auszuwandern. Anlass dazu gab der auf dem vierten Kongress in Basel 1903 diskutierte „Ugandaplan“. Für Ben Gurion bestand der einzig wahre Zionismus in der Besiedlung Palästinas, jede andere Möglichkeit lehnt er ab.<sup>95</sup>

1905 wurde er aktives Mitglied in der „Poale Zion“ (Arbeiter Zions),<sup>96</sup> dem zionistisch sozialistischen Arbeiterbund. Ben Gurion wanderte ein Jahr später nach Palästina aus wo er sich in der jüdischen Kolonie Petach Tikwa<sup>97</sup> niederließ. Als einfacher Landarbeiter und Tagelöhner begann er für das zionistische Aufbauprojekt zu arbeiten. Ein Jahr später zieht es ihn in die jüdische Siedlung Sejera,<sup>98</sup> einer jüdischen Siedlung, in der die ganze Arbeit von Juden verrichtet wurde. Hier sah er erstmals die ‚Schärfe des arabischen Problems und seine Gefahren‘.<sup>99</sup> Er wurde Zeuge einer heftigen Auseinandersetzung zwischen jüdischen und arabischen Bauern, bei der es auf beiden Seiten Tote zu beklagen gab.

Nach dem ersten Aufstand der Jungtürken 1908<sup>100</sup> zog Ben Gurion eine politische Laufbahn in Betracht. Er bewarb sich 1912 in Konstantinopel an der Universität um Rechtswissenschaften zu studieren. In einer ‚Osmanisierung‘, dem Verzicht der Juden auf ihre ausländische Staatsbürgerschaft in Palästina und der Annahme der türkischen Staatsbürgerschaft, sah Ben Gurion die Möglichkeit, den zionistischen Zielen näher zu kommen. Denn damit wäre es möglich, auf legalem Weg Regierungsämter zu übernehmen.<sup>101</sup> Wie Jabotinsky und andere Zionisten versuchte auch Ben Gurion die Gunst der Stunde zu nutzen, um so gewissermaßen von Konstantinopel aus Palästina zu erobern. Das

Studium konnte er zwar noch beenden, aber nach dem Eintritt der Türkei in den 1. Weltkrieg verschlechterte sich die politische Lage.

Nach dem Beginn des Krieges und den Repressalien der Türken gegen die Zionisten in Palästina, wurde Ben Gurion des Landes verwiesen und emigrierte in die USA.<sup>102</sup> Im Exil schrieb er 1918 einen Artikel für die Zeitung „Der jüdische Kämpfer“. In diesem betonte er, dass auch mit der internationalen Anerkennung des Rechtes des jüdischen Volks auf Palästina und mit der Anerkennung der souveränen Kompetenz der Zionistischen Organisation, dieses Recht in die Tat umzusetzen, die Zionistische Organisation noch nicht zur Beherrscherin des Landes werde. Die Grenzen Palästinas betrachtete er als gegeben, und zwar historisch, politisch, ethnographisch und wirtschaftlich. Dieses Gebiet sei nicht menschenleer, sondern beiderseits des Jordans leben mehr als eine Million Araber, deren Rechte nicht angetastet werden dürfen. „Weder ist es erwünscht noch ist es möglich, die gegenwärtigen Bewohner aus dem Land zu vertreiben“.<sup>103</sup> Trotzdem sei der größte Teil des Landes unbewohnt und landwirtschaftlich ungenutzt. Ben Gurion untermauerte seine Ansichten mit den Ergebnissen einer Untersuchung des „Königlich Preußischen Statistischen Landesamt“ aus dem Jahr 1918. Laut dieser Untersuchung wäre in Palästina genügend Platz für eine Bevölkerung von sechs Millionen Einwohnern. Im Artikel betont Ben Gurion noch einmal den Respekt vor den Rechten und Interessen der nichtjüdischen Bewohner des Landes.<sup>104</sup>

Ganz im Gegensatz zu Weizmann, der Palästina nur aus kurzen Besuchen kannte und sich vor allem in London aufhielt, zog es Ben Gurion nach Palästina. Nicht die Verkündung des praktischen Zionismus war ihm ein Anliegen, sondern die permanente praktische Arbeit in Palästina selbst. Ben Gurion sah in der „Balfour-Erklärung“ eine politische Zusicherung an das jüdische Volk. Nach der Ideologie der „Poale Zion“ (Arbeiter Zions) konnte das jüdische Volk aber nur durch eigene Kraft dieses Recht in ein Faktum umwandeln. Um die nationale Befreiung herbeizuführen müsste die neue Heimstätte aus eigener Kraft errichtet werden.

Nach Bar Zohar (1992, S. 156.) war Ben Gurion auch der Ansicht, dass die Fellachen in Palästina kein Heimatgefühl kennen würden und darum auch kein nationales Empfinden hatten. Erst nach seiner endgültigen Rückkehr nach Palästina nach dem 1. Weltkrieg vertrat er einen neuen Standpunkt und sah die jüdischen und arabischen Arbeiter als ein und derselben Klasse angehörend. Und glaubte an einen gemeinsamen Kampf gegen die reichen Effendis, die sie nur ausbeuten und gegeneinander aufhetzen würden.

Durch die arabischen Unruhen in den Jahren 1920 und 1921 erfasste er die Bedeutung der arabischen Nationalbewegung als nicht zu leugnende Gefahr für das zionistische Aufbauwerk. Die Unruhen bezeichnete er als Kinderspiel, im Vergleich zu dem, was in Zukunft zu erwarten sei.<sup>105</sup> Bis dahin scheint Ben Gurion in seiner Beurteilung dieser Gefahr verschiedene Phasen durchgemacht zu haben. In seinen ersten Jahren in Palästina stufte er die arabischen Attacken als lokale Gewohnheiten, Banditentum oder als Blutfehde ein. Ab 1910/11 erkannte er die Realität der arabischen Abneigung gegenüber den neuen Siedlern und nach 1914 schrieb er offen über die Abneigung der Araber gegenüber die Juden. Nach 1917 versuchte er eher wieder zu beschwichtigen und verneinte in der Öffentlichkeit die Existenz eines Konfliktes.<sup>106</sup> Aber erst ab den 1920er Jahren suchte der den Dialog mit den Nachbarn und führte dazu unzählige aber meist fruchtlose Gespräche und Verhandlungen mit arabischen Persönlichkeiten und hoffte so auf die Anerkennung der zionistischen Ziele.<sup>107</sup>

Nach Ben Gurion entstanden die nationalen Bestrebungen der Araber fast gleichzeitig mit dem politischen Zionismus. Und der Widerstand der Araber sei mit dem Anstieg der jüdischen Bevölkerung in Palästina ständig gewachsen. „Das zionistische Werk wurde weitgehend zu einem fördernden, wenn nicht gar zum entscheidenden Faktor für das Erstarken des arabischen Nationalismus, der im Kampf gegen den Zionismus beinahe seine Hauptaufgabe erblickt.“<sup>108</sup>

Andererseits glaubte er, dass die nationalen Bestrebungen beider Völker nicht miteinander konkurrieren, wenn Palästina als kleines Gebiet

innerhalb des arabischen Reiches davon ausgenommen würde. In Palästina selbst, in diesem beschränkten Gebiet, bestehe aber tatsächlich ein nur schwer überwindbarer Gegensatz. Ben Gurion tendierte wie andere Zionisten zur Ansicht, dass die große Arabische Nation auf das unbedeutende Palästina verzichten könne und sollte. Nur die Juden seien einzig und allein an Palästina interessiert. Denn selbst wenn die Juden in Palästina zur Majorität werden sollten, würden die Araber nie zu einer Minorität als Angehörige des ganzen arabischen Volkes, da dieses Volk in seinem großen Land souverän und selbständig sein werde. Für Ben Gurion ist die Rückkehr der Juden eine Frage des Überlebens. Die Juden kamen seit jeher in dieses Land und werden auch weiterhin kommen, ob nun eine jüdisch-arabische Verständigung möglich sei oder nicht. In den Gewalttaten von arabischer Seite sah er keinen Grund, der die Zionisten abhalten könnte, weiterhin nach Palästina zu kommen. Natürlich würde Ben Gurion eine friedvolle Besiedlung und Kultivierung des Landes im Einverständnis der arabischen Bevölkerung vorziehen.<sup>109</sup>

„Wir waren gezwungen, ohne Zustimmung der Araber ins Land zu kommen und uns anzusiedeln und wir würden dies auch in Zukunft tun. Aber wir würden lieber in Einverständnis und Übereinkunft handeln. Dies ist nur möglich, wenn die Araber unseren Anspruch anerkennen, in unser Land zurückzukehren“.<sup>110</sup>

## 7. IZCHAK EPSTEIN (1862 – 1943)

Izchak Epstein wurde 1862 in Luban (Russland) geboren. 1886 wurde er auf Kosten Baron Edmond Rothschilds nach Palästina gesandt wo er vier Jahre in einer landwirtschaftlichen Siedlung ausgebildet wurde. In Lausanne studierte er von 1902 bis 1906 Linguistik. In Palästina betätigte er sich Lehrer und Linguist.

In der hebräischen Monatszeitschrift „Haschiloach“ publizierte er 1907 seinen viel zitierten Artikel „Die verborgene Frage“. In diesem kritisierte er die Methoden des jüdischen Landerwerbs in Palästina. Der Bodenkauf führe praktisch zur Enteignung der armen Bauern. Er befürchtete, dass dies wahrscheinlich auch negative politische Folgen nach sich ziehen würde. Die Araber würden sich seiner Meinung nach nicht für immer ruhig verhalten und sich eines Tages gegen dieses Verhalten und gegen die jüdische Bevölkerung im Allgemeinen zur Wehr setzen. Als Konsequenz daraus empfahl er den jüdischen Siedlern möglichst unbewohntes und unfruchtbares Land zu kaufen. In der Frage nach dem Verhalten der Juden gegenüber den Arabern sah er die wichtigste aller Fragen des Zionismus. Nach Epstein waren die nationalen Bestrebungen des jüdischen Volkes eng mit der Lösung dieses Problems verbunden. Bisher sei diese Frage völlig im Verborgenen geblieben. Nicht einmal in den zionistischen Schriften sei diese Frage bisher in ihrer Bedeutung gewürdigt worden.

Nach Epsteins Ansicht würde Palästina beiden Völkern gehören. Er kritisierte die politische Führung des Zionismus, die sich hauptsächlich mit Politik beschäftige und die dringenden Probleme der Bewohner des Landes nicht zu Kenntnis nehme. Zudem würden sie die Tatsache ignorieren, dass das Land bereits von einem anderen Volk bewohnt sei, das nicht vor habe es wieder zu verlassen. „Wohin soll der arme Vertriebene sich wenden? (...) Im Bezug auf dieses große stolze Volk machen wir einen großen psychologischen Fehler. Während wir die Heimatliebe in allen unseren Herzen und in unserem Sehnen verspüren, vergessen wir, dass auch das Volk, das dort jetzt lebt, Herz und liebende

Seele hat. Der Araber, wie jeder andere Mensch auch, empfindet eine starke Bindung an seine Heimat.“<sup>111</sup>

Epstein glaubte an die Möglichkeit einer friedlichen Koexistenz beider Völker. Aber auch er betrachtete das Araberproblem von der ökonomischen Seite und setzte hier mit der Lösung an. Die Araber würden von der jüdischen Besiedlung profitieren. Der mit der Besiedlung einhergehende wirtschaftliche Fortschritt würde eine Verbesserung ihrer Lebenssituation bringen und würde ihnen helfen, sich aus ihrer Armut zu befreien. Der Vorteil läge somit auf beiden Seiten – die einen erhalten ihr Heimatland zurück, während die anderen an der Entwicklung des Landes teilhaben können. Dieses gegenseitige Geben und Nehmen führe zur Renaissance zweier alter Völker, die einander hervorragend ergänzen würden. Als begleitende Maßnahme empfahl Epstein die direkte Unterstützung der einheimischen Bevölkerung.<sup>112</sup>

Epstein äußerte bereits 1905, zwei Jahre bevor den Artikel schrieb, in einer geschlossenen Versammlung während des siebten Kongresses in Basel, ähnliche Ansichten. Die arabische Frage bezeichnete er als wichtigstes Problem, die Juden sollten deshalb ein Bündnis mit den Arabern, den wahren Besitzern des Landes, eingehen. Und um ihren Hass nicht zu schüren, dürften die Juden nicht als Eroberer nach Palästina zurückkehren und die Rechte der Bewohner sollten in keiner Weise beschnitten werden.<sup>113</sup>

Nach Gorny (1987, S. 45.) ist Epstein der erste, der klar sagte, dass das Gelingen des zionistischen Projektes von der Zustimmung der Araber abhängen werde. Und obwohl er die Existenz einer arabischen Nation in Palästina erkannte und achtete, sehe er die Rolle der Juden in der künftigen Partnerschaft als die der Führer und Mentoren.

Nach den Unruhen von 1921 schlug Epstein die Gründung einer Arbeitsgruppe mit Zweigstellen in ganz Palästina und in den jüdischen Gemeinden Europas vor. Die Arbeitsgruppe sollte Möglichkeiten einer Annäherung der beiden Volksgruppen sondieren.<sup>114</sup>

## 8. ACHAD HAAM (1856 – 1927)

Ascher Ginzberg, bekannt als Achad Haam (Einer aus dem Volk), wurde 1856 in Skwira (Ukraine) geboren. Er wuchs in einer wohlhabenden chassidischen Familie auf und genoss eine fundierte orthodoxe Erziehung. Er besuchte die traditionelle jüdische Schule, und wie es bei Anhängern der Haskala<sup>115</sup> üblich war, erhielt er auch eine profane Bildung an der russischen Oberstufe. Nach seinem Philosophiestudium in Odessa, Brüssel, Berlin und Wien kehrt er 1895 nach Odessa zurück und schloss sich der „Chibbat Zion“<sup>116</sup> an. 1908 übersiedelte Haam nach London, wo er als Handelsbevollmächtigter einer Teefirma arbeitete, bis er sich 1923 in Tel Aviv niederließ.

Während des ersten Zionistenkongresses 1897 in Basel, es war der einzige den er besuchte, trat er der zionistischen Bewegung bei.

Haam, gilt als geistiger Vater des Kulturzionismus. Sein Streben innerhalb des Zionismus galt der Schaffung eines neuen geistigen Zentrums für das Judentum. Palästina sollte der Ausgangspunkt für die Erneuerung der nationalen jüdischen Kultur werden. Hier lag auch seine Opposition zu Herzls politischem Zionismus und seinen Bestrebungen einen jüdischen Staat durch einen Schutzbrief zu erlangen. Haam sah die Zukunft des Judentums nicht in einer politischen Lösung des Judenproblems. Für ihn blieb der Grossteil der Juden auch nach der Schaffung eines Judenstaates in der Welt zerstreut. Ein möglicher Staat bringe keine Erlösung aus der gegenwärtigen Not der Juden. Nur die Religion könne eine Erlösung verheißen. Unter ‚Sammlung der Verstreuten‘ verstand er die Ansiedlung eines kleinen Teils des verstreuten Volkes in Palästina. Die physische Not der Mehrheit der Juden in den Ländern der Diaspora könne dadurch nicht gemindert werden.<sup>117</sup>

Haam benötigte für sein Vorhaben keinen Staat. Er strebte nur die Gründung eines starken jüdischen Gemeinwesens in Palästina an, das durch eine umfangreiche Einwanderung realisiert werden sollte. In dieser „Massenansiedlung“ sah er die organische Mitte eines großen lebendigen Weltjudentums.<sup>118</sup> „Für den politischen Zionismus ist der Staat das Ziel

und Zion ein „Mythos“, der die Massen befeuert; für die Zionsliebe im Sinne Achad Haams ist der Staat der Weg zum Ziel, das Zion heißt.“<sup>119</sup>

Haam erkannte schon früh das existenzielle Problem des Zionismus. Er warnte bereits vor einem möglichen arabischem Widerstand gegen die jüdische Einwanderung und Ansiedlung, als von einem arabischen Nationalismus noch keine Rede war und der Zionismus in Europa erst im Aufbau begriffen war. Bereits 1891, Jahre vor dem Auftauchen des politischen Zionismus, unternahm er seine erste Reise nach Palästina und verbrachte drei Monate im Land. Er suchte nach einer Antwort auf die Frage, ob das Land imstande sei, sich zu neuem Leben aufzuraffen und ob das jüdische Volk selbst fähig wäre, das Land mit neuem Leben zu füllen. In seinem offenen Bericht über diese Erkundungsreise legte Haam auch die schlechten Seiten der bereits bestehenden jüdischen Siedlungen dar. In „Wahrheit aus Palästina“ warnt er vor der Illusion, Palästina wäre ein leeres Land:

„Wir im Ausland pflegen zu glauben, dass Palästina heute fast ganz wüstes, unbebautes Ödland ist und jeder, der dort Grund und Boden kaufen will, dies nach Herzenswunsch tun kann. Dem ist aber in Wirklichkeit nicht so. Es ist schwer, im ganzen Land unbebauten Ackerboden zu finden; nur Sandstrecken oder steinige Berge, (...) nur diese sind unbestellt. (...) Nicht nur die Bauern sondern auch die Großgrundbesitzer verkaufen guten, fehlerlosen Boden nicht gern. (...) Wir im Ausland pflegen zu glauben, dass die Araber Wilde seien, die auf tierischer Stufe stehen und für das, was um sie vorgeht keinen Blick haben. Das ist aber ein großer Irrtum. Der Araber besitzt wie alle Semiten einen klaren Verstand und große Schlaueit. (...) Die Araber und besonders die Städter durchschauen unsere Tätigkeit im Land und deren Zweck, schweigen aber und lassen sich nichts anmerken, weil sie in unserem Tun vorläufig keine Gefahr sehen. (...) Wenn aber einmal die Zeit kommen wird, wo sich das Leben unseres Volkes in Palästina so weit entwickelt hat, dass sich die Landesbevölkerung mehr oder wenig beengt fühlt, dann wird sie uns nicht leichthin den Platz räumen.“<sup>120</sup>

Haam missfiel die Einstellung einiger der Siedler und deren Verhalten gegenüber ihren arabischen Nachbarn. Er forderte eine realistische Haltung gegenüber der arabischen Bevölkerung. Eine auf Überheblichkeit beruhende Einstellung ihnen und ihrer Kultur gegenüber würde die Beziehung zwischen den beiden Völkern nur verschlimmern. Er

warnte vor einem gewalttätigen oder demütigenden Verhalten gegenüber den Arabern und mahnte vor allem jene jüdischen Siedler, die bei typischen Streitereien um Ackergrenzen und Wasserrechte nicht selten zu Gewalt neigten.

„Und was tun unsere Brüder in Palästina? Just das Gegenteil! Knechte waren sie im Lande ihrer Verbannung, und plötzlich finden sie sich selbst in ihrer Freiheit ohne Grenzen, in ihrer ungezügelten Freiheit, wie sie sich nur in der Türkei finden lässt. Dieser Wandel hat in ihnen eine Neigung zum Despotismus entstehen lassen, wie das stets der Fall ist, wenn der Knecht zur Herrschaft kommt, und sie behandeln die Araber feindselig und grausam, verkürzen ihr Recht auf unredliche Weise, beleidigen sie ohne jeden genügenden Grund und rühmen sich solcher Taten noch; und niemand tritt gegen diese verächtliche und gefährliche Neigung auf.“<sup>121</sup>

In seiner Vorrede zur dritten Auflage (1923) des Sammelbandes „Am Scheideweg“ bemühte sich Haam um eine richtige Auslegung der „Balfour-Erklärung“. Er sieht darin keine Versprechen der Briten, wonach Palästina in ein jüdisches Nationalheim umgewandelt werden soll. Nach seiner Interpretation, soll Palästina zu einem Land mit zwei gleichberechtigten Völkern werden. Er glaubte an das Recht beider Völker, in Palästina jeweils ein nationales Heim zu errichten. Das historische Recht der Juden hob nach Haam nicht die Rechte der übrigen Landesbewohner auf, die seit Generationen im Lande leben und arbeiten und genauso das Recht hätten, ihre eigenen nationalen Kräfte zu entwickeln. Die Absicht der Briten in der Erklärung beinhalte demnach nicht, die Rechte der gegenwärtigen Bewohner zu beschneiden und das jüdische Volk zum Alleinherrscher zu machen. Da es im ersten Stadium der Errichtung der jüdischen Heimstätte unweigerlich zu Reibungen und Interessenskonflikten komme, soll ein Vormund für einen ungestörten Aufbau eintreten und sobald eine gewisse Parität bestehe soll die Leitung des Landes den beiden Völkern übergeben werden.

Die falsche Interpretation der „Balfour-Erklärung“ habe auf Seiten des jüdischen Volkes zu gefährlicher Euphorie und auf arabischer Seite zu großer Verunsicherung geführt. In dieser Verunsicherung sieht Haam einen der Hauptgründe, die zu den Ausschreitungen in den Jahren 1920

geführt haben.<sup>122</sup> Er fordert die Juden auf, den arabischen Widerstand ernst zu nehmen und endlich ihr eigenes Verhalten zu ändern. „Nur wenige Tage nach den Ereignissen in Jerusalem, als das britische Versprechen in San Remo bestätigt wurde, begannen wir abermals in das Horn des Messias zu blasen und Proklamationen über die Erlösung usw. zu erlassen.“<sup>123</sup> Im Hinblick auf die Verhandlungen während der Friedenskonferenzen betonte er die Notwendigkeit der friedlichen Kooperation mit den Arabern. Nicht bloße Gesten sondern praktische Erfolge sollten das Ziel sein.

Aufgrund seiner frühen Reise nach Palästina und seinen Fragen, auf die er dort eine Antwort zu finden hoffte, erkannte Haam als erster das Problem der Existenz von jüdischen Siedlungen innerhalb der bestehenden arabischen Gesellschaft und sah die Spannungen zwischen den beiden Volksgruppen voraus. Zwischen der Forderung nach einem starken jüdischen Bevölkerungsanteil und der gerechten Behandlung der Araber sah er ein großes Konfliktpotential. Konkrete Lösungen konnte Haam aber keine anbieten. Grundsätzlich verlangte er, dass die Araber als Volk gemäß den nationale Rechten behandelt werden müssten, und die Araber als Individuen entsprechend moralischer Prinzipien.

## 9. MARTIN BUBER (1878 – 1965)

Martin Buber wurde im Februar 1878 in Wien geboren. Nach der Trennung seiner Eltern wächst er bei seinem Großvater im galizischen Lemberg auf. Er besuchte ein polnischen Gymnasiums und begann danach in Wien, später auch in Leipzig, Zürich und Berlin zu studieren. Er belegte Philosophie, Germanistik, Kunstgeschichte, klassische Philologie und Psychologie und wirkte später als Schriftsteller, Journalist, Religionswissenschaftler und Sozialphilosoph.

In Wien lernte er auch Herzl kennen und schließt sich der zionistischen Bewegung an und gründete 1889 in Leipzig eine zionistische Ortsgruppe.

Buber erklärte bereits auf dem dritten Zionistenkongress in Basel 1899, dass der Zionismus keine Parteisache, sondern eine Weltanschauung sei. Er unterschied zwischen innerer und äußerer Agitation. Durch die äußere Agitation sollten neue Zionisten gewonnen werden und durch die innere Agitation, durch Pflege der jüdischen Kultur und Volkserziehung, sollte ihnen die große Idee des Zionismus vermittelt werden.<sup>124</sup>

Sein Konflikt um das Wesen der zionistischen Bewegung kam auf dem fünften Kongress in Basel 1901 zum Durchbruch. Zuvor hatte Buber seine halbjährige Tätigkeit als Redakteur der von Herzl herausgegebenen zionistischen Wochenschrift „Die Welt“, das Zentralorgan der Partei, beendet, die er 1901, nach seiner Übersiedlung nach Wien angenommen hatte. Buber und einige Gleichgesinnte, unter ihnen befand sich auch Weizmann, konstituierten sich auf dem Kongress als die „Demokratisch-Zionistische Fraktion“. Es war die erste formelle Oppositionsgruppe innerhalb der zionistischen Organisation. Die „Fraktion“, wie sie meist genannt wurde, strebte nach einem mehr evolutionären, vertiefenden Nationalismus. Sie forderten mehr Demokratie innerhalb der zionistischen Führung und einen stärkeren Einfluss der Jugend und ihrer Ideen.<sup>125</sup> Die Anträge der Fraktion, nach umfassenden kulturellen Aktivitäten in der Diaspora wurden vom Kongress jedoch abgelehnt. Der Kongress führte

zur Trennung Bubers von Herzl.<sup>126</sup> Buber zog sich zurück und beschäftigte sich intensiv mit dem Chassidismus.

Nachdem auf der Friedenskonferenz in Paris, die im Memorandum der Zionisten formulierten Forderungen grundsätzlich angenommen wurden, wies Buber auf den bevorstehenden Entscheidungskampf hin, dessen Ausgang vom Aufbau des Landes abhängen werde. Hier schien es ihm wichtig, dass dieser ohne die negativen Kräfte des wirtschaftlichen und politischen Imperialismus zu erfolgen habe. Die Loyalität gegenüber dem Völkerbund und der Mandatsmacht, sollte selbstverständlich sein, aber dass die Zionisten mit dem gegenwärtigen Lebenssystem, ‚dem des humanitätsbewimpelten Imperialismus‘ nichts zu schaffen haben wollen, könnten sie nur dadurch zum Ausdruck bringen, „dass wir uns aller äußerer Politik enthalten – bis auf die Schritte und Maßnahmen, die erforderlich sind, um ein dauerndes freundschaftliches Einvernehmen mit den Arabern auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens, ja eine umfassende brüderliche Solidarität herbeizuführen und zu erhalten.“<sup>127</sup>

1919 schloss sich Buber dem „Hapoel Hazair“<sup>128</sup> (Der junge Arbeiter) an, beide hatten ähnliche Gedankengänge. Ende März 1920 fand in Prag eine Tagung statt, an der Vertreter des „Hapoel Hazair“ aus Palästina unter der Führung A. D. Gordons<sup>129</sup> und Vertreter der zionistischen Jugend aus Mittel- und Osteuropa unter der Führung Bubers teilnahmen. „Die Eindrücke dieser Konferenz wirkten noch in der Rede nach, die Buber im Namen des „Hapoel Hazair“ (...) auf dem zionistischen Kongress zu Karlsbad hielt.“<sup>130</sup>

Auf dem zwölften Zionistenkongress in Karlsbad 1921 nahm Buber wieder als Delegierter teil. Im Namen der „Hapoel Hazair“ hielt er eine programmatische Rede über Wesen des Zionismus und die Araberfrage. Am Ende seiner Rede trug er im Namen der Gruppe, die er vertrat, eine Deklaration vor, die aber vom Kongress nur in abgeschwächter Form angenommen wurde. Der ursprüngliche Text der Deklaration enthielt radikalere Forderungen in Bezug auf das Zusammenleben mit den Arabern. Buber musste feststellen, dass das Hauptanliegen seiner Resolution nicht mehr vorhanden war.<sup>131 132</sup>

1947 schrieb Buber an seinen Gesinnungsfreund Judah Manges:<sup>133</sup>  
„Ich hatte einen Resolutionsantrag entworfen, der die Gemeinsamkeit der Interessen der beiden Völker betonte und den Weg für eine Zusammenarbeit zwischen ihnen aufwies, - der einzige Weg, der zum Heil des Landes und seiner beiden Völker führen kann.“<sup>134</sup>

Mit Ende 1921 zog sich Buber wieder, wie schon 1904, vom direkten Engagement in der zionistischen Bewegung zurück, ohne sich jedoch vom Zionismus abzuwenden. Mit dem Zionismus beschäftigte er sich auch weiterhin. Er trat dem „Brit Schalom“ bei und engagierte sich hier für eine jüdisch-arabische Annäherung. Die Araberfrage betrachtete er immer als Schlüsselfrage für die jüdische Existenz in Palästina. Aber trotz der großen Bedeutung dieser Frage, kam es nie zu einem echten Dialog oder zu Verhandlungen zwischen ihm und arabischen Führern aus Palästina oder den Nachbarstaaten.<sup>135</sup>

## 10. DAVID ARON GORDON (1856 – 1922)

David Aron Gordon wurde im Juni 1856 in Trojanow (Russland) geboren. Er wuchs in einer wohlhabenden jüdisch-orthodoxen Familie auf. Seine Jugendzeit verbrachte er nicht in der Schule sondern in der Obhut von Privatlehrern. Er erhielt eine traditionell jüdische Bildung und brachte sich die weltlichen Fächer als Autodidakt bei. Während der nächsten dreiundzwanzig Jahre arbeitete er in der Finanzverwaltung eines Grundbesitzers, bei dem schon sein Vater beschäftigt war. Als 1903 sein Dorf verkauft wurde, beschloss Gordon nach Palästina auszuwandern.

Obwohl er bisher noch keiner schweren körperlichen Arbeit ausgesetzt war, wollte er in Palästina mit seinen eigenen Händen den Boden bearbeiten und begann ein hartes und entbehrungsreiches Leben in den neuen jüdischen Kolonien. Gordons Beharren darauf, dass das Arbeiten mit den eigenen Händen sowohl für die persönliche wie für die nationale Errettung zentral sei, machte ihn zu einem wichtigen Vordenker der zionistischen Arbeiterbewegung. Gordon wurde zur Leitfigur des „Hapoel Hazair“ (Der junge Arbeiter), einer Gemeinschaft von Landarbeitern. Ab 1909 begann er mit der Veröffentlichung zahlreicher Artikel in der, von der „Hapoel Hazair“ herausgegebenen Zeitung.

Gordon nahm zwar als Delegierter am elften Zionistenkongress 1913 in Wien und an der Konferenz der „Hapoel Hazair“ 1920 in Prag teil, beschäftigte sich aber sonst nicht mit politischen Angelegenheiten der Zionistischen Organisation.<sup>136</sup>

Nach Gordons Ideologie bildete der Kosmos eine Einheit, in dem der Mensch und die Natur Eins sind. Auch im Nationalismus liegt ein kosmisches Element – ‚der Geist der Natur der Volksheimat‘, der sich mit dem Geist des Volkes verschmolzen hat. Gordon lehnte den Bolschewismus und andere sozialistische Strömungen ab, denn in ihnen konnte er keine menschlich-kosmische Grundlage und kein Streben des menschlichen Geistes erblicken. Der Sozialismus sei eine Geburt von Wissenschaft, Technik und Kapitalismus, der Nationalismus beruhe hingegen auf dem Leben und dem schöpferischen Tun. „Darin besteht ein

grundlegender Unterschied zwischen Sozialismus und dem Nationalismus, der den Menschen zur Hauptsache macht, seine individuelle und nationale Wesenheit, das Ebenbild Gottes im Menschen.“

Innerhalb der nationalen Wesenheit fehle den Juden in den Ländern der Zerstreuung das kosmische Element, „und das suchen wir in Erez Israel‘. Nur dort sei es möglich ein neues Volk zu schaffen, „ein Mensch-Volk, das ein menschliches, brüderliches Verhältnis zu anderen Völkern hat, und ein edles, lebendiges und schöpferisches Verhältnis zur Natur und allem, was in ihr ist.“ Gordon war aber gegen die Eroberung des Landes durch ‚Feuer und Schwert‘. Ein Land könne nur dadurch erworben werden, indem man dort lebt und arbeitet.<sup>137</sup>

Gordon zeigte sich erbittert und betrachtete es als Rückschritt, als während des 1. Weltkrieges ein Teil der jüdischen Arbeiter in der „Jüdischen Legion“<sup>138</sup> diene. „Ich dachte in meiner Einfalt, dass wir danach streben, ein ehrliches Mensch-Volk zu schaffen, ein Volk das verantwortlich ist für alles, wofür ein Einzelner verantwortlich ist, ein Volk, das nicht aufgebaut werden will durch die Zerstörung anderer Völker (...)“.<sup>139</sup>

Gordon unterschied zwischen der Zeit vor und jener nach der „Balfour-Erklärung“. Vorher mussten die Juden ihr ‚Recht auf den Boden‘ durch Arbeit erwerben. Durch die „Balfour-Erklärung“ aber, hätten die Juden ihr ‚nationales Recht auf das Land‘ erhalten und müssen jetzt ihrer politischen Stellung als Volk des Landes klar werden. Das historische Recht der Juden auf das Land sei geblieben, da bisher keine ‚Kraft fremden Lebens und Schaffens‘ sich das Land angeeignet habe. „Unser Land, das früher ein Land war, wo Milch und Honig floss, ganz gewiss geeignet für eine hohe Kultur, blieb wüst, arm und niedrig wie kein anderes Kulturland und relativ unbewohnt.“ Im aktuellen Zustand des Landes erblickte Gordon einen Hinweis darauf, dass das Land geradezu wartet, mit neuem Leben erfüllt zu werden.

Die Rechte der Araber auf ihren Boden, den sie bearbeiten und auf dem sie wohnen, betrachtete er als gleichwertig. Keines der beiden Völker sollte dem anderen seinen Boden streitig machen. Aber die Rechte auf

das brachliegende Land sollten dabei im friedlichen Wettstreit zwischen den beiden Völkern erworben werden können, je nach der Kraft der schöpferischen Arbeit und der seelischen Hingabe. Den Einwand, dass die Juden die Araber, die wirklichen Herren des Landes, berauben wollen weist er zurück. Für Gordon waren nicht die Bewohner des Landes die Verfügungsberechtigten. Nur die jeweils herrschende Macht könne über das Land verfügen. Und das waren seit Jahrhunderten die Türken und jetzt seien es die Briten. Beiden, Juden und Arabern, gestand Gordon ein historisches Recht auf das Land zu wobei er aber dass historische Recht der Juden als bedeutender einstufte. Da hinter dem historischen Recht stehe ein Volk von zwölf Millionen Juden.

Gordon empfahl dennoch, dass beim Kauf von Boden darauf geachtet werden sollte, keinesfalls die Rechte der Bewohner anzutasten und die arbeitende Bevölkerung nicht vom Boden zu vertreiben. „Überhaupt haben wir die Pflicht, menschliche Beziehungen zu den Arabern herzustellen, und unser Verhalten zu ihnen nicht nur nach ihren negativen Wesensseiten einzurichten, wie es die Antisemiten uns gegenüber tun.“ Eine spezielle Kommission sollte helfen, die Beziehungen der beiden Völker zueinander zu verbessern. Gordon sah in der Verbesserung der gestörten Beziehungen zu den arabischen Bewohnern des Landes eine ‚große Maxime‘, die erste Probe für das jüdische Volk in Palästina. „Wenn wir trachten werden menschlicher, lebendiger zu sein, werden wir das richtige Verhältnis zum Menschen und zu den Völkern im Allgemeinen, zu den Arabern im Besonderen finden.“<sup>140</sup>

Im Gegensatz zur häufig geäußerten Ansicht, die Araber Palästinas seien keine Nation, sondern eine Mischung verschiedener Nationalitäten, gestand ihnen Gordon die Qualitäten und Attribute einer existierenden Nation zu. „Ihr Anspruch ist daher von der Form und Bedeutung der Forderung von Menschen eines existierenden Staates gekennzeichnet“<sup>141</sup> Die Zionisten müssten daher den arabischen Nationalismus endlich als solchen anerkennen und nicht nur als Plan einiger „Effendis“ bagatellisieren.

Die Begriffe „Arbeit“ und „Boden“ bildeten einen zentralen Bestandteil in Gordons Ideologie. Er erkannte aber nicht, dass gerade diese Begriffe einen wesentlichen Bestandteil in der jüdisch-arabischen Auseinandersetzung darstellten. Der zunehmende Bodenerwerb und die Verdrängung arabischer Arbeitskräfte waren wesentliche Faktoren, die zu einer Verschärfung des jüdisch-arabischen Konfliktes innerhalb Palästinas beitrugen. Sein Anspruch auf „Boden“ und „Arbeit“ wurden nicht zu einem Weg zur ‚Erlösung‘ sondern letztendlich zur Grundlage der Herrschaft. Die von ihm beeinflusste Gruppe der „Hapoel Hazair“ lehnte jedes Mächtsreben ab, sie war aber innerhalb des Zionismus zu schwach um etwas verändern zu können. So konnte auch Gordons „Volkssozialismus“ auf die Araberfrage keine Antwort geben.

## 11. VLADIMIR ZEEV JABOTINSKY (1880 – 1940)

Jabotinsky wurde im Oktober 1880 in Odessa, dem Zentrum der jüdischen Haskala, als Sohn eines Händlers geboren. Er wurde im traditionellen jüdischen Sinn erzogen und besuchte ein russisches Gymnasium. Seine Studienjahre verbrachte er ab 1898 für eine kurze Zeit in Bern und dann in Rom. Hier studierte er Rechtswissenschaften und belegte mit großem Eifer Vorlesungen in Geschichte, Philosophie und Ökonomie. Er verfasste eine Studie über Garibaldis Leben und den Aufstieg des Nationalismus in Italien.<sup>142</sup> Während und nach seiner Studienzeit betätigte er sich als Journalist, Redner, Schriftsteller und Übersetzer. Seine regelmäßig erscheinenden Artikel unter dem Pseudonym „Altalena“ fanden in Odessa eine große Anhängerschaft.

Als es 1902, während eines Urlaubes in seiner Heimat, in der Umgebung von Odessa und in der Stadt selbst zu antijüdischen Ausschreitungen kam, schloss er sich einer jüdischen Selbstverteidigungsorganisation an und wird ein aktives Mitglied in dieser Organisation. In Kishinev, wo er nach dem Pogrom 1903 Nahrung und Kleidung verteilte, lernte er einige Führer der Russischen Zionisten kennen. Jabotinsky weist später die Idee zurück, dass er durch seine Tätigkeit in der Selbstverteidigungsorganisation oder durch die Erlebnisse in Kishinev zum Zionismus kam.<sup>143</sup>

Mögen die Ereignisse und Erfahrungen während der Pogrome in Russland als Katalysator gewirkt haben, jedenfalls lässt er sich überzeugen, am nächsten Zionistenkongress in Basel (1903) als Delegierter der russischen Landsmannschaft teilzunehmen. Er kannte zwar die einschlägigen zionistischen Schriften Theodor Herzls und auch jene von Leon Pinsker und Achad Haam, hatte aber noch keine Kenntnisse von den Tätigkeiten der zionistischen Bewegung. Mit seiner Teilnahme am sechsten Zionistenkongress begann ein neues Kapitel in seinem Leben.<sup>144</sup>

Die Begegnung mit Herzl auf dem sechsten Kongress machte einen nachhaltigen Eindruck auf Jabotinsky. Er stimmte in der „Ugandafrage“

zwar gegen Herzl, wäre jedoch bereit gewesen, ihm überallhin zu folgen „even to err and blunder in his wake“.<sup>145</sup> Jabotinskys Zeit war jetzt reif, um selbst als zionistischer Führer und Lehrer aufzutreten. So bereiste er bis 1908 „als Handlungsreisender für den Zionismus“<sup>146</sup> ganz Russland und hielt in den zahlreichen jüdischen Gemeinden Vorträge über den Zionismus.

Trotz seiner großen Begeisterung und unermüdlichen Tätigkeit für den Zionismus kooperierte er nur während zweier kurzer Perioden, von 1908-1909 und von 1921-1923, mit der zionistischen Organisation. Meist verfolgte er auf seine Art, außerhalb der Organisation eigene Ziele und übte häufig scharfe Kritik an der Untätigkeit der Organisation auf politischer und praktischer Ebene. Da seiner Meinung nach die Vertreter des praktischen Zionismus ihre tägliche Aufbauarbeit in Palästina selbst als politische Aktivität werteten und somit keine weiteren Anstrengungen zur Erreichung eines Charters im Sinne Herzls für notwendig erachteten. Um jedoch eine Majorität in Palästina zu erreichen, bedurfte es, nach Jabotinsky, einer starken politischen Macht, geeigneter Gesetze und einer Verwaltung mit der man zusammenarbeiten kann, was nur durch einen Charter möglich sei.<sup>147</sup>

Nach der Revolte der Jungtürken im Juli 1908 wurde Jabotinsky von der St. Petersburger Zeitung „Russ“ als Korrespondent nach Konstantinopel entsandt, um vor Ort von der Revolution zu berichten. Beeindruckt von den neuen politischen Freiheiten, die das Regime der Jungtürken erlaubte, kam er bald zum Schluss, Herzls Werk unter den neuen, freien und liberalen politischen Verhältnissen fortzusetzen. Besonders die große sephardische Gemeinde, die aktiv an der Revolution teilnahm und bei den Jungtürken angesehen war, galt es, vom Zionismus zu überzeugen. Dass einige von ihnen sogar im neuen Parlament und im „Komitee für Einheit und Fortschritt“ vertreten waren, konnte Jabotinskys Ansinnen nur erleichtern.<sup>148</sup>

Auf einem Treffen zionistischer Führer in Konstantinopel wurde die Gründung beziehungsweise die Unterstützung von mehreren Zeitungen beschlossen; einer täglichen Zeitung auf Französisch („Le Jeune Turc“),

einer wöchentlichen zionistischen Zeitung, ebenfalls auf Französisch („L’Aurore“), einer auf Spanisch („El Judeo“) und einer auf Hebräisch. Jabotinsky war selbst an der medialen Propagandaoffensive beteiligt und wurde bald zum wichtigsten Journalisten.

Das erklärte Ziel von „Le Jeune Turc“ war die Unterstützung der Jungtürkischen Regierung in ihrem Bestreben nach Einheit im Ottomanischen Reich, die Beibehaltung von Sprache, Kultur und Religion der verschiedenen Volksgruppen, die Förderung der Einwanderung von Moslems und Juden zur politischen und ökonomischen Stärkung des Reiches, und im speziellen, die Unterstützung der Zionistischen Organisation in ihrem Bemühen um die Errichtung eines kulturellen Zentrums in Palästina.<sup>149</sup> Man hoffte so nicht nur die jüdischen Bewohner des Landes sondern auch die türkischen Behörden für die Anliegen des Zionismus zu gewinnen.<sup>150</sup>

Sein Aufenthalt in Konstantinopel brachte für ihn die erste Begegnung mit der orientalischen Welt und hier erwarb er sich auch „seine Abneigung gegen den Orient im Allgemeinen und gegen Konstantinopel im Besonderen“.<sup>151</sup> Auf Grund der türkisch-arabischen Rivalität, die er in der Hauptstadt des Osmanischen Reiches beobachten konnte, warnte vor einer zionistisch-arabischen Allianz gegen die Türken und trat für eine zionistisch-türkische Allianz ein und er sah darin das geeignete politische Mittel, um das Reich vor einer Gefährdung durch den arabischen Nationalismus zu schützen. Weiters könnte somit gerade die jüdische Kolonisation in Palästina die arabische Bevölkerungsmehrheit im Ottomanischen Reich verringern und zur Abschwächung des arabischen Charakters von Palästina dienen. Er glaubte, die neuen Machthaber würden bald zu Einsicht gelangen, dass nur eine Unterstützung des Zionismus den zunehmenden arabischen Charakter Palästinas verhindern könne.

Als Jakobus Kann, ein Mitglied des Aktionskomitees der zionistischen Organisation, nach einem Besuch in Palästina 1907 ein Buch veröffentlichte „in which he expressed precisely all the forbidden, dangerous ideas“<sup>152</sup> und eine autonome jüdische Regierung für Palästina

mit einer jüdischen Armee forderte, sah Jabotinsky in Kann einen Revisionisten,<sup>153</sup> bevor es überhaupt welche gab, wie er in seiner Autobiographie schreibt. Denn Kann nahm vorweg, wofür Jabotinsky später mit aller Kraft kämpfte. Das Buch löste hingegen in der Zionistischen Organisation heftige Kritik hervor, man befürchtete eine nachhaltige Gefährdung des fragilen Aufbauwerkes in Palästina. Es zeitigte aber keine negativen Auswirkungen, denn wo nichts zu erreichen sei, könne auch kein Schaden zugefügt werden.<sup>154</sup>

Nach dem Eintritt der Türkei in den 1. Weltkrieg auf Seiten der Mittelmächte forciert Jabotinsky die Idee zur Gründung einer „Jüdischen Legion“, die an der Seite der Alliierten für die Befreiung Palästinas kämpfen sollte. Sein erster Schritt dazu war die Aufstellung des „Zion Mule Corps“.<sup>155</sup> Seine Ambitionen stießen jedoch auf keine Zustimmung in der zionistischen Führung. Die Gründung einer „Jüdischen Legion“ wurde strikt abgelehnt. Aus Sorge um die jüdischen Bevölkerungsgruppen in den Krieg führenden Ländern, bestand die zionistische Führung auf absoluter Neutralität.

Dennoch erreichte Jabotinsky sein Ziel. Im Juni 1918 wird eine „Jüdische Legion“ und später noch zwei weitere, nach Palästina verlegt. Nach Beendigung der Kampfhandlungen forderte Jabotinsky von der britischen Militärverwaltung vergeblich, den weiteren Einsatz der Legion zum Schutz der jüdischen Bevölkerung gegen arabische Übergriffe. Im Frühjahr 1919 wurde es, sehr zum Missfallen Jabotinskys, weitgehend aufgelöst. Die endgültige Auflösung des Verbandes erfolgte nach den Mai-Unruhen 1921.<sup>156</sup>

Während der britischen Militärverwaltung nach der Eroberung Palästinas überwog die antizionistische Stimmung. Die Versprechungen der „Balfour-Erklärung“ schienen in ernster Gefahr, die Militärverwaltung selbst war antizionistisch eingestellt und auch der arabische Widerstand begann sich verstärkt zu zeigen. Es kam zu Übergriffen auf jüdische Bewohner, antizionistischen Demonstrationen und zu antisemitischen Aufrufen in Zeitungen und Flugblättern.

„The sons of Israel, whom no country on earth could tolerate, who have been killed and massacred eight times everywhere, who have never been able to live in agreement with any nation of the world, who have been the source of all corruption, of all the misfortunes and all the – they are now working to turn your children out of their country and to seize and swallow their property (...) Let the Jews know that Palestine is our country, of which they will get nothing unless it be after the waters of Jordan and the Yarmuk have become red (...)”<sup>157</sup>

Jabotinsky deutete die arabische Propaganda gegen den Zionismus nicht unbedingt als Aufforderung, die Juden im Lande zu töten, aber er warnte, dass dadurch eine Atmosphäre begünstigt werde, die nach seinen Erfahrungen mit der Pogromstimmung in Russland zu vergleichen wäre. Von der britischen Militärverwaltung forderte er eine Entwaffnung der arabischen Bevölkerung, die Stationierung einer ausreichenden Anzahl von jüdischen Soldaten in den jüdischen Zentren und in den Siedlungen auf dem Land und die Stationierung von jüdischen Polizeieinheiten in Jerusalem.<sup>158</sup> Weiters fordert er eine offizielle Proklamation der „Balfour-Erklärung“ mit einer Bestätigung der darin enthaltenen Zusagen. Seine Forderungen bleiben unerfüllt. So lag es an ihm, während den Ausschreitungen in Jerusalem, vom 4. bis 7. April 1920 die Verteidigung der jüdischen Bewohner zu organisieren; wofür er von den Briten verurteilt und inhaftiert wurde.<sup>159</sup>

Nach den heftigen Ausschreitungen in Jaffa ein Jahr danach, am 1. Mai 1921 und den folgenden Tagen, äußert er, dass ihm kein Beispiel in der Geschichte bekannt sei, wo ein Land mit der höflichen Zustimmung der einheimischen Bevölkerung kolonisiert wurde. Aufgrund seiner Erfahrungen während der Pogrome in Russland, scheint für Jabotinsky nur eine unnachgiebige Haltung im Konflikt mit den Arabern möglich zu sein, um so den arabischen Widerstand abzuschrecken und schließlich zu brechen. Jabotinsky betrachtete den Konflikt mit den Arabern als natürlich und unausweichlich. Die einzige dauerhafte Überlebenschance für den Zionismus sieht er in einer jüdischen Majorität und der absoluten Macht zur Kontrolle des Landes.

Jabotinsky sah sein Verhalten gegenüber den Arabern durch zwei Prinzipien bestimmt: erstens hielt er eine Verdrängung der Araber aus Palästina für unmöglich womit Palästina immer ein Nationalitätenstaat bleiben werde und zweitens stand er für eine Gleichberechtigung aller Nationalitäten innerhalb eines Staates. Ob jedoch friedliche Absichten auch auf friedlichem Wege erreicht werden können, hatte für ihn nichts mit der Frage der Beziehungen des Zionismus zu den Arabern zu tun. Sondern die Beziehungen der Araber zum Zionismus werden darüber entscheiden, ob der Weg des Zionismus ein friedlicher sein werde. Eine freiwillige Einwilligung der Araber Palästinas zur Umwandlung des Landes mit seiner aktuellen arabischen Majorität in ein Land mit einer jüdischen Majorität hielt er für ausgeschlossen. „Eingeborene, gleichgültig ob zivilisiert oder unzivilisiert, haben immer hartnäckig gegen Kolonisatoren, gleichgültig ob zivilisiert oder unzivilisiert, gekämpft. Dabei hat das Verhalten der Kolonisatoren gar keinen Einfluss auf das Verhalten der Einheimischen gehabt“.<sup>160</sup> Er stellte sich auch gegen die ‚Friedenstifter‘ und ‚Arabophilen‘ in den eigenen Reihen, die durch milde Formulierungen glauben, über die wirklichen Ziele des Zionismus hinwegtäuschen zu können, sodass die Araber freiwillig in eine Verwirklichung des Zionismus einwilligen werden. Jabotinsky bezeichnet diese Einstellung mancher Zionisten als ‚kindische Phantasie‘, die aus einer Art voreingenommener Verachtung des arabischen Volkes, einer Art Pauschalvorstellung vom arabischen Volk als ‚bestechlichem Gesindel‘, das bereit sei, sein Vaterland gegen den ökonomischen Fortschritt zu verschenken. Er wandte sich gegen diese Ansicht über die Araber Palästinas. Keinen Erfolg sah er auch in den Bestrebungen, eine Einwilligung nicht von den palästinensischen Arabern direkt sondern von der übrigen arabischen Welt zu erlangen, da dies in Palästina selbst das Verhältnis der beiden Völker untereinander nicht verbessern würde.

Da für Jabotinsky eine freiwillige Zustimmung der Araber undenkbar schien, kamen für ihn nur zwei Möglichkeiten in Betracht. Entweder müsse die zionistische Kolonisation eingestellt oder gegen den Willen der einheimischen Bevölkerung durchgesetzt werden. Solange aber

die Juden eine Minorität in Palästina bilden, müsse eine unparteiische Macht von außen den Aufbau des Landes gewährleisten. Während dieser Phase dürfe die einheimische Bevölkerung keine Möglichkeit besitzen die jüdische Kolonisation zu beeinträchtigen.<sup>161</sup>

Darin sieht er die wesentliche Bedeutung der „Balfour-Erklärung“ und der Mandatsverfassung. So war er auch mit der vorläufigen Mandatsverfassung sehr zufrieden: „It is a great and ideal document. One can see it flaws, but there is nothing in it, not a sentence, which in strict legal analysis excludes the possibility of achieving our most far-reaching objectives, even a Jewish State. The Mandate is a flexible receptacle, almost ideal for our energy“.<sup>162</sup>

Wenn es um die nationalen Minderheitenrechte geht, bezieht sich Jabotinsky immer wieder auf das „Helsingfors Program“ aus dem Jahre 1906, an dem er maßgeblich mitgearbeitet hat. Bezogen auf Russland forderte es bürgerliche Gleichberechtigung und Selbstverwaltung für alle Volksgruppen. Der zionistischen Organisation in Russland sollte das Programm eine neue Grundlage und der nationalpolitische Arbeit eine neue Perspektive<sup>163</sup>geben. Eine weitere Entscheidung betraf die Förderung der praktischen Arbeit in Palästina.<sup>164</sup>

Was die Araber betraf, zweifelte er daran, dass sie, jene im Programm aufgestellten Forderungen nach Gleichberechtigung und Selbstverwaltung, verstehen könnten und diesen trauen würden. „Man müsste sich zuerst mit Redensarten beinahe bis zur Volltrunkenheit betäuben, um zu verlangen, dass die Araber daran glauben sollen, gerade die Juden seien fähig (oder wenigstens aufrichtigen Willens) einen Plan zu verwirklichen, der anderen, mit größerer Autorität ausgestatteten Nationen nicht gelungen ist“.<sup>165</sup>

Jabotinsky geht bei seinen Ausführungen bereits von der Tatsache einer jüdischen Majorität in Palästina aus. Dass die bestehende arabische Majorität der jüdischen Minderheit in Palästina, die im „Helsingfors Program“ geforderten Rechte zugestehen könnte, hielt er für utopisch; da ja gerade die Wurzel allen Übels in der Tatsache lag, dass die Juden, selbst noch eine Minderheit, ein Land gegen den Willen seiner

Bevölkerung kolonisieren wollen. Daher könne der Zionismus dem arabischen Nationalismus nur ein bescheidenes Maß an Konzessionen anbieten. Nach Jabotinsky kann auf eine jüdischen Mehrheit im Lande nicht verzichtet werden. Eine arabische Aufsicht über die Immigration oder ein Parlament mit arabischer Mehrheit lehnte er ab.<sup>166</sup>

Die Frage ob das Ansinnen der Zionisten ‚unmoralisch‘ sei, beantwortet er mit dem Verhältnis von der Größe und Einwohnerzahl des gesamten arabischen Raumes im Verhältnis zu Palästina. Seine Forderung nach einem kleinen Teil des arabischen Gebietes betrachtet er auch gegen den Willen der Bevölkerung als moralisch vertretbar. Nach Jabotinskys Auffassung gehörte der Boden nicht jenen, die zu viel davon besitzen, sondern jenen, die keinen haben. Die neue Verteilung des Bodens hielt er für einen Akt der Gerechtigkeit. „Die Gerechtigkeit, die mit Gewalt durchgeführt wird, hört daher nicht auf, die heilige Gerechtigkeit zu sein.“<sup>167</sup> Jabotinsky war überzeugt, dass die zionistische Politik gegenüber der arabischen Bevölkerung Palästinas, nach diesen Prinzipien durchgesetzt werden müsse. Erst wenn die Juden in Palästina zur Majorität geworden sind, kommt für Jabotinsky die Zeit, um mit den Arabern über eine Übereinkunft zu verhandeln.

## 12. BEER BOROCHOV (1881 – 1917)

Ber Borochov wurde im Juni 1881 in Solotonoschka, einer Stadt in der Ukraine geboren. Kurz nach seiner Geburt zog die Familie nach Poltava, das Exil vieler Revolutionäre und ein zionistisches Zentrum. Sein Vater war ein aktives Mitglied der „Chibbat Zion“<sup>168</sup>. 1900 schloss sich Borochov der Russischen „Sozial Demokratischen Partei“ an. Nach dem Ausschluss aus der Partei gründete er 1901 in Russland den „Sozialistisch-Zionistischen Bund der Arbeiter“.

Nach dem sechsten Zionistenkongress 1903 in Basel trat er der „Poale Zion“ (Arbeiter Zions) bei. Wie andere Zionisten aus Russland sprach auch er sich gegen den „Uganda-Projekt“ aus; seine Ansichten dazu legte er in dem Essay „To the Question of Zion and Territory“ dar. Auf einer Konferenz in Poltava im November 1905 reorganisierte er die „Poale Zion“ als „Jüdische Sozial-Demokratische Arbeiterpartei“ und verfasste das Programm der Bewegung, das im Juli 1906 unter dem Titel „Our Platform“ publiziert wurde. Aufgrund zaristischer Repressionen verließ er Russland und befasste sich in Wien mit politischer Publizistik, sozial-ökonomischer und philologischer Forschung. Durch den Ausbruch des Krieges war er als russischer Staatsbürger jedoch gezwungen Wien wieder zu verlassen und emigrierte nach Amerika. Als nach dem Beginn der russischen Revolution die Menschewisten an die Macht kamen, kehrte er über Europa nach Russland zurück. Während eines kurzen Aufenthaltes in Stockholm, half er bei der Ausarbeitung eines Memorandums mit den Forderungen der „Poale Zion“ für die bevorstehende Konferenz der Holländisch-Skandinavischen Sozialisten.<sup>169</sup>

Borochov verstand seinen Zionismus als Zionismus des jüdischen Proletariats im Gegensatz zum ‚bürgerlichen Zionismus‘ der verschiedenen Richtungen. Die Erlangung der territorialen politischen Autonomie für die Juden in Palästina war für ihn das Ziel der zionistischen Bewegung. Es war aber nicht das endgültige Ziel wie für den „bürgerlichen Zionismus“, sondern lediglich eine Etappe, das unmittelbare Ziel, auf dem

Weg zum Sozialismus. Das Endziel, das Maximalprogramm, war der Sozialismus, die Vergesellschaftung der Produktionsmittel.<sup>170</sup>

Die subjektiven Beweggründe seines Programms entsprangen ausschließlich den Klasseninteressen des kämpfenden jüdischen Proletariats. „Wir kämpfen um politische und nationale, als auch um die menschlichen Rechte des jüdischen Arbeiters. Und darum erheben wir im Rahmen der allgemeinen Forderungen des sozialdemokratischen Minimalprogramms auch nationale Forderungen“.<sup>171</sup> Das eigene Territorium sei die wichtigste Produktionsbedingung. Nur eine territoriale Nation besitze eine eigene nationale Wirtschaft in der sich die nationalen Produktivkräfte entwickeln könnten.<sup>172</sup>

In seiner Analyse der Emigration von Juden in andere Länder stellte er eine neue Tendenz fest. Bevorzugt werde ein Land das weder großkapitalistisch noch agrarisch entwickelt sei und somit für andere Völker uninteressant und folgerte daraus: „Das Land der elementaren jüdischen Emigration wird Palästina sein.“<sup>173</sup> Als gute Voraussetzungen nannte er das niedrige kulturpolitische Niveau, die Rückständigkeit des politischen Lebens, das den Einsatz von Großkapital erschwert und den für kleines und mittleres Kapital bestehenden Absatzmarkt im Lande selbst und in den Nachbarländern.

Während die Juden in der Diaspora von der einheimischen Bevölkerung abhängig waren, werden sie das in Palästina nicht sein, da sie hier keiner nationalen Konkurrenz ausgesetzt sein werden. So werde es allmählich gelingen, eine wirtschaftlich selbständige jüdische Gesellschaft in Palästina zu schaffen und parallel mit der wirtschaftlichen Verselbständigung des jüdischen Lebens werde die politische Autonomie einhergehen. „Die ideale politische Selbständigkeit ist die territoriale politische Autonomie für die Juden in Palästina“.<sup>174</sup>

„Als Utopisten zu betrachten sind jene Leute, die der Meinung sind, eine derart Radikale Umwälzung im jüdischen Leben, wie der Territorialismus, können ohne erbitterten Kampf, ohne Grausamkeiten und Ungerechtigkeiten, ohne die Mitleidenschaft von Schuldigen und Schuldlosen sich abspielen. Revolutionen dieser Art werden nicht mit

schnörkeligen Phrasen ausgefochten, sondern unter Schweiß und Blut und Tränen“.<sup>175</sup> <sup>176</sup> Womit Borochov die harte Auseinandersetzung zwischen Arbeit und Kapital meinte. Denn der jüdische Arbeiter bringe sein proletarisches, revolutionäres Klassenbewusstsein mit nach Palästina, wo sich die Ausbeutung des jüdischen Arbeiters sogar noch verschärfen werde, da die gleichfalls einwandernden Kapitalisten, sich den in Palästina herrschenden neuen Bedingungen anpassen müssten und den Widerstand der rückständigen politischen Formen zu überwinden hätten. So unvermeidlich der Kampf zwischen jüdischer Arbeit und jüdischem Kapital sein werde, so unvermeidlich werde auch der Kampf des jüdischen Proletariats gegen die türkische Regierung sein. Zwar werde sich die Bürokratie des Staates anfangs auf die Seite der Unternehmen schlagen, aber mit der Zeit gegen die jüdische Gesamtbevölkerung vorgehen. Auch die arabische Bevölkerung werde in diesen Kampf hineingezogen, nicht als Gegner der Einwanderer sondern als deren Verbündete. „Je intensiver die jüdische Einwanderung nach Palästina sein wird, je größere Kreise der fellachischen Bevölkerung in die ökonomische und politische Wirkungssphäre der Juden hineingeraten werden, desto größere Bedeutung wird der Kampf des jüdischen Proletariats, Schulter an Schulter mit den anderen unterdrückten Elementen, gegen die türkische Regierung erlangen“.<sup>177</sup>

In seinem Artikel „To the Question of Zion and Territory“ (1905) betonte Borochov die enge ‚rassische Verwandtschaft‘ zwischen den arabischen Bewohnern und den jüdischen Einwanderern. Es sei leicht zu erkennen, dass die bäuerliche Bevölkerung Palästinas Nachkommen der jüdisch-kanaanitischen Ackerbaukultur wären und eine Vermischung mit den arabischen Völkern der Nachbarländer kaum stattgefunden hätte. Bestätigt sah er seine Aussage durch Berichte von Besuchern Palästinas, denen es unmöglich war zwischen einem sephardischen Juden und einem einfachen Arbeiter oder Fellachen zu unterscheiden. Borochov hielt auch den Unterschied zwischen den sephardischen und den askenasischen Juden nicht größer als jener, zwischen einem Juden aus der Diaspora und einem Fellachen in Palästina.<sup>178</sup>

Seine Folgerung war daher, dass der Fellache in die kulturell und zivilisatorisch stärkere jüdische Gesellschaft integriert werden könne. Zur Untermauerung seiner Argumente erwähnte er die bereits vorhandene Praxis von arabischen Fellachen in der Nähe von jüdischen Kolonien, die ihre Kinder auf die dortigen jüdischen Schulen schicken würden

Im August 1917 fand in Stockholm eine Konferenz der „Holländisch-Skandinavischen Sozialisten“ statt. Borochof nahm an der Konferenz teil und präsentierte das Friedensmanifest der „Poale Zion“. Bezüglich der Jüdischen Frage im Allgemeinen forderte im Manifest die Aufnahme von international garantierten Rechten für das jüdische Volk in die kommenden Friedensverhandlungen und im Speziellen, eine territoriale Lösung der Jüdischen Frage durch die Errichtung einer nationalen Heimstätte in Palästina. Durch die Einführung moderner Produktionsmethoden in dem großteils brachliegendem Land würden nicht nur Millionen neuer Siedler Arbeit finden sondern auch die einheimische Bevölkerung werde davon profitieren. In friedlicher Kooperation mit der arabischen Bevölkerung sollte die wirtschaftliche Entwicklung vor sich gehen. „The Jewish immigration brings progressive methods of labour, a higher standard of living, and a higher scale of wages. It can therefore only assist the Arab population to overcome their primitive standards of civilization and economics“.

In der Zusammenfassung der Forderungen am Ende des Manifestes verlangte Borochof das Recht auf nationale Einheit und Selbstbestimmung für jede Nation und Selbstverwaltung für nationale Minoritäten. In Bezug auf Palästina forderte er freie Einwanderung und Kolonisation sowie nationale Autonomie für die Juden. Herrenloses Land und die großen Staatsländereien sollten zwischen den Immigranten und der einheimischen Bevölkerung, die wenig oder kein Land besitzt, aufgeteilt werden.<sup>179</sup>

In einer seiner letzten aufgezeichneten Reden wandte sich Borochof gegen den Vorwurf, dass der „Poale Zionismus“ die arabische Bevölkerung unterdrücke und aus dem Land vertreiben wolle. Durch die Einführung moderner Technik und der ordentlichen Vorbereitung des

unfruchtbaren Landes für die Kolonisation sei genügend Land vorhanden, um Araber und Juden zu versorgen. Die Herstellung von normalen Beziehungen zwischen Arabern und Juden müssten aber hergestellt werden.<sup>180</sup>

Borochovs Ideologie implizierte die allmähliche Assimilation der arabischen Bevölkerung Palästinas durch die einwandernden jüdischen Massen. Dieser Vorgang würde durch die nahe Verwandtschaft der beiden Völker erleichtert und im gemeinsamen Klassenkampf vollzogen. Borochovs Ideologie fand in der Realität Palästinas keinen Platz. Auch die sozialistische „Poale Zion“ entfernte sich allmählich vom Klassenkampfgrundsatz.

## II. TEIL

### 1. ALLGEMEINES

Der Aufbau der Zionistenkongresse geht ganz auf das Wirken Theodor Herzls zurück. Wie Böhm (1935, S. 216.) es ausdrückte, waren die Kongresse ‚eine Art jüdisches Weltparlament‘. Um den Zionistenkongress zu einer dauernden Einrichtung zu machen, war Herzl bestrebt sie im Jahresrhythmus zu veranstalten, um die Bewegung so vor einer ‚Versandung‘ zu bewahren. Ab 1901 wurden die Kongresse jedes zweite Jahr abgehalten. Die längere Unterbrechung zwischen 1913 bis 1921 wurde durch den 1. Weltkrieg bedingt.

Die Delegierten zum Kongress wurden auf Grund des allgemeinen Stimmrechtes von den Mitgliedern der Zionistischen Bewegung gewählt und waren in Landsmannschaften organisiert. Voraussetzung für die Delegiertenwahl sollte die Bezahlung mindestens eines ‚Schekel‘<sup>181</sup> betragen. Nach Herzl sollte der Kongress eine echte Nationalversammlung, eine Vertretung der jüdischen Nation sein.<sup>182</sup>

Der „Permanenzausschuss“ leitete die Verhandlungen auf den Kongressen. Er bestand aus Delegierten, die aus dem Plenum gewählt wurden. Zudem wurden auf jedem Kongress noch eine Anzahl von Ausschüssen für die Einzelberatungen der verschiedenen Materien (Organisation, Palästina, Kulturarbeit, Agitation, usw.) gebildet. Die Leitung der zionistischen Organisation oblag dem „Aktionskomitee“, ein vom Kongress gewählter Ausschuss. Die eigentliche Exekutive, das „Engere Aktionskomitee“ bestand aus fünf Mitgliedern. Das „Engere Aktionskomitee“ hatte seinen Sitz anfangs in Wien, später in Köln und während des 1. Weltkrieges im neutralen Kopenhagen.

Der Kongress, das Hauptorgan der Zionisten, gab die Richtung für die zionistische Arbeit vor und war die oberste Instanz der Zionistischen Organisation. Die auf den Kongressen gefassten Beschlüsse waren für alle Zionisten verbindlich. An der Spitze des Kongresses stand der Präsident.<sup>183</sup>

## 2. Der I. Zionisten-Kongress ( Basel, 29.-31. August 1897)

Am ersten Kongress, den Herzl eröffnete, nahmen 196 Delegierte aus sechzehn Ländern teil. Die meisten Teilnehmer, Herzl und die übrige Spitze der Bewegung eingeschlossen, besaßen zu jener Zeit noch keine genauen Vorstellungen von Palästina. Achad Haam, der nur am ersten Kongress teilnahm, war wohl der einzige, der mit den Bedingungen in Palästina vertraut war. Seine fundierten Kenntnisse über Palästina teilte er dem Kongress aber nicht mit.

Die Äußerungen zur Lage in Palästina beschäftigen sich noch nicht mit dem Verhältnis der jüdischen und arabischen Bevölkerung. Dr. Nathan Birnbaum betrachtet allgemein die Juden in Palästina als Vermittler zwischen den verschiedenen Kulturen, als ‚Mittler zwischen Morgenland und Abendland‘. Er glaubt, dass das jüdische Volk für diese Aufgabe besonders geeignet wäre und nennt als Grund seine ‚anererbte orientalische Eigenart‘ und seine europäische Erziehung. Er sieht in Palästina ein Land mit guten Möglichkeiten für eine Kolonisation. Ausgeschlossen sei zwar, dass eine neue noch schwache Kultur eine alte, noch starke Kultur aus ihren dicht bevölkerten Städten wie Paris, London, Berlin oder Rom verdrängen könne, dagegen sei es aber möglich, dass in einem schwach bevölkerten Land mit einer alten und verfallenden Kultur, eine junge und aufstrebende Kultur einziehen könne.<sup>184</sup>

Dr. Kaminka aus Prag spricht von den Hindernissen, die einer Kolonisation Palästinas im Wege stehen. Er erwähnt das Verbot der Masseneinwanderung durch das Osmanische Reich. Wobei die Einwanderung noch zusätzlich durch die Beamten des Reiches behindert wird. Er sagt, dass es nur Juden mit französischer, englischer und amerikanischer Staatsbürgerschaft erlaubt ist, in Jaffa an Land zu gehen. „Die Araber verhöhnen und belästigen die Ankommenden, die sich indirekt die Erlaubnis zu landen erwirkt haben.“ Zudem ist es den Juden verboten Land zu erwerben und für eine Baugenehmigung muss auf einen positiven

Bescheid aus Konstantinopel gewartet werden. Danach kommt erst noch eine kostspielige Abgrenzung der Bodenanteile durch die Regierung.<sup>185</sup>

Adam Rosenberg referiert über die positiven Möglichkeiten der wirtschaftlichen Entwicklung in Palästina, beklagt aber das korrumpierende ‚Buckschischunwesen‘ unter den türkischen Beamten und den jüdischen Vermittlern.<sup>186</sup>

Das wichtigste Ergebnis auf dem ersten Kongress war der Beschluss des so genannten „Baseler Programms“:

„Der Zionismus erstrebt für das jüdische Volk die Schaffung einer öffentlich-rechtlich gesicherten Heimstätte in Palästina. Zur Erreichung dieses Zieles nimmt der Kongress folgende Mittel in Aussicht :

1. Die zweckdienliche Förderung der Besiedlung Palästinas mit jüdischen Ackerbauern, Handwerkern, Gewerbetreibenden.
2. Die Gliederung und Zusammenfassung der gesamten Judenschaft durch geeignete örtliche und allgemeine Veranstaltungen nach den Landesgesetzen.
3. Die Stärkung des jüdischen Volksgefühls und Volksbewusstseins.
4. Vorbereitende Schritte zur Erlangung von Regierungszustimmungen, die nötig sind, um das Ziel des Zionismus zu erreichen.<sup>187</sup>

In Punkt Eins ist unter ‚zweckdienlich‘ zu verstehen, dass für eine planmäßige Kolonisation vorläufig nichts unternommen werden sollte. Zu diesem Zeitpunkt konnten sich die Befürworter einer raschen Besiedlung des Landes gegenüber jenen, die zuerst eine rechtlich abgesicherte Zusage verlangten, noch nicht durchsetzen. Dies wird erst später, auf dem achten Kongress endgültig gelingen. Herzl sprach sich immer gegen eine ‚unkontrollierte Infiltration‘ Palästinas aus. Mit einer unkoordinierten Einwanderung fürchtete den Sultan des Osmanischen Reiches zu verärgern, was in dieser Phase unbedingt zu vermeiden war. So wurde auch der weniger provokante Begriff ‚Heimstätte‘<sup>188</sup> als Synonym für ‚Staat‘,<sup>189</sup> gewählt. Diese Heimstätte sollte „öffentlich-rechtlich gesichert“ sein, was die Zustimmung jener Regierung erfordert, die über das Land verfügt. Herzl: „Für den Entwurf ist die concilianteste und eine genügend

deutliche Form gesucht worden. (...) Der Unterschied in unseren Bestrebungen gegen früher besteht darin, dass wir der Duldung deutlich das Recht vorziehen.<sup>190</sup>

### **3. Der II. Zionisten-Kongress (Basel, 28.-31. August 1898)**

Leo Motzkin, Berichterstatter über die Kolonisation in Palästina, stellt in seinem Bericht über den gegenwärtigen Zustand Palästinas fest, dass das Land keineswegs unbewohnt ist. In vielen Landstrichen sind große arabische Dörfer anzutreffen und die fruchtbarsten Gegenden des Landes sind bereits von Arabern besetzt.

Zum ersten Mal wird auf einem Kongress von schwerwiegenden Differenzen zwischen Juden und Arabern referiert. Motzkin spricht aber nicht nur einen Einzelfall an, sondern sagt, dass sich in den letzten Jahren zahllose Zusammenstöße zwischen Juden und Arabern ereignet haben. Als Grund nennt er die Aufhetzung der Araber gegen die Juden. Die meisten Juden seien jedoch fähig, sich selbst zu schützen und zu wehren und hätten sich in den Kämpfen wie Helden benommen. Motzkin sieht darin eine gewisse ‚Regeneration des jüdischen Volkes‘ das sich in der neuen Heimat zu wehren versteht.<sup>191</sup>

Die Streitigkeiten mit den Arabern werden nicht als Ablehnung gegenüber den neuen Kolonisten dargestellt und auch nicht als solche verstanden. Derartige Zusammenstöße waren nichts Ungewöhnliches und kamen nicht nur zwischen Juden und Arabern, sondern auch zwischen einzelnen arabischen Dörfern vor.

### **4. Der III. Zionisten-Kongress (Basel, 15.-18. August 1899)**

Auf dem dritten Kongress gibt es keine Wortmeldungen der Delegierten zum Verhältnis zwischen Juden und Arabern in Palästina.

## **5. Der IV. Zionisten-Kongress (London, 13.-16 August 1900)**

Wenn über Palästina berichtet wird, dann als ‚verödetes, versumpftes, entwässertes und entwaldetes Land‘, das nur dünn bevölkert ist, kapitalarm, ohne Industrie und ohne einen tüchtigen Mittelstand.

## **6. Der V. Zionisten-Kongress (Basel, 26.-30. Dezember 1901)**

Auf dem fünften Kongress gibt es keine Wortmeldungen der Delegierten zum Verhältnis zwischen Juden und Arabern in Palästina.

## **7. Der VI. Zionistenkongress (Basel, 23.-28. August 1903)**

Auf diesem Kongress wird unter anderem der Zweck des „Jüdischen Nationalfonds“ zum Kauf von Grundstücken jeder Art festgelegt:

„In Palästina und den Nachbarländern Bau-, Gartenland wie auch Waldungen und Grundstücke jeder Art anzukaufen oder zu verkaufen, das gekaufte Land bebauen oder bearbeiten zu lassen oder auch an Juden mit Ausschluss der Afterpacht zu verpachten, alle möglichen oder denkbaren Unternehmungen, welche diesem Zweck dienen, zu begründen oder zu fördern, zur Erhaltung oder Erwerbung des Besitzstandes Verträge jeder Art zur Förderung dieses Zweckes zu schließen, sowie zur Entwicklung dieses Zweckes mit industriellen oder finanziellen Unternehmungen sowie mit Regierungen und Behörden in Verbindung zu treten.“

Unter ‚das gekaufte Land bebauen oder bearbeiten zu lassen oder auch an Juden mit Ausschluss der Afterpacht zu verpachten‘ ist zu verstehen, dass der Nationalfond das Land entweder selbst bebauen oder verpachten kann. Wenn er das Land verpachtet, darf er es nur an Juden weiterverpachten; wobei es dem jüdischen Pächter verboten ist, das Land selbst weiter zu verpachten.<sup>192</sup>

Diese Bestimmung, dass der Boden nur an Juden verpachtet werden darf, wurde später oft als ein unfreundlicher Akt gegenüber der arabischen Bevölkerung betrachtet und als eine Art Boykott der

arabischen Arbeit aufgefasst. Nach Max Bodenheimer war dies jedoch keineswegs die Absicht der Gründer des Fonds. Der entscheidende Grund für diese Bestimmung war der Wunsch zur ‚Urform‘ der Arbeit, dem Ackerbau zurückzukehren. Ein Ziel, das gefährdet worden wäre, wenn die jüdischen Pächter die Bearbeitung des Bodens arabischen Pächtern überlassen hätten.<sup>193</sup>

Auf dem Kongress kommt es zur ersten großen Krise innerhalb der zionistischen Bewegung. Das britische Angebot an Herzl, in Uganda einen jüdischen Staat zu errichten, legt er in seiner Eröffnungsrede den Delegierten vor.<sup>194</sup> Am Schluss der Debatte wird über das Angebot abgestimmt. Mit einer Mehrheit von 295 zu 178 Stimmen wird es von der Versammlung angenommen. Herzl zeigt sich nach der Abstimmung enttäuscht, dass die russischen Delegierten vor der Abstimmung den Saal verlassen hatten.<sup>195</sup> Sie entzogen sich so der Abstimmung über den „Ugandaplan“. Zwar galt die Abstimmung lediglich der Entsendung einer Prüfungs-Kommission, „aber niemand war sich über die symbolische Bedeutung dieses Vorschlages im Unklaren.“<sup>196</sup>

## **8. Der VII. Zionisten-Kongress (Basel, 27. Juli-2. August 1905)**

Nach dem Tod Herzls im Jahr 1904 tritt Max Nordau als Präsident des Kongresses an seine Stelle.

In einer außerordentlichen Tagung wird über den „Ugandaplan“ beraten und entschieden: das formelle Angebot der Briten, in Britisch-Ostafrika einen jüdischen Staat zu errichten, wird endgültig abgelehnt.

Dr. Warburg berichtet in seinem Referat über erkennbare Erfolge der in Palästina geleisteten Arbeit. In der Intensivierung der Arbeit sieht er die Möglichkeit, den jüdischen Einfluss im Land zu steigern. Er ist überzeugt, dass dadurch auch die arabische Bevölkerung für das jüdische Aufbauwerk gewonnen werden kann und sich allmählich an die Tatsache gewöhnen wird, dass die Juden von ‚ihrem Land‘ – dem Land der Juden –

wieder Besitz ergriffen haben. Denn schon jetzt würden sie größtenteils das Recht der Juden auf Palästina anerkennen.<sup>197</sup>

Max Nordau kommt in seiner Rede auf den aufkeimenden arabischen Nationalismus zu sprechen und sieht Palästina schon als ‚Kriegsschauplatz‘. Er befürchtet, dass die türkische Regierung ihre Autorität im Reich mit Waffengewalt verteidigen wird. Einen Ausgleich zum arabischen Nationalismus sieht er in einem starken jüdischen Bevölkerungsanteil, der innerhalb Palästinas für eine stabilisierende Wirkung sorgt. Nach Nordaus Ansicht wäre für die türkische Regierung ein loyales jüdisches Bevölkerungselement in Syrien und Palästina, ‚das bei voller Achtung der Rechte der vorgefundenen Einwohnerschaft keine Angriffe auf die Autorität des Sultans dulde‘, von großem Nutzen. In diesem Szenarium erwartet sich Nordau auch die Solidarität der europäischen Mächte, denen der Erhalt der bestehenden Ordnung von Bedeutung sei.<sup>198</sup>

Max Bodenheimer setzt sich in seiner Rede mit der Politik der zionistischen Bewegung auseinander. Im Bezug auf die Besiedlung des Landes stellt er sich, ganz im Sinne des politischen Zionismus, gegen eine Besiedlung Palästinas ohne vorher bestimmte Privilegien von der türkischen Regierung zu erhalten. Für eine Besiedlung ohne rechtliche Grundlage erachtet er die Gefahr des ‚erwachenden Fanatismus der mohammedanischen Überzahl‘ als zu groß. Der wirtschaftliche Aufbau des Landes impliziert aber noch eine weitere Gefahr. Bodenheimer betrachtet mit Sorge das schnelle Anwachsen der nicht jüdischen Bevölkerung und sieht die Ursache dafür im ökonomischen Erfolg der jüdischen Kolonisation. Durch eine größere jüdische Einwanderung würde die Vermehrung der mohammedanischen Bevölkerung noch weiter gesteigert. Ohne ein Minimum an Privilegien will er daher möglichst wenig Einwanderer und nur geringe finanzielle Mittel ins Land schaffen.<sup>199</sup>

## 9. Der VIII. Zionisten-Kongress (Haag 14.-21. August 1907)

Der Schwerpunkt der Verhandlungen auf diesem Kongress bezieht sich auf die Frage der praktischen Palästinaarbeit. Zwar wurden auf dem siebten Kongress darüber bereits wichtige Beschlüsse gefasst, eine Verbindung der politischen und der praktischen Richtung innerhalb des Zionismus gelingt erst jetzt. Unter dem neuen Begriff „Synthetischer Zionismus“ erfolgt die Zusammenführung der beiden Richtungen.

Chaim Weizmann plädiert in seiner Rede für eine Synthese der beiden Richtungen. „Bis jetzt war der Zionismus nichts anderes als diplomatischer Zionismus. (...) Es war eine Ironie für die jüdische Politik wenn man sie nur auf Diplomatie reduziert hat. (...) Wir wollen eine ehrliche Synthese der beiden Richtungen.“ Weizmann sieht in einem „Charter“ allein keine absolute Garantie. Er stuft die direkte und unmittelbare Aufbauarbeit in Palästina als höherwertig ein. Den „Charter“ bezeichnet er als ‚Stück Papier‘, der nur mit dem ‚Schweiß und dem Blut‘ der Siedler in Palästina geschrieben werden kann, und sich so unauflöslich mit dem Land verbindet. „Ich fasse den politischen Zionismus auf als Synthese der Arbeiten auf allen Gebieten, der praktischen Arbeit als ein Mittel zur Erreichung des politischen Ziels, des Charters, der die Folge der praktischen Arbeit sein wird.“ Weizmann plädiert zudem für eine Internationalisierung der Judenfrage.<sup>200</sup>

Max Nordau wendet sich gegen die Befürchtung, dass die „asiatische Kultur“ zu großen Einfluss auf die jüdischen Siedler in Palästina haben wird. Nach Ansicht einiger Gegner des Zionismus würde das einen kulturellen und wirtschaftlichen Rückschritt bedeuten. Nordau argumentiert, dass die Juden in der europäischen Kulturtradition so stark verwurzelt sind, dass die asiatische Kultur auf sie keinen Einfluss haben wird. „Wir würden dort so wenig Asiaten im Sinn anthropologischer und kultureller Minderwertigkeit werden, wie die Angelsachsen in Nordamerika Rothäute (...) Wir würden uns bemühen, in Vorderasien zu tun, was die Engländer in Indien getan haben, - ich meine die Kulturarbeit, nicht die

Herrschaft; - wir gedenken nach Palästina als Bringer von Gesittung zu kommen und die moralischen Grenzen Europas bis an den Euphrat hinauszurücken.“<sup>201</sup>

Der Delegierte Salomon Kaplansky bezeichnet die landwirtschaftliche Politik in Palästina als Mittelpunkt der realen Arbeit, um einen lebensfähigen jüdischen Bauernstand zu etablieren. Als ‚schmachvoll und schmerzlich‘ sieht er die Tatsache, dass der „Jüdische Nationalfond“ Araber als Pächter oder Arbeiter anstellt. Vermutlich geschehe das deswegen, da der Boden nicht unbearbeitet brachliegen dürfe da er sonst nach drei Jahren zu Staatseigentum werde. Er beklagt sich daher über die geringe Anzahl an geeigneten jüdischen Pächtern. Das Ziel des Zionismus liege aber nicht in der bloßen Vermehrung des Grundbesitzes sondern darin, dass der erworbene Boden von Juden bearbeitet werde.<sup>202</sup>

Zu diesen Vorwürfen erklärt Max Bodenheimer, der Präsident des Direktoriums des Nationalfonds, dass der Fond gemäß seinen Statuten erworbenes Land weder verkaufen noch veräußern und das Land nur an Juden weiter verpachten darf. „Es ist also ausgeschlossen, dass ein Stück Land, das der Nationalfond einmal besitzt, in die Hände von Arabern, Fellachen oder Angehörigen anderer Völkerschaften kommt.“<sup>203</sup>

## **10. Der IX. Zionisten-Kongress (Hamburg, 26.-30. Dezember 1909)**

Die ‚politische Auferstehung des Osmanischen Reiches‘ 1908 wird als das größte Ereignis der verflossenen Kongressperiode bezeichnet. Durch die Machtergreifung der Jungtürken scheint eine neue Ära zu beginnen. „Das ottomanische Volk hat sich über Nacht in ein freies und strebendes Volk verwandelt“.<sup>204</sup>

Die neue Freiheit in der Türkei hob die Stimmung des ganzen Kongresses, es herrschte allgemeine Zuversicht, dass durch die folgenden Veränderungen in der Verwaltung des Staates viele Hindernisse auf dem Weg nach Palästina ausgeräumt werden.

David Wolfsohn, Präsident des Aktionskomitees, lobt den Wandel der Türkei zu einem Verfassungsstaat, der unter allen Zionisten eine zukunftsfreudige Begeisterung ausgelöst habe. Für den Zionismus eröffnen sich neue Perspektiven und als logische Folge der Neugestaltung erscheint ihm eine zügige Kolonisation Palästinas erforderlich. Zudem kann der Zionismus der Türkei für einen wirtschaftlichen Aufschwung genau das bieten, worauf sie in dieser Situation angewiesen ist – Arbeit und Kapital.<sup>205</sup>

Auch Max Nordau erwähnt den ‚erschreckenden Überschwang‘ mit dem die Revolution der Jungtürken in der zionistischen Presse gefeiert wurde. „Der Zionismus war plötzlich seinem Ziel auf Armeslänge nahe gekommen. Dieses Ziel war beinahe schon mit ausgestreckter Hand zu erreichen.“ Nordau glaubt, dass die freie Einwanderung nach Palästina in naher Zukunft möglich sein wird, er mahnt aber noch zu Geduld, da zuerst die Einstellung der neuen Regierung zum Zionismus erkennbar werden muss.<sup>206</sup>

Am ersten Sitzungstag werden die Namen jener Zionisten vorgelesen, die seit dem letzten Kongress verstorben sind. Auf dieser Liste stehen erstmals auch die Namen von Siedlern, die bei Kämpfen mit Arabern umgekommen sind. „Die Poale Zion haben ihre ersten Opfer – so paradox es klingt, muss ich es sagen – des normalen Volkslebens gebracht, in dem auch Verbrechen, Zufälle und dgl. eine Rolle spielen. In Sedjera wurden Dow Schweiger, Israel Korngold und Schimon Melamed die Opfer eines mörderischen Überfalls durch arabische Nachbarn. Sie wehrten sich tapfer, erlagen jedoch der Überzahl, vergossen ihr Blut und ließen uns die tröstliche Gewissheit, dass gegebenenfalls die Unseren auch mit der Waffe in der Hand ihre Pflicht von Verteidigern der eigenen Scholle zu erfüllen wissen werden.“<sup>207</sup>

Zu dem Vorfall in Sejera (Sedjera) ist im Protokoll nur eine Wortmeldung zu finden. Im Laufe der Palästinodebatte meldet sich der Delegierte Dr. Hausmann aus Lemberg zu Wort. Er bezeichnet die verfehlte Art des Bodenerwerbs als Ursache dieser Konflikte. Die bisherigen Pächter werden durch den Verkauf des Landes an jüdische

Siedler von ihrem Pachtgrund verdrängt, ohne dafür einen Ausgleich zu erhalten. Da sich in Palästina ein großer Teil des Bodens in Händen von ‚Effendis und Wucherern‘ befindet, verliert der Fellache durch den Verkauf des Bodens seine Erwerbsgrundlage. Hausmann sieht darin einen der wesentlichen Gründe für die manchmal offene Feindschaft der arabischen Bauern gegenüber den jüdischen Siedlern. In der Fortsetzung dieser Politik gewahrt er eine Gefahr für die weitere Kolonisation.

Hausmann fordert aber auch, die Arbeiten in Palästina zügig voran zu treiben. Ein Nachlassen der Kolonisation wäre für die Araber von Nutzen. „Bei ihnen entsteht eine nationale Bewegung. Es ist dort etwas entstanden, das die Okkupation des Landes durch die Araber fester macht und wir könnten einmal zu spät kommen“.<sup>208</sup>

Die nationale Bewegung der Araber, die auf Grund der neuen Freiheit in der Türkei entstanden ist, beunruhigt den Delegierten Kohan-Bernstein. Er fragt, warum die sich Araber in Palästina und Syrien so stark und gut organisieren. Als Gegenkraft zur entstehenden arabischen Bewegung fordert er die Organisation des palästinensischen Judentums und das Recht auf eine eigene Landsmannschaft mit einem Landeskomitee für Palästina. Ohne eine starke jüdische Organisation in Palästina befürchtet er zudem eine allmähliche Assimilierung der palästinensischen Juden an die orientalische Kultur.<sup>209</sup>

## **11. Der X. Zionisten-Kongress (Basel 9.-15. August 1911)**

Jakob Thon, Delegierter aus Jaffa, bringt zum Schluss seiner Rede noch eine Bemerkung über die ‚Störungen‘ seitens der arabischen Bevölkerung an. Er bezeichnet die lokal auftretende feindliche Haltung der Araber als irrelevant, da sie nicht die Haltung der gesamten arabischen Bevölkerung widerspiegelt. Die judenfeindliche Stimmung, die vor allem in den größeren Städten zu beobachten ist, bezieht er auf einzelne Beamte und Journalisten. Vom wirtschaftlichen Aufschwung verspricht er sich einen Beitrag zur Beruhigung der Lage, zumal die Araber vom Aufschwung

bereits profitieren. „Jetzt ist der Orient wie verschlafen. Er besitzt eine alte Kultur, eine durchaus unproduktive und sich nicht verjüngende (...) Wir sind im Orient die einzigen, die von dieser abgeschwächten Kultur, die das Merkmal der Zersetzungs- und Auflösungsperioden trägt, sich freihalten“. Die neu entstehende jüdische Gesellschaft in Palästina bringe dem Land wirtschaftlichen Aufschwung, an dem der ganze Orient partizipieren werde und würde ihm die beste Anleitung zu seiner Erneuerung bieten.<sup>210</sup>

Der Delegierte Salomon Kaplansky, Präsident der „Poale Zion“ in Palästina, betont, nachdem verschiedene Redner die Bedeutung der zionistischen Aufklärungsarbeit in der Türkei hervorgehoben haben, dass er auch die Notwendigkeit eines Ausgleichs und einer Verständigung mit der arabischen Öffentlichkeit für notwendig erachtet. Die Opposition innerhalb der arabischen Bevölkerung beschränkt er auf die christlichen Araber und auf die Großgrundbesitzer. Er kann aber keine Gründe für ihr Verhalten angeben. Die ökonomischen Vorteile, die die jüdische Kolonisation der arabischen Bevölkerung mit der Einführung neuer Kultur- und intensiver Wirtschaftsmethoden, der Steigerung der Bodenpreise und der Sicherung des Absatzes landwirtschaftlicher Produkte bisher gebracht hat, scheint für ihn noch nicht ausreichend, um die ablehnende Haltung in der Bevölkerung gänzlich zu verhindern. Er hält aber einen dauernden Gegensatz zwischen der einwandernden jüdischen Bevölkerung und der ansässigen arabischen Bevölkerung für unwahrscheinlich. Da Kaplansky eine wirtschaftliche Konkurrenz zwischen Juden und Arabern nicht für real hält, kann er auch die Beweggründe der christlichen Araber und der arabischen Effendis nicht verstehen.

Kaplanski hält eine Verständigung mit der türkischen Demokratie ebenso für möglich wie mit einer arabischen Demokratie.<sup>211</sup>

Der Delegierte Rabbiner G. Schmelkes meint, wenn hier schon von der ‚Eroberung der Araber‘ gesprochen werde, sollte nicht vergessen werden, dass die Araber ein gläubiges Volk und daher von der Kulturlüge Europas noch nicht angehaucht seien.

Der Vizepräsident Tschlenow unterbricht den Redner und will von ‚Eroberung‘ nichts wissen, denn gewollt werde ein freundschaftliches Zusammenwohnen und Zusammenarbeiten mit den Arabern.

Rabbiner Schmelkes: „Aber ich meine ja das nur in diesem Sinne! Wenn ich von „erobern“ spreche, so meine ich natürlich damit, dass man die Herzen der Araber erobern müsse.“ Die Juden müssten daher mit gutem Beispiel vorangehen.<sup>212</sup>

A. Hausmann, Berichterstatter der Palästina-Kommission äußert sich besorgt über die arabische Frage, da die bestehenden Konflikte in manchen Gegenden zwischen Arabern und jüdischen Kolonisten und neu eingewanderten ‚jüdischen Elementen‘ nicht zu leugnen sind. Diese Konflikte entstehen seiner Meinung nach durch unvermeidliche wirtschaftliche Härten, die vor allem durch den Bodenkauf verursacht werden. Aber auch die Verhetzung der Dorfbewohner fördere diese Konflikte. Daher halte es die Palästina-Kommission von größter Bedeutung, dass das Palästinaamt, wie auch die Parteileitung, die Lage mit Aufmerksamkeit verfolgt und die erforderlichen Maßnahmen ergreift. Hausmann empfiehlt die Erhaltung des Kontaktes und der freundschaftlichen Beziehungen zu den Arabern. Als Mittel gegen die Verhetzung und Manipulation der Araber durch die Gegner des Zionismus sollten die Araber über die Ziele des Zionismus und über die Ziele derjenigen aufgeklärt werden, die von außen die Araber gegen die Zionisten aufhetzen.<sup>213</sup>

Der Delegierte Bernhard Laster aus Kanada, der vor dem Kongress Palästina bereiste, um sich selbst ein Bild von der Lage des Judentums und des Zionismus an Ort und Stelle zu verschaffen, fordert als Instrument gegen die Hetze einiger arabischer Christen, die Gründung einer arabischen Zeitung.<sup>214</sup>

## 12. Der XI. Zionisten-Kongress (Wien, 2.-9. September 1913)

Otto Warburg berichtet in seinem Referat über die positiven Resultate des ökonomischen Fortschrittes in Palästina. Er sieht darin die natürliche Basis für eine Annäherung zwischen Juden und Arabern. „Was wir dem Lande an materiellen Gütern und kulturellem Fortschritt zuführen, kommt auch der arabischen Bevölkerung zugute (...).“ Auch Warburg glaubt, dass dadurch die Einigkeit zwischen den beiden ‚in Rasse und Sprache so nahe verwandter nationaler Elemente‘ herbeigeführt werden kann.<sup>215</sup>

Chaim Weizmann streift in seinem Referat kurz die Araberfrage und fordert, dass die arabische Bevölkerung über die zionistischen Ziele aufgeklärt werden muss. Er verspricht sich dadurch mehr Verständnis von der arabischen Seite und den leichteren Aufbau von freundschaftlichen Beziehungen.<sup>216</sup>

Arthur Ruppin berichtet zum ersten Mal über die Arbeit des „Palästinaamtes“, mit dessen Gründung er 1908 beauftragt wurde und dieses seither auch leitet.

Er gesteht ein, dass die Zionisten in Bezug auf die Bevölkerung von Palästina umlernen müssen. Besonders im Hinblick darauf, dass Palästina, wie von vielen fälschlicherweise angenommen wurde, kein unbewohntes Land ist. Ruppin fordert daher eine ‚Änderung der Taktik‘ in der Durchführung der Kolonisation. Beim Bodenerwerb sollte in Zukunft auf die Schaffung eines zusammenhängenden Gebietes Bedacht genommen werden. In diesem Gebiet sollten die Juden die Mehrheit bilden, um so einen möglichst geschlossenen jüdischen Lebensbereich mit einem eigenen Wirtschaftskreislauf zu bilden. Beim Landkauf muss dabei auf die arabische Bevölkerung mehr Rücksicht genommen werden, um so gleich von vornherein das Konfliktpotential zu minimieren. Zugleich muss auch danach gestrebt werden, das Zusammenleben von Juden und Arabern friedlich und möglichst freundschaftlich zu gestalten. Ruppin verlangt, dass die Fehler der Vergangenheit wieder gutzumachen sind. Den Arabern bloß zu versichern, dass die Juden als deren Freunde ins

Land gekommen sind, hält er für nicht ausreichend, vielmehr muss jetzt die Zeit für konkrete Taten kommen.

Schwierigkeiten ortet Ruppin bei den Neueinwanderern, die sich von der arabischen Bevölkerung durch ihren Lebensstil und ihr Benehmen stark unterscheiden, so dass im täglichen Umgang zwischen Juden und Arabern immer wieder Probleme entstehen. Sorge bereitet ihm zudem die leicht zu manipulierende Masse der arabischen Bevölkerung, die von wenigen einflussreichen Familien der Oberschicht, die zudem die ganze Presse im Lande beherrschen, aufgestachelt wird. Er empfiehlt diesen antijüdischen Beeinflussungen in der arabischen Presse entgegenzutreten. Weiters sollen durch persönliche Kontakte mit einflussreichen Arabern die eigenen Absichten verständlich gemacht werden. Um der heranwachsenden Generation den Umgang mit den arabischen Nachbarn zu erleichtern, plädiert er für die Einführung der arabischen Sprache in den höheren Schulen.<sup>217</sup>

### **13. Der XII Zionisten-Kongress (Karlsbad 1. – 14. September 1921)**

Der „Hapoel Hazair“ (Der junge Arbeiter) forderte bereits im Vorfeld des Kongresses eine Verständigung mit der arabischen Bevölkerung herbeizuführen. „Der Kongress hat zu entscheiden, ob wir den Krieg mit den Arabern wollen oder nicht (...) Viele werden sagen wir haben nicht mehr zu wählen. Die Araber hätten uns den Krieg erklärt, und wir müssen uns wehren (...) Schuld warum der Hass der Araber gegen die Juden in der letzten Zeit einen solchen Grad erreicht hat, trägt (im wesentlichen) das Spiel mit dem zionistischen Staatsgedanken. Wir haben es unterlassen, laut und deutlich zu erklären, dass wir keine Herrschaft über die Araber anstreben, sondern dass wir mit ihnen zusammen als gleichberechtigte Völker in Palästina leben wollen“.<sup>218</sup>

Kritisiert wird auch das Bestreben eine jüdische Majorität im Lande aufbauen zu wollen. „Eine solche Aussicht kann kein Volk ertragen. Selbst das noch schwach organisierte arabische Volk nicht. Wenn wir in dieser

Politik fortfahren, dann allerdings gibt es nur Krieg“.<sup>219</sup> Der Kongress wurde aufgefordert, eine Erklärung abzugeben, dass der Zionismus weder nach einem Judenstaat, noch nach einem Staat mit jüdischer Vorherrschaft strebe.

Acht Jahre sind seit dem letzten Zionistenkongress vergangen und die politische Landkarte hat sich in dieser Zeit dramatisch verändert. Die alten Mächte im Vorderen Orient sind verschwunden und neue sind an ihre Stelle getreten. War es vor dem Krieg das Osmanische Reich mit dem verhandelt wurde so sind es jetzt in erster Linie die Briten, die Eroberer Palästinas, die bereits durch die „Balfour-Erklärung“ den zionistischen Ambitionen entgegengekommen sind. Aber auch das zionistische Aufbauwerk in Palästina selbst hat während der Kriegsjahre sehr gelitten, vieles wurde zerstört, vieles konnte nicht weitergeführt werden und der Anteil der jüdischen Bevölkerung sank beträchtlich.

Zudem erschien mit dem Aufkommen des arabischen Nationalismus in Palästina und den gewaltsamen Ausschreitungen in den Jahren 1920 und 1921 ein bisher unterschätzter Gegner auf der politischen Bühne. Die arabische Bevölkerung sah sich durch den politischen Erfolg des Zionismus, durch die stetige Einwanderung von Juden und der Bodenkäufe sowie durch die Beschlüsse von San Remo<sup>220</sup> in ihren Befürchtungen, aus dem Land verdrängt zu werden, bestärkt. Die antijüdischen Ausschreitungen im April 1920 brachen in Jerusalem aus und weiteten sich auf die Kolonien im Norden des Landes aus. Am Ende zählte man neun Tote, darunter fünf Juden und 215 verletzte Juden. Am 1. Mai 1921 kam es zu weiteren Ausschreitungen. Von Jaffa ausgehend breiteten sie sich auf den Süden des Landes aus. Die Zahl der Opfer war diesmal weitaus größer: 95 Tote, davon 47 Juden und über 200 Verletzte auf beiden Seiten.<sup>221</sup>

Weizmann geht in seiner Eröffnungsrede auf die ‚harten Nüsse ein, die noch zu knacken seien‘, und meint damit die gegnerischen Kräfte in der arabischen Bevölkerung, die der politische Erfolg des Zionismus ausgelöst hat. „Wir bedauern aufs tiefste, dass wir zurzeit noch einen Teil der arabischen Bevölkerung Palästinas zu diesen widerstrebenden Mächten rechnen müssen“. Als Vorbedingung für friedliche Beziehungen zwischen Arabern und Juden nennt er die Anerkennung, der in der „Balfour-Erklärung“ zugesicherten Rechte, durch die Araber. „Ihre einstweilige Weigerung, diese Tatsache anzuerkennen, zwingt uns, auf Mittel zu sinnen, durch die wir unseren Jischuw am besten gegen Angriffe schützen können. Selbstschutz ist eine elementare Pflicht. Aber wir proklamieren aufs feierlichste und unzweideutigste, dass wir keinen Gedanken an Angriff in unseren Herzen hegen und keine Absicht haben, die legitimen Rechte unserer Nachbarn anzutasten“. Weizmann hofft auf eine Zukunft, in der beide Völker gemeinsam für das Gedeihen des Landes arbeiten. Das gemeinsame Arbeiten macht er zugleich von der Einsicht der Araber abhängig, das Recht der Juden auf Palästina anzuerkennen.<sup>222</sup>

Nachum Sokolov bezeichnet den Zionismus in seiner Rede als Bundesgenossen der nach nationaler Freiheit strebenden Völker, und betont den Wunsch, mit der arabischen Nation friedlich zusammen zu arbeiten. „Uns verbinden mit dem Arabertum alte Erinnerungen, große geschichtliche Erlebnisse; uns verknüpft mit dem Teil der semitischen Rasse das Andenken großer Epochen einer blühenden, gemeinsamen, zivilisatorischen Tätigkeit.“ Er lobt ihren Nationalismus und glaubt an einen Ausgleich durch gegenseitiges Entgegenkommen. Nach Sokolov zeigt ein kleiner Kreis von ‚Hochkultivierten‘ bereits Verständnis für die zionistischen Ambitionen. Die gemeinsame Tradition, moralische Gründe und die Interessen auf dem Gebiet der praktischen Politik werden auch die übrige Bevölkerung zum Einlenken bewegen.

Trotz der arabischen Übergriffe, die er lediglich als ‚Augenblicksstimmungen‘ bewertet und daher nicht ernst genommen werden dürfen, werde die ‚Politik des Friedens und der Zusammenarbeit‘ fortgesetzt. Er beklagt aber aufs tiefste, „dass sich der arabische Name

durch Taten der Gewalt und des Unrechts, durch Barbarei eines verführten Pöbels beflechte. Dieser Mob schändet die arabische Nation (...). Der wirtschaftliche Aufbau des Landes wird weiter zielbewusst und friedlich vorangetrieben. „Da soll kein Gegeneinander, sondern ein Nebeneinander die Parole sein! Alle gegen das Elend, die Verwahrlosung, die Trägheit, die Krankheit, die Unwissenheit, das Nomadentum – für den Ackerbau, die Industrie, den technischen Fortschritt, den Handel, die Rechtspflege, die öffentliche Sicherheit, der Reform des Verkehrswesens, die Wissenschaft, die Künste!“ Im wirtschaftlichen Aufbau des Landes sieht Sokolov den maßgeblichen Faktor zum harmonischen Miteinander.<sup>223</sup>

Sokolov betont auch die Unantastbarkeit der verschiedenen Heiligen Stätten und Religionen in Palästina. Jerusalem sei nicht nur eine Stadt, sondern ein Prinzip: „der Friede. Wenn irgendein Ort, so ist es Jerusalem, das einmal ein Band der Brüderschaft um die Nationen und Religionen schlingen wird.“<sup>224</sup>

Nach den beiden Eröffnungsreden, hält Sir George Clerk, Botschafter der britischen Regierung bei der tschechoslowakischen Republik, eine kurze Rede. Er bekräftigt die „Balfour-Erklärung“ der britischen Regierung und gibt sich überzeugt, dass die großen anstehenden Probleme durch die Führer der Zionisten gelöst werden können.<sup>225</sup>

Anschließend erfolgt die Generaldebatte, bei der sich diesmal eine beachtliche Anzahl von Rednern mit den Beziehungen zwischen Juden und Arabern in Palästina befassen.

Der Delegierte Nehemia de Lieme wendet sich gegen die Forderung nach einer „Jüdischen Legion“ und bespricht anschließend die arabische Frage. Er teilt die Araber in zwei Gruppen, in eine kleine nationalistische mit der man sich nie verständigen wird können und in eine große Gruppe von Mitläufern. „Die wollen das umgekehrte von dem was wir wollen. Wir wollen, dass Palästina so jüdisch ist, wie England englisch ist, und die wollen, Palästina soll arabisch sein, wie England englisch ist, und sie haben den Vorteil, dass ein Teil Palästinas schon arabisch ist.“

Darüber gibt es keine Verständigung“.<sup>226</sup> Er verlangt eine ökonomische Überzeugungspolitik gegenüber den Arabern und konkrete Maßnahmen für eine Verständigung.

Der Delegierte Martin Buber übt in seiner Rede ‚an dem Innersten des Zionismus, an dem Innersten des gegenwärtigen Zionismus‘ Kritik. Als Innerstes bezeichnet er das Verhältnis zur Idee des Zionismus. Diese Idee von der Wiedergeburt des jüdischen Volkes kann nur in Palästina verwirklicht werden. Aus dieser Idee heraus leiten sich die Aufgaben der zionistischen Bewegung ab.

Hierbei ist die erste wesentliche Aufgabe des Zionismus, das Volk zur Bereitschaft für die Wiedergeburt zu erziehen. Die zweite Aufgabe ist die Gewinnung Palästinas und die Bereitung des Landes durch eigene Arbeit, die Rückführung zur Verbundenheit mit der eigenen Erde. Und die dritte Aufgabe muss die Politik erfüllen, sie liegt in der Beseitigung der äußeren Hindernisse. Buber bezeichnet die Araberfrage als wesentlichen Teil dieser Politik und fordert Verhandlungen mit der nichtjüdischen Bevölkerung Palästinas. Buber meint, dass seit der „Balfour-Erklärung“ in dieser Richtung noch nichts unternommen wurde, da bisher zwei Voraussetzungen fehlten. Als Voraussetzungen nennt Buber den planvollen Beginn einer großen realen Kolonisationsleistung, und ein konkretes politisches und wirtschaftliches Programm als Basis für Verhandlungen mit den Arabern.<sup>227</sup>

Aus der geschichtlichen Einsicht heraus ermahnt Buber die Anwesenden die reale Situation im vorderen Orient zu erkennen und das nationale Streben des arabischen Volkes zu würdigen.

„Damit die Politik, die ich meine, noch in dieser späten Stunde vor der Welt inauguriert werde, muss deutlicher gesprochen werden, was wir meinen und was wir wollen, vor aller Welt . Wer es hören wird, wird es hören; wir jedenfalls wollen es so laut und deutlich sagen, als wir können. Und gleichviel, ob es gehört wird oder nicht, das Wort wird bleiben. Und darum in diesem Sinne, lege ich ihnen zum Schluss im Namen der Gruppe, die ich hier zu vertreten habe, der Hitachdut Hapoel Hazair und Zerei Zion, mit dem Wunsch und der Hoffnung, dass sie der Kongress in gleichem Geiste, im unabgeschwächten gleichen Geiste beschließen möge, folgende Kundgebung in Form einer Resolution vor.“<sup>228</sup>

Buber verliest nach seiner Rede die Resolution.

„In dieser Stunde, in der zum ersten Mal wieder nach acht Jahren der Trennung die Vertreter des selbstbewussten jüdischen Volkstums sich versammelt haben, sei von neuem vor den Nationen des Abendlandes und denen des Morgenlandes erklärt, dass der starke Kern des jüdischen Volkes entschlossen ist, in seine alte Heimat zurückzukehren und in ihr ein neues, auf unabhängiger Arbeit begründetes Leben aufzubauen, das als organisches Element einer neuen Menschheit wachsen und dauern soll. Diesen Entschluss, den Geschlechter unserer Pioniere durch ihr Leben und Sterben bekräftigt haben, vermag keine irdische Macht zu erschüttern. Jede Gewalttat, die um seinetwillen uns angetan wird, setzt der Urkunde unseres nationalen Willens ein Blutsiegel auf.

Aber dieser nationale Wille ist nicht gegen eine andere Nationalität gerichtet. Das jüdische Volk, seit zweitausend Jahren in allen Landen eine Vergewaltigte Minderheit, wendet sich nun, da es wieder als Subjekt seiner Geschichte in die Weltgeschichte eintritt, mit Abscheu von den Methoden des Herrschaftsnationalismus ab, dessen Opfer es so lange war. Nicht um ein anderes Volk zu verdrängen oder zu beherrschen, streben wir in das Land zurück, mit dem uns unvergängliche historische und geistige Bande verknüpfen und dessen heute so dünn bevölkerter Boden, zumal bei intensiver und folgerichtiger Bewirtschaftung, Raum genug für uns und für die ihn gegenwärtig bewohnenden Stämme bietet.

Unsere Rückkehr nach Erez Israel, die sich in den Formen einer stetig zunehmenden Einwanderung vollziehen muss, will kein fremdes Recht beeinträchtigen. In einem gerechten Bund mit dem arabischen Volke wollen wir die gemeinsame Wohnstätte zu einem wirtschaftlich und kulturell blühenden Gemeinwesen machen, dessen Ausbau jedem seiner nationalen Glieder eine ungestörte autonome Entwicklung sichert. Unsere Kolonisation, die der Rettung und Erneuerung unseres Volkstums allein gewidmet ist, hat ja nicht die kapitalistische Ausbeutung eines Gebietes zum Ziel und dient nicht irgend welchen imperialistischen Zwecken, ihr Sinn ist die schaffende Arbeit freier Menschen auf gemeinschaftlicher Erde. In diesem sozialen Charakter unseres nationalen Ideals liegt die mächtige Bürgschaft für unsere Zuversicht, dass zwischen uns und dem arbeitenden arabischen Volke eine tiefe und dauernde Solidarität der wirklichen Interessen sich offenbaren wird, die alle von den Verwirrungen des Augenblicks erzeugten Gegensätze überwinden muss. Aus dem Bewusstsein dieser Verbundenheit wird sich in den Angehörigen beider Völker eine im öffentlichen und persönlichen Leben betätigte Gesinnung gegenseitiger Achtung und Gegenseitigen Wohlwollens ausbilden. Dann erst wird wahrhaft sich in geschichtlicher Größe die Wiederbegegnung der zwei Völker vollziehen.“<sup>229</sup>

Der Delegierte Jean Fischer aus Belgien verlangt klar zu stellen, dass in Palästina kein Kolonisationsversuch unternommen, sondern ein jüdisches Palästina erstrebt wird. „Mit den Arabern müssen wir allerdings in Frieden und Freundschaft leben. Das betone ich mit allem Ernst und Nachdruck. Und wir werden es dahin bringen, dass sie unsere Ansprüche anerkennen, nicht die Ansprüche einer Minorität von 70 000 Juden, sondern die Ansprüche von Millionen Juden gegen 700 000 Arabern.“<sup>230</sup>

Der Delegierte Berl Katznelson beklagt die Tatenlosigkeit der britischen Verwaltung nach den Ausschreitungen, die er als Pogrome bezeichnet; und die danach aufkommenden Verleumdungen, dass ‚jüdische Bolschewiki‘ die Unruhen angestiftet haben. Die Pogrome hält er aber nicht für antisemitisch motiviert. In den folgenden schweren Repressalien durch die britische Verwaltung, wie dem Einwanderungsverbot, sieht er die Absicht, Sympathien bei den Arabern zu erwerben. Katznelson fordert eine Verbesserung der jüdisch-arabischen Beziehungen und befürwortet die nationale Autonomie für das arabische Volk. Er sieht darin die einzig mögliche Grundlage für eine Zusammenarbeit.<sup>231</sup>

Für Dr. Meyer Ebner, Mitglied des Aktionskomitees, ist die arabische Frage eine ‚brennende und aktuelle‘ Frage für alle Zionisten. Seit Herzl hat man sich immer nur an die Beherrscher des Landes gewandt, die arabische Bevölkerung Palästinas wurde bisher nicht beachtet. Er gibt zu, kein Mittel zu kennen, um eine Versöhnung herbeizuführen. Glaubt aber, dass die Kenntnis der arabischen Sprache zu einer Verbesserung der Beziehungen beitragen kann<sup>232</sup>

Der Delegierte Leon Reich kritisiert die Führung der Zionistischen Organisation, da sie die Aufbauarbeit in Palästina auf allen Gebieten zu sehr vernachlässigt. Es werde nichts unternommen, die Araber zu informieren, die Emigration und die Kolonisationsarbeit leiden an Planlosigkeit und in der Organisation herrscht ein Chaos.<sup>233</sup>

Salomon Kaplansky, Mitglied des Aktionskomitees, kann sich als Sozialist die Beziehungen zu den Arabern nicht anders, als auf einer

Grundlage von nationaler Freiheit und Selbstverwaltung beider Nationen vorstellen. Den aufkeimenden Nationalismus bezeichnet er als eine Sache der oberen Schichten und nicht der Masse des arbeitenden arabischen Volkes. Eine Verständigung mit den Grundbesitzern hält er daher für unmöglich. „Die Verständigung wird auf der Linie eines direkten Ausgleiches zwischen den jüdischen und arabischen arbeitenden Massen in Palästina erfolgen“. Er fordert ein Programm nationaler Autonomie, eine Lösung der Agrarfrage im Interesse der Fellachen und konkrete positive Vorschläge zur Verfassungsfrage.<sup>234</sup>

Vladimir Jabatinsky, Mitglied des Aktionskomitees, meint, dass die politische Lage in Palästina deswegen so schwierig ist, da die Juden in Palästina eine Minderheit bilden. „Ebenso wie man Amerika und Australien nicht mit der Zustimmung der Autochtonen kolonisiert hat, kann man nicht von vornherein die Zustimmung der Eingeborenen in Palästina bekommen, verspreche man ihnen was man wolle.“ Er empfiehlt die Schaffung von Arbeitsplätzen, die auch für Nichtjuden zugänglich sein sollten und verspricht sich dadurch eine Besänftigung der aufgeheizten Stimmung. Das erste und schwerste Stadium der Kolonisation benötigt aber einen Schutz, ‚eine eiserne Wand um den Jischuw‘. Dies kann nur durch eine eigene Jüdische Legion gewährleistet werden und nicht durch englische Soldaten, die ‚unserer Sache‘ gleichgültig gegenüberstehen. „Wenn man hier vom Araber spricht, welcher gegen uns ist, heißt es immer: Seien sie vorsichtig, beruhigen sie ihn, machen sie ihm Konzessionen; beweisen sie ihm, dass wir ihm nichts kosten.“<sup>235</sup> Jabotinsky beklagt den kläglichen Rest der Jüdischen Legion, die mit ihren dreihundert Soldaten das Jerusalemer Pogrom nicht verhindern konnte. Will man mit dem Feuer operieren, so müsse man entsprechend organisiert sein und das könne nur eine Legion. „Alles andere ist Dilettantismus.“<sup>236</sup>

Der Delegierte Dr. Schmarjahu Lewin aus Amerika vertritt die Ansicht, dass nicht eine Legion, sondern das eine genügende Anzahl von Einwanderern das beste Mittel gegen weitere Pogrome.<sup>237</sup>

Der Delegierte Karl Blumenfeld, Mitglied der „Hapoel Hazair“ lehnt Jabotinskys Auffassung von der Araberfrage aufs schärfste ab und fordert eine deutliche Haltung der Zionistischen Organisation durch Schaffung eines Dialogs mit der arabischen Bevölkerung. Von Deklarationen gegenüber den Arabern hält er nichts. Solange die Juden in Palästina eine Minderheit bilden, müssen sie mit Respekt von jenen sprechen, die die Mehrheit bilden und alles unternehmen um selbst zur Majorität zu werden. „Mit unserer Stärke wird man sich versöhnen. (Ruf: Aber nicht Stärke posieren!) Nein, mit der wirklichen Stärke, die wir im Land besitzen.“<sup>238</sup>

Der Delegierte Boris Goldberg aus Palästina bezeichnet sich als einer, der nur durch einen glücklichen Zufall die Ereignisse am 1. Mai in Jaffa überlebt hat und beklagt die Vernachlässigung der arabischen Politik durch die Zionistische Führung. Die Zeit, in der eine Verständigung mit den Arabern leicht gewesen wäre, ist vorbei. Die Araber sind bereits genügend organisiert und haben Führer, mit denen man zu einer Verständigung hätte kommen müssen. „Aber leider haben sich unsere politischen Führer nur mit Liebeserklärungen an die Araber begnügt.“ Er fordert eine aktive, systematische Politik der Verständigung.<sup>239</sup>

Für Menachem Ussischkin, Mitglied der Exekutive, ist der Bodenkauf die wichtigste Maßnahme um die Besiedlung und die Erlangung einer jüdischen Majorität voranzutreiben. Zur Lösung der arabischen Frage hat er ein einfaches Konzept, das er am Ende seiner Ausführungen präsentiert.

„Zum Schluss möchte ich auf die arabische Politik eingehen. In den letzten Jahren haben mehrere Herren sich dieser Arbeit gewidmet. Wenn die Resultate nicht befriedigend sind, so ist das die Schuld der objektiven Tatsachen. Ich weiß, dass man mit den Arabern nicht durch das Schwert und durch Provokation verhandeln kann; aber jede Verhandlung hat ihre Grenzen. Wir sind für ewig dazu verurteilt, eine kleine Insel im arabischen Meer zu bleiben; dass heißt aber nicht, dass wir uns demütigen und unterwerfen sollen. Wir müssen schweigen und nach Erez Israel gehen. (...) Gehen wir aber nach Erez Israel, zehn um zehn, hundert um hundert, tausend um tausend, Hunderttausende; und die arabische Frage ist gelöst.“<sup>240</sup>

Nachum Sokolov wendet sich im Hinblick auf die arabischen Ausschreitungen in Palästina gegen die Verwendung des Ausdruckes „Pogrom“, und ersetzt ihn durch „Missgeburt eines nationalen Kampfes“. „Das war ein Überfall, ein feiger heimtückischer Überfall. Wir bedauern, dass ein Teil des arabischen Volkes sich durch verbrecherische Agitation hat verführen lassen zu einem gemeinen, mörderischen Überfall auf die schuldlose Bevölkerung von Jaffa und der Kolonien“. Für das gewaltsame Vorgehen der Araber erkennt er keine Gründe. Als Urheber bezeichnet er Agitatoren aus gewissen Kreisen, ohne darauf weiter einzugehen.<sup>241</sup>

Auch Weizmann beschäftigt sich am Ende der Generaldebatte noch einmal mit der Araberfrage. „Es scheint mir, als ob dieser Kongress die Araber entdeckt hätte. Noch im Jahre 1918, als wir nach Palästina, nach Ägypten kamen, setzten wir uns mit den Arabern, die wir erreichen konnten, in Verbindung und, - Freund Buber, - Feisal war kein Notabler, er war ein Symbol der arabischen Freiheit, wie sie die Araber verstanden, denn er kämpfte für diese Freiheit.“ Weizmann bezeichnet Verhandlungen mit den Arabern als schwierig. Als Gründe dafür nennt den ‚schwachen Apparat der Zionisten‘ und die ‚Atomisierung der Araber‘, die sich in wenigen Zentren konzentrieren. Die Zusammenarbeit mit den Arabern kann nach seiner Überzeugung nur auf der Linie des ökonomischen Zusammenwirkens in Palästina und auf der Linie des kulturellen Zusammenwirkens in den großen Kulturzentren der Araber stattfinden. Dazu sollten die besten Männer in die großen Zentren der arabischen Kultur, nach Mekka, Bagdad und Damaskus, entsandt werden, um dort mit den Arabern einen Konsens zu finden und ein Zusammenarbeiten zu ermöglichen. Weizmann stellt für die Zukunft ein Budget für den jüdisch-arabischen Dialog in Aussicht. „Aber eins soll hier noch betont werden: was man auch schreibt und sagt, die ganze politische Arbeit bei Arabern und Nichtarabern hat mich, sage und schreibe achttausend Pfund gekostet. Das ist alles; dafür haben sie genug. Ich werde von diesem Kongress, wenn sie diese Arbeit weiter machen wollen, ein Budget wie für alle anderen Arbeiten verlangen.“<sup>242</sup>

Arthur Ruppin, Mitglied der Exekutive referiert über die wirtschaftlichen Aufgaben in Palästina. In Bezug auf den Bodenkauf macht er den Vorschlag, „dass wir, um die arabischen Fellachen nicht von der Scholle zu treiben, uns in der Regel darauf beschränken, Boden von Großgrundbesitzern zu kaufen, denen es möglich ist, den jetzigen Pächtern anderen Boden zu geben“.<sup>243</sup>

Salomon Kaplansky, Mitglied des Aktionskomitees, gibt im Namen der „Poale Zion“ eine Erklärung ab und gibt sich überzeugt, dass eine dauernde Verständigung zwischen den jüdischen und arabischen Arbeitermassen durch die Solidarität der Arbeiterschaft auf der Grundlage nationaler Selbstbestimmung gefunden werden kann.<sup>244</sup>

Dr. S. Soskin referiert über die landwirtschaftlichen Kolonisationsmöglichkeiten in Palästina. Als Grund für die arabischen Unruhen nennt er die unzulänglichen Kolonisationsmethoden der jüdischen Siedler. Man müsse die Araber, die den Juden vorwerfen, ihnen ihr Land wegzunehmen und sie aus Palästina verdrängen wollen, überzeugen, dass es für ein friedliches Zusammenarbeiten genug Raum ‚in unserem Lande‘ für beide Nationen gibt. Soskins Lösung des Problems liegt im ‚Intensivismus‘ das heißt, die Anwendung fortschrittlicher landwirtschaftlicher Methoden auf einer möglichst kleinen Fläche. Deshalb sieht er in der geringen Fläche Palästinas und dem Umstand, dass sie zu einem großen Teile schon im Besitz anderer ist, kein Hindernis für die Ansiedlung von Millionen neuer Siedler. Am Ende seines Referates zieht er den Schluss, dass den Arabern das Land nicht genommen werden muss, ‚denn wir haben dafür keine Verwendung‘. Auch die Araber werden die neuen Methoden anwenden und von der Arbeit der Kolonisten profitieren womit Zusammenstöße nationalen Ursprungs vermieden werden können.<sup>245</sup>

Weitere Wortmeldungen anderer Delegierter zur Araberfrage: Die Dorfbewohner können gewonnen werden, wenn man sie überzeugt, dass auch sie von der jüdischen Arbeit profitieren werden.<sup>246</sup> Dem Araber soll das Recht des Einheimischen in Palästina zukommen. Um eine Verbindung mit dem arabischen Geist zu erlangen sei eine gründliche Kenntnis des ‚Arabismus‘ erforderlich, was zum Studium Palästinas, des

Orients, des ‚Arabertums‘ und der Sprachen der orientalischen Stämme und Kulturen zwingt.<sup>247</sup>

Der Resolutionsantrag Bubers wurde vom politischen Ausschuss des Kongresses bearbeitet und dem Kongress neben einer Reihe von weiteren Resolutionen zur Beschlussfassung vorgelegt.

„Der politische Ausschuss hat ferner das Problem unseres Verhältnisses zu den Arabern genau erwogen und beschlossen, Ihnen die folgende Resolution vorzulegen (liest):

„Mit Trauer und Empörung hat das jüdische Volk die Ereignisse der letzten Zeit in Palästina durchlebt. Die feindliche Haltung der durch gewissenlose Elemente verhetzten Teile der arabischen Bevölkerung Palästinas, die in blutigen Gewalttaten zu Ausbruch gekommen sind, kann weder unsere Entschlossenheit zur Errichtung des jüdischnationalen Heims schwächen, noch unseren Willen, mit dem arabischen Volk in einem Verhältnis der Eintracht und der gegenseitigen Achtung zu leben und im Bunde mit ihm die gemeinsame Wohnstätte zu einem blühenden Gemeinwesen zu machen, dessen Ausbau jedem seiner Völker einer ungestörten nationalen Entwicklung sichert. Die zwei großen semitischen Völker, die schon einmal das Band gemeinsamer kultureller Schöpfung verknüpfte, werden auch in der Stunde ihrer nationalen Wiedergeburt ihre Lebensinteressen zu gemeinschaftlichem Werk zu vereinigen verstehen.

Der XII. Zionistenkongress fordert die Exekutive auf, ihre Bemühungen um eine aufrichtige Verständigung mit dem arabischen Volk auf Grundlage dieser Erklärung und unter uneingeschränkter Wahrung der Balfour-Deklaration in erhöhtem Maße fortzusetzen. Der Kongress betont ausdrücklich, dass die jüdische koloniasatorische Arbeit die Rechte und Bedürfnisse des arbeitenden arabischen Volkes nicht beeinträchtigen wird.“<sup>248</sup>

Alle Resolutionen werden angenommen.

Wenn man die Debatten und Wortmeldungen der einzelnen Delegierten betrachtet, ist klar erkennbar, dass die Araberfrage auf den meisten Kongressen kein großes Thema war. Erst auf dem zwölften Kongress wurde zu dieser Frage in größerem Umfang Stellung genommen.

Wenn über den Zustand des Landes berichtet wird, heißt es immer, Palästina sei ‚dünn besiedelt, verödet, versumpft‘ und bewohnt von einer ‚alten verfallenden Kultur‘. Ab dem siebten Kongress 1905 wird über den aufkeimenden arabischen Nationalismus berichtet. Die Gefahr für den Zionismus, die vom ‚erwachenden Fanatismus der arabischen Majorität‘ ausgehen könnte wird erkannt. Einige Delegierte zeigen sich besorgt über die arabische Frage und die bestehenden Konflikte. Andere versuchen zu beschwichtigen und sehen auf arabischer Seite nur eine kleine Minderheit als Verursacher der Probleme. Als Ursachen für den Konflikt werden regelmäßig die praktizierte Art des Bodenkaufes und die Aufhetzung der unzureichend informierten arabischen Bevölkerung genannt. Beim Bodenkauf wird aber nur die damit einhergehende Vertreibung der arabischen Bauern kritisiert, nicht aber der Bodenkauf als solcher hinterfragt.

Die von den Delegierten empfohlenen Maßnahmen, um dem schwelenden Konflikt zu beruhigen, weisen immer in die gleiche Richtung. Im wirtschaftlichen Aufbau des Landes, in einem starken jüdischen Bevölkerungsanteil und in der Aufklärung der Araber sehen die meisten Zionisten das Allheilmittel um die arabische Opposition in Grenzen zu halten. Der Import von Fortschritt und Kultur werde mit der Zeit die arabische Bevölkerung versöhnlich stimmen.

Auf dem zwölften Kongress 1921 zeigt sich ein anderes Bild. Die Erfolge des Zionismus auf politischem und praktischem Gebiet wurden durch sein Versagen in der Araberpolitik auf den Boden der Realität zurückgeholt. Im Vergleich zu den früheren Kongressen unterscheiden sich die Ansichten zur Araberfrage und zur Lösung des Problems nicht nur in der Anzahl der Wortmeldungen sondern auch in der Qualität der Lösungsansätze.

Zum ersten Mal wird die zionistische Führung wegen ihrer Vernachlässigung der arabischen Politik kritisiert. Die Forderungen der Delegierten reichen vom militärischen Schutz für die jüdischen Siedler, Jabotinsky und Weizmann vertreten hier ähnliche Ansichten, bis hin zur nationalen Autonomie für die Araber. Die Forderung nach nationaler

Autonomie wird nur von den Mitgliedern der „Poale Zion“ gestellt. Es wiederholen sich aber auch die Argumente der vorhergehenden Kongresse.

Die am weitesten gehende Forderung stellt Buber. Er will einen grundsätzlichen Wandel in der Haltung der zionistischen Bewegung gegenüber der arabischen Bevölkerung herbeiführen. Buber verlangte direkte Verhandlungen mit dem arabischen Volk und ein konkretes politisches und wirtschaftliches Programm um eine Versöhnung zu erreichen.

In seiner Resolution spricht er von der ‚Vision einer neuen Menschheit‘ und fordert die Ablehnung der Methoden des ‚Herrschaftsnationalismus‘ und einen gerechten Bund mit dem arabischen Volk. Das gemeinsame Streben der beiden Völker zur Schaffung eines blühenden Landes wird in den Vordergrund gestellt. Die Resolution sichert den Arabern eine autonome Entwicklung zu und bekundet den Wunsch nach Achtung und gegenseitigem Wohlwollen.

Buber nahm selbst am Redaktionskomitee des politischen Ausschusses teil, in dem die endgültige Fassung der von ihm eingebrachten Resolution erarbeitet wurde. In seinem Brief an Judah Manges aus dem Jahr 1947 zeigte er sich über den endgültigen Text der Resolution immer noch sehr enttäuscht. Ständig wurden kleine Änderungen vorgeschlagen „(...) jede einzelne hatte scheinbar keine entscheidende Bedeutung, und alle wurde ausdrücklich damit begründet, dass man die Resolution für den Kongress annehmbar formulieren müsse.“<sup>249</sup> Buber wurde gefragt, ob es ihm nur auf eine Demonstration ankomme oder ob er will, dass der Kongress den Grundsatz der jüdisch-arabischen Zusammenarbeit annimmt.

Die endgültige Resolution spricht nur noch vom ‚Willen‘ der Zionisten gemeinsam mit dem arabischen Volk in Eintracht und gegenseitiger Achtung die gemeinsame Wohnstätte aufzubauen. Und appelliert an ‚die zwei großen semitischen Völker, die schon einmal das Band der gemeinsamer kultureller Schöpfung verknüpfte‘, sich in der Stunde der Wiedergeburt im gemeinsamen Streben zu vereinigen. Die

Absage an den „Herrschaftsimperialismus“ wurde gestrichen. Die Exekutive wird zwar aufgefordert, ihre Bemühungen um eine Verständigung mit den Arabern in ‚erhöhtem Maße fortzusetzen‘, allerdings nur unter dem Zusatz der uneingeschränkter Wahrung der „Balfour-Erklärung“.

### III. TEIL

#### DIE FRIEDENSKONFERENZEN

„So erschienen wir vor der Friedenskonferenz zu Paris und in San Remo zum Ersten Male nach 2000 Jahren als Vertreter eines Volkes. Wir haben unser Recht auf die nationale Heimstätte geltend gemacht und dieses Recht wurde uns zuerkannt. Das kann nicht mehr geändert werden“.<sup>250</sup>

Auf den Friedenskonferenzen in Paris, ab dem 12. Jänner 1919 und der Konferenz von San Remo am 24. und 25. April 1920 versuchten die verschiedenen Akteure ihre Forderungen durchzubringen. Die gegensätzlichen Interessen der Siegermächte und die Ansprüche der Araber und Juden, denen in den vergangenen Jahren jeweils sich widersprechende Zusagen<sup>251</sup> erteilt wurden, mussten irgendwie in Einklang gebracht werden. In San Remo legten Frankreich und Großbritannien ihre Mandatsgebiete fest. Die Verantwortlichkeit für die Durchführung der „Balfour-Erklärung“ wurde auf den Mandatar übertragen.<sup>252</sup>

Die Grenzen des jüdischen Nationalheims wurden jedoch noch nicht genau gezogen. Als Grundlage galten die zionistischen Vorstellungen wie sie im Memorandum dargestellt wurden<sup>253</sup>.

In ihrem Memorandum begründeten die Zionisten ausführlich den jüdischen Anspruch auf Palästina. Der desolate und schändliche Zustand des Landes bedürfe einer zusätzlichen Bevölkerung mit Energie, Intelligenz, Hingabe zum Land und den notwendigen finanziellen Ressourcen. Die arabische Bevölkerung wurde im Memorandum nicht direkt erwähnt. Als einziger Partner schien die zukünftige Mandatsmacht auf. Für die Zusammenarbeit mit der Mandatsmacht verlangten sie die Einsetzung eines „Jewish Council“, mit einer repräsentativen Vertretung der Juden Palästinas und jener der Diaspora. Mit Rechtspersönlichkeit und politischer Macht ausgestattet, sollte der Rat in allen, mit dem Aufbau des Landes zusammenhängenden Angelegenheiten die Regierung in Palästina unterstützen. Von einer Kooperation mit den nichtjüdischen

Bewohnern Palästinas wird nicht gesprochen. Sie werden erst am Ende der Ausführungen erwähnt. „Finally when in the opinion of the Mandatory Power, the inhabitants of Palestine shall be able to undertake the establishment of Representative and Responsible Government (...)”<sup>254</sup>Es wird weiters zugesichert, dass die Bewohner Palästinas, gemeint waren beide Bevölkerungsgruppen, unter der späteren (jüdischen) Regierung weiterhin ihre vollen zivilen und politischen Rechte als Bürger genießen werden.

Der in Frage kommende Zeitpunkt für eine, den Bevölkerungsverhältnissen entsprechenden, parlamentarisch verantwortlichen, repräsentativen Regierung, wies auf eine jüdische Majorität im Land. Eine arabische Majorität in einer repräsentativen Körperschaft hätte wohl kaum einer uneingeschränkten Einwanderung zugestimmt.

Gerade was die Freizügigkeit der Einwanderung betrifft kam auch Kritik aus den eigenen Reihen. Entscheidend für Weizmann war, dass das Memorandum in San Remo durchkommt, er hoffte auf weitere Zugeständnisse durch weitere detaillierte Verhandlungen mit Großbritannien zu einem späteren Zeitpunkt. „After the peace conference accepts our demands, we shall be able to ask for more and obtain more.”<sup>255</sup>

Das von Emir Feisal auf der Friedenskonferenz vorgelegte Memorandum zeigte Verständnis für die zionistischen Ambitionen. In Bezug auf Palästina enthielt es folgendes: „In Palestine the enormous majority of the people are Arabs. The Jews are very close to the Arabs in blood, and there is no conflict of character between the two races. In principles we are absolutely at one.“ Er wünscht sich die Erhaltung des Gleichgewichtes in der Region, das durch einen Treuhänder garantiert werden sollte.<sup>256</sup>

Über den Ausgang der Verhandlungen schreibt Weizmann, dass selbst die arabische Delegation zufrieden schien. „Wer den Speisesaal des Hotels Royal an diesem Abend betrat, sah die jüdischen und arabischen Delegierten an festlich geschmückter Tafel zusammensitzen und sich gegenseitig beglückwünschen, unter den wohlwollen väterlichen Blicken der britischen Abgeordneten“.<sup>257</sup> Weizmanns Schwärmerei scheint

auch begründet zu sein, bestanden doch nach den Ausschreitungen in Palästina berechtigte Zweifel an einem günstigen Ausgang der Konferenz für die zionistische Sache.

Sokolov irrte aber als er meinte, es könne nichts mehr geändert werden. Zum Zeitpunkt der endgültigen Entscheidung war das Ostjordangebiet bereits vom älteren Bruder Feisals, Emir Abdullah Ibn Hussein in Besitz genommen worden. Die vollendeten Tatsachen veranlassten die Briten im August 1921 nachträglich eine Klausel über die Abtrennung Transjordaniens in den Entwurf über das Palästina-Mandat einzufügen. Diese Abtrennung wurde durch nachträglichen Zusatz des Art. 25<sup>258</sup> in der Mandatssatzung verankert. Zwar standen auch weiterhin beide Teile des Mandatsgebietes unter der Regierungsgewalt des Hochkommissars in Jerusalem, die Anwendung der „Balfour-Erklärung“ wurde durch diesen Zusatz für Transjordanien jedoch ausgesetzt. Einwanderung und Landerwerb wurden somit für Juden östlich des Jordans untersagt. Die Zionistische Exekutive, allen voran Weizmann und sogar Jabotinsky stimmten der Abtrennung zu, sie hatten auch keine andere Wahl, denn das Palästina-Mandat war noch nicht in Kraft. Das entsprechende Abkommen für Palästina wurde dann am 24. Juli 1922 vom Völkerbundsrat genehmigt und trat am 29. September 1923 in Kraft.

## Schlussbemerkung

Wenn ich auf die in der Einleitung formulierte Frage zurückkomme, muss ich feststellen, dass sie seit dem Beginn der jüdischen Besiedlung Palästinas und nicht erst mit dem Aufkommen der zionistischen Bewegung erkannt wurde. Die Araberfrage wurde schon gestellt, bevor Theodor Herzl die Zionistische Organisation gründete.

Achad Haam war der erste, der sich um das Verhältnis der jüdischen Siedler zu ihren arabischen Nachbarn ernsthaft Sorgen machte und sich darüber auch öffentlich äußerte. Er kritisiert das Verhalten der jüdischen Siedler gegenüber ihren arabischen Nachbarn und warnt vor einer möglichen Konfrontation mit ihnen. Das Recht der beiden Völker auf Palästina betrachtete er als gleichwertig; Juden und Arabern sollte es möglich sein, ihr jeweils eigenes nationales Heim aufzubauen.

Ähnlich wie Haam äußerte sich Epstein zur Araberfrage. Das Gelingen des zionistischen Projektes hing für ihn direkt mit der Araberfrage zusammen.

Theodor Herzl hat mit der Begründung des politischen Zionismus und dem Aufbau der Zionistischen Organisation, der bereits bestehenden Bewegung jene Kraft verliehen, die schließlich zur Gründung des Staates Israel führte. Die wenigen Bemerkungen Herzls zur Araberfrage zeigen, dass sie für ihn kein vordringliches Thema waren. Sein utopischer Roman „Altneuland“ zeichnet zwar das Bild einer idealen neuen Gesellschaft, in der Juden und Araber gleichberechtigt und friedlich in einem Staat leben, er beweist aber nicht, dass er sich ausreichend mit der Araberfrage auseinandergesetzt hat. Sein ganzes Streben zielte auf eine rechtliche Absicherung, einen „Charter“, für die Besiedlung des Landes.

Dies trifft auch auf Chaim Weizmann zu. Er hatte im Gegensatz zu Herzl Erfolg und konnte von der britischen Regierung die „Balfour-Erklärung“ erwirken und die zionistischen Forderungen wirksam auf der Friedenskonferenz vorbringen. Auch mit Feisal konnte er ein Abkommen schließen, das den zionistischen Ambitionen förderlich gewesen wäre. Dennoch betrachtete Weizmann die arabische Bevölkerung Palästinas

nicht als Verhandlungspartner. Ihre Bedenken versuchte er zu zerstreuen und verwies auf die Vorteile, die eine jüdische Besiedlung für das Land bringen würde.

Arthur Ruppin war im Auftrag der Zionistischen Organisation direkt in Palästina als Leiter des „Palästinaamtes“ tätig. Eine Aufgabe, die ihn unweigerlich mit der Araberfrage konfrontierte und die ihn immer mehr beschäftigte. Ruppin war dennoch für eine verstärkte Einwanderung und versuchte ein zusammenhängendes Siedlungsgebiet mit einem möglichst geschlossenen Wirtschaftskreislauf zu errichten. Nachdem der arabische Widerstand offensichtlich wurde, sah er sein Aufbauprojekt gefährdet, wandte sich aber gegen eine Politik der Gewalt gegenüber den Arabern. Um doch noch eine Verständigung mit den Arabern herbeizuführen gründete er den „Brit Schalom“.

Martin Buber hat zwar das Verhältnis zwischen Juden und Arabern in Palästina aus der Ferne beobachtet, er übersiedelte erst 1938 von Deutschland nach Palästina, trat aber immer für einen Dialog zwischen den beiden Volksgruppen ein und forderte konkrete politische Maßnahmen. Seine umfassenden Forderungen legte er auf dem zwölften Kongress in einem Resolutionsantrag dar. Es war der eindringlichste Appell an die zionistische Führung, um eine Änderung der zionistischen Politik gegenüber den Arabern herbeizuführen.

Nationale Rechte für die Araber, wie sie Buber in seiner Resolution verlangte, lehnte Max Bodenheimer ab. Er betrachtete Palästina aus mehreren Gründen nicht als arabisches Land. Er spricht sich aber für ein gutes Einvernehmen mit der arabischen Bevölkerung aus.

David Ben Gurion sah einen Zusammenhang zwischen dem arabischen Widerstand und der Besiedlung Palästinas und sprach über die offene Abneigung der Araber gegenüber den Juden. In der Öffentlichkeit versuchte er die Ablehnung durch die Araber herunterzuspielen war aber zugleich auch bestrebt ein Einvernehmen mit ihnen zu finden. Ben Gurion wies darauf hin, dass die Juden auch mit Gewalt nicht gehindert werden können, nach Palästina zu kommen.

In der Ideologie David Aron Gordons gehört demjenigen der Boden, der ihn bearbeitet. Wobei den Juden das größere historische Recht zukomme. Im Gegensatz zu anderen Auffassungen, betrachtete Gordon die arabische Bevölkerung Palästinas als Nation und sah in der Verbesserung der gegenseitigen Beziehungen die erste große Bewährungsprobe für das jüdische Volk in Palästina.

Nach Beer Borochovs Auffassung löst sich die Araberfrage im Klassenkampf auf. Wobei die nahe Verwandtschaft der beiden Völker die Assimilation erleichtern würde.

Vladimir Jabotinskys Beurteilung der Araberfrage ging in eine andere Richtung. In der Feindschaft der Araber gegenüber dem Zionismus sah er ein natürliches Verhalten eines Volkes, das um sein Überleben kämpft. Er sprach offen aus, dass die Bevölkerung Palästinas den zionistischen Ambitionen nie zustimmen werde.

In Bezug auf die Araberfrage ist zumindest eine Übereinstimmung zu erkennen: der Wunsch nach einer konfliktfreien Besiedlung Palästinas. Der Weg zu einer sinnvollen Verständigungspolitik wurde dennoch nicht gefunden. Das Grundproblem des Zionismus, die Ursache der arabisch-zionistischen Feindschaft wurde, außer von Jabotinsky, verschwiegen oder verdrängt. Jabotinsky war überzeugt, dass sich die arabische Majorität in Palästina nicht widerstandslos durch die planmäßige Einwanderung von Juden verdrängen lassen würde. Für ihn gab es nichts, das man den Arabern für die Überlassung des Landes hätte anbieten können.

Erst die arabische Revolte in den Jahren 1920 und 1921 führte zu einer intensiveren Auseinandersetzung mit der Araberfrage und dem Versuch, nach den Ursachen zu suchen. Erfolgversprechende Lösungsvorschläge waren dennoch keine zu erkennen. Im Vordergrund standen immer noch die ‚ökonomische Überzeugungspolitik‘ und die Gewissheit, dass ein starker jüdischer Bevölkerungsanteil den arabischen Widerstand schwächen werde. Letztlich bewirkte auch der Resolutionsentwurf Bubers keine Änderung der zionistischen Nationalheimpolitik. Auch wenn der arabische Widerstand in seiner vollen

politischen Dimension erfasst worden wäre, stellt sich immer noch die Frage, ob die Zionisten bereit gewesen wären, das Nationalheimprojekt diesen Erkenntnissen unterzuordnen.

Seit den ersten mahnenden Worten Haams im Jahre 1891 bis zu den arabischen Ausschreitungen sind dreißig Jahre vergangen. Seine damals geäußerten Befürchtungen sind zur Realität geworden.

---

<sup>1</sup> Da ihm als Jude eine Karriere als Richter unmöglich war und er sich aus Rücksicht auf seine Eltern nicht taufen lassen wollte, fasste er im Sommer 1885 diesen Entschluss.

<sup>2</sup> Eine Spionageaffäre, bei der der jüdische Offizier Hauptmann Alfred Dreyfus der Spionage für Deutschland beschuldigt wurde. Der Prozess um ihn begann am 19. Dezember 1894 und drei Tage später wurde Dreyfus zu lebenslänglicher Deportation und zu militärischer Entehrung verurteilt. Herzl wohnte den Verhandlungen bei und berichtete darüber ausführlich. 1899 schrieb er über die Affäre: „Der Fall Dreyfus enthält mehr als ein Justizirrtum, er enthält den Wunsch der ungeheuren Mehrheit in Frankreich, einen Juden und in diesem einen alle Juden zu verdammen. Tod den Juden! heulte die Menge, als man den Hauptmann seine Tressen vom Waffenrock riß (...) Wo? In Frankreich. Im republikanischen, modernen, zivilisierten Frankreich, hundert Jahre nach der Erklärung der Menschenrechte. Das Volk, wenigstens ein großer Teil davon, will nicht mehr die Menschenrechte für die Juden. Das Edikt der großen Revolution wird widerrufen.“ (Bein, 1983, S. 91.) In den folgenden Jahren weitete sich die Affäre zu einer innenpolitischen Krise in Frankreich aus und endete schließlich 1906 mit dem Freispruch und der Rehabilitierung von Alfred Dreyfus.

<sup>3</sup> Vgl. Bein, 1983 S. 10ff.

<sup>4</sup> Gemeint ist hier Edmond Rothschild (1845-1934), Bankier und Philantrop. Er war der Begründer und Förderer von landwirtschaftlichen und industriellen Siedlungen in Palästina. Herzl erhoffte sich von ihm finanzielle Unterstützung für seine Palästina-pläne. Rothschild lehnte aber ab (Bein, 1983, S. 155).

<sup>5</sup> Avineri, 1998, S. 117.

<sup>6</sup> Vertreter nationaljüdischer Ideen gab es bereits vor Herzl.

Moses Hess (1812-1875) kann als Vorläufer des politischen Zionismus bezeichnet werden. Er war in der revolutionären sozialistischen Bewegung aktiv und gemeinsam mit Karl Marx Herausgeber der radikalen „Rheinischen Zeitung“. Mit Friedrich Engels gab er die Zeitschrift „Gesellschaftsspiegel“ heraus. Daneben beschäftigte er sich mit der jüdischen Frage und veröffentlichte in seinem Pariser Exil ein Buch mit dem Titel „Rom und Jerusalem, Die letzte Nationalitätenfrage“. Ähnlich wie Jabotinsky (siehe S. ) wurde auch Hess von der Einigung Italiens inspiriert und fordert die Lösung des jüdischen Problems durch die Schaffung eines jüdisch-sozialistischen Gemeinwesens in Palästina. Er fordert nicht nur die jüdische Unabhängigkeit sondern auch nationale Selbstbestimmung für die Völker des Osmanischen Reiches. Hess versteht die Juden als Nation und vergleicht ihr Streben mit den nationalen Freiheitsbewegungen Europas. Das Buch fand aber keine große Verbreitung. (Vgl. ebenda, S. 53f.)

Leon Pinsker (1821-1891) war Arzt in Odessa/Russland und zunächst ein Vertreter des Assimilationsgedankens. Unter dem Eindruck der Pogrome gegen die Juden um 1881 in Russland änderte er seine Ansichten. 1882 veröffentlicht er anonym seine Schrift „Autoemancipation! Mahnruf an seine Stammesgenossen von einem russischen Juden“. Pinsker fordert in seiner Schrift die Juden auf, wieder eine Nation zu werden und legt die gedanklichen Grundlagen für die frühen zionistischen Strömungen in Russland. (Vgl. Schöps, Neues Lexikon des Judentums, 2000.)

Nathan Birnbaum (1864-1937) war Jurist und Schriftsteller in Wien. 1883 gründete er in Wien den ersten jüdisch-nationalen Studentenverein „Kadima“ (Vorwärts). Er war der

---

Herausgeber der Zeitschrift „Selbstemanzipation“ und der Wortschöpfer des Begriffes „Zionismus“ (Vgl. ebenda.)

<sup>7</sup> In Argentinien gab es bereits jüdische Kolonien. Baron von Hirsch (1831-1896), Bankier und Philantrop gründete 1891 die „Jewish Colonization Association“ und kaufte in Argentinien große Ländereien zur Besiedlung auf. Bis 1894 gelang ihm lediglich die Gründung von vier jüdischen Kolonien mit dreitausend Bewohnern. Wie Rothschild lehnte auch Hirsch die Unterstützung Herzls Palästina-pläne ab. (Vgl. Bein, 1983, S. 96f.)

<sup>8</sup> Kellner, 1905, Bd. I, S. 68.

<sup>9</sup> Ebenda, S. 122.

<sup>10</sup> Herzl, Tagebücher II, S. 98.

<sup>11</sup> Penslar, J. Derek, Mythos und Gegenmythos, [www.zionismus.info/herzl/penslar.htm](http://www.zionismus.info/herzl/penslar.htm)

<sup>12</sup> Kellner, 1905, Bd. I, S. 205.

<sup>13</sup> Vgl. Bein, 1983, S. 156.

<sup>14</sup> Vgl. Kellner, 1905, Bd. II, S. 130.

<sup>15</sup> Deutschland war ein einflussreicher Partner des Osmanischen Reiches und Herzl hat von Anfang an versucht, den Kaiser für seine Pläne zu gewinnen

<sup>16</sup> Ein Charter ist ein Schutzbrief für eine privatrechtliche Gesellschaft. Seit dem 16. Jahrhundert vergaben europäische Regierungen Schutzbriefe an einzelne Personen oder an Gesellschaften, die ein neues Gebiet erworben haben. Ende des 19. Jahrhunderts lebten die Chartergesellschaften neu auf, wobei den Gesellschaften hauptsächlich die Entwicklung und Verwaltung unter der Aufsicht des Staates übertragen wurden. Diese Form der mittelbaren Verwaltung war stets eine Vorstufe zur endgültigen Inbesitznahme durch den Staat selbst. (Vgl. Wagner, 1971, S. 208.)

<sup>17</sup> Vgl. Bein, 1983, S. 259.

<sup>18</sup> Schäfer Barbara: Herzl und die Araberfrage, in Menora 1990, S. 140-150

<sup>19</sup> Ebenda, S. 148.

<sup>20</sup> Eine Politik, die er in den folgenden Jahren fortsetzte. Herzl versuchte einigen Persönlichkeiten bei politischen Angelegenheiten, die ihn selbst betrafen zu helfen. Er erhoffte im Gegenzug selbst Unterstützung für sein Vorhaben zu erhalten.

<sup>21</sup> Schäfer, 1990, S. 141.

<sup>22</sup> Vgl. Bein, 1983, S. 267f.

<sup>23</sup> Herzl, Altneuland, 10. Aufl. S. 47.

<sup>24</sup> Ebenda, S. 47.

<sup>25</sup> Ebenda, S. 50.

<sup>26</sup> Rischon Lezion wurde 1882 als eine der ersten jüdischen Siedlungen in Palästina gegründet. Rechovot wurde 1890 gegründet.

<sup>27</sup> Vgl. Herzl, Altneuland, 10. Aufl. S. 54.

<sup>28</sup> Ebenda, S. 76.

<sup>29</sup> Ebenda, S. 132.

<sup>30</sup> Ebenda, S. 133.

<sup>31</sup> Ebenda, S. 135.

<sup>32</sup> Ebenda, S. 135f.

<sup>33</sup> Vgl. ebenda, S. 227.

<sup>34</sup> Vgl. ebenda, S. 82.

<sup>35</sup> David Wolfsohn (1856-1914) lebte vorwiegend in Köln und baute gemeinsam mit Bodenheimer eine zionistische Struktur in Deutschland auf. Auf dem siebten Zionistenkongress in Basel 1905 wurde Wolfsohn als Nachfolger Herzls zum Präsidenten der Zionistischen Organisation gewählt. Auf dem zehnten Kongress 1911 trat er von seinem Amt zurück, er wurde auf dem elften Kongress 1913 noch einmal in dieses Amt gewählt.

<sup>36</sup> Die „Kölner Thesen“ waren die erste allgemeine Programmschrift des Zionismus und enthielten bereits einige wesentliche und programmatische Aussagen und Forderungen. 1. Das Judentum lässt sich nicht als Religion, sondern als eine durch gemeinsame Abstammung und Geschichte verbundene nationale Gemeinschaft definieren. 2. Sicherstellung einer sozialen und kulturellen Zukunft der Juden durch die Bildung eines eigenen Staates, der alle Juden, die in ihren Heimatländern nicht bleiben können oder wollen, aufnimmt und sie völkerrechtlich vertritt. Als Weg dazu werden vorgeschlagen: Kolonisation in Syrien und Palästina, Pflege jüdischen Wissens und jüdischer Sitte,

---

Verbesserung der sozialen und kulturellen Lage der Juden. (Schöps, Neues Lexikon des Judentums, 2000.)

<sup>37</sup> Vgl. Encyclopaedia Judaica, 2007.

<sup>38</sup> Vgl. Bodenheimer, 1958, S. 130f.

<sup>39</sup> Ebenda, S. 172ff.

<sup>40</sup> Vgl. ebenda, S. 161f.

<sup>41</sup> Vgl. ebenda, S. 272f.

<sup>42</sup> Ebenda, S. 268.

<sup>43</sup> Ebenda, S. 277f.

<sup>44</sup> Siehe unten S. 35f.

<sup>45</sup> Vgl. Encyclopaedia Judaica, 2007.

<sup>46</sup> Schöps, 1983, S. 31.

<sup>47</sup> Vgl. Nordau, 1923, S. 252.

<sup>48</sup> Ebenda, S. 186.

<sup>49</sup> Vgl. Gorny, 1987, S. 157.

<sup>50</sup> Vgl. Encyclopaedia Judaica, 2007

<sup>51</sup> Sephardim (Singular Sephard, hebräisch für Spanien) ist die Bezeichnung von Juden, die vor ihrer Vertreibung 1492 in Spanien und Portugal lebten und sich danach vor allem in Südosteuropa, Nordamerika und Asien niederließen (Vgl. Schöps, Neues Lexikon des Judentums, 2000.)

<sup>52</sup> Sidon liegt im heutigen Libanon nördlich von Tyrus. In den damaligen zionistischen Vorstellungen lag Sidon noch im Bereich des jüdischen Siedlungsgebietes

<sup>53</sup> Aschkenasim (Singular Aschkenas, im Mittelalter die hebräische Bezeichnung für Deutschland) später wurden alle Juden Nordeuropas und Russlands im Gegensatz zu den Sepharden als Aschkenasen bezeichnet. (Vgl. Schöps, Neues Lexikon des Judentums, 2000.)

<sup>54</sup> Vgl. Ruppin, Arthur: The Picture in 1907 (1908), [www.zionism-israel.com/Arthur\\_Ruppin\\_1907.htm](http://www.zionism-israel.com/Arthur_Ruppin_1907.htm)

<sup>55</sup> Der Kibbuz (Sammlung) war eine genossenschaftlich organisierte Gemeinschaftssiedlung mit gemeinsamem Eigentum, gemeinsamer Produktion und Arbeit sowie gemeinsamen Einrichtungen des Konsums und der Lebensführung ohne Privatbesitz und ohne privatwirtschaftliche Tätigkeit. Der Eintritt und Austritt war freiwillig. Der Moschav war ähnlich dem Kibbuz organisiert aber mit einem geringeren Kollektivitätsgrad. (Vgl. Schöps, Neues Lexikon des Judentums, 2000.)

<sup>56</sup> Vgl. Krolik, 1985, S. 9ff.

<sup>57</sup> Vgl. Ebenda, S. 177.

<sup>58</sup> Vgl. Laqueur, 1975, S. 248.

<sup>59</sup> Vgl. Krolik, 1985 S. 303.

<sup>60</sup> Ruppin, 1937, S. 242.

<sup>61</sup> Krolik, 1985, S. 313.

<sup>62</sup> Vgl. Ebenda, S. 323.

<sup>63</sup> Siehe unten S. 24.

<sup>64</sup> Vgl. Krolik, 1985, S 323

<sup>65</sup> Vgl. Meier-Cronemeyer, 1989, S. 79.

<sup>66</sup> Ruppin, 1937, S. 241.

<sup>67</sup> Die Vertreter eines binationalen Staates lehnten für Palästina einen zentralistischen Nationalstaat ab. Sie forderten einen föderalistischen Staat mit dezentralisierten autonomen Einheiten. Die Binationalisten stellten das „jüdisch-arabische Land“ in den Mittelpunkt. Beiden Völkern sollte dadurch eine nationale Entfaltung in einem gemeinsamen Staat ermöglicht werden. (Vgl. Klein, 1982, S. 84f)

<sup>68</sup> Vgl. Mendes-Flohr, 1983, S. 102.

<sup>69</sup> Vgl. Kohn, 1979, S. 434.

<sup>70</sup> Weizmann, 1951, S. 59.

<sup>71</sup> Vgl. Ebenda. S. 156f

<sup>72</sup> Siehe unten, S. 66.

<sup>73</sup> Weizmann, 1951, S. 190.

---

<sup>74</sup> Vgl. Ebenda, S. 192.

<sup>75</sup> Jischuv (bewohntes Land) bezeichnet die in Palästina lebende jüdische Bevölkerung

<sup>76</sup> Schöps, 1983, S. 213.

<sup>77</sup> Vgl. Weizmann, S. 276.

<sup>78</sup> Arthur J. Balfour, Außenminister der britischen Regierung. Die Erklärung erging in Form eines Briefes an Baron Lionel Walter Rothschild.

<sup>79</sup> Hurewitz, 1956, S. 26.

<sup>80</sup> Nach einer formellen Entscheidung durch den Ausschuss für den mittleren Osten des britischen Kriegskabinetts am 26. 1. 1918: „The important political results that had accrued from the declaration of His Majesty's government to the Zionists and the need for putting the assurance given in this declaration into practice“. (Katz, 1996, S. 393.)

<sup>81</sup> Sokolov Nachum (1861 – 1937) gilt als Begründer des modernen hebräischen Journalismus und versuchte in seinen Feuilletons und Artikeln den Juden Osteuropas die Kultur der Moderne zu vermitteln. Er schloss sich früh der zionistischen Bewegung. Während des 1. Weltkrieges übersiedelte Sokolov nach London, wo er gemeinsam mit Weizmann Einfluss auf die britische Palästina-Politik nahm und so am Entstehen der „Balfour-Erklärung“ beteiligt war. In seiner „Geschichte des Zionismus“ geht er auf die Schwierigkeiten mit dem arabischen Problem ein, ist aber von einer Lösung überzeugt. Über die Beziehungen zwischen Juden und Arabern meint er, dass Palästina ohne Nachteil für die Araber jüdisch werden könne und dass die Juden allein den Arabern helfen können, ihren Platz in der zivilisierten Welt wieder einzunehmen. Der Zionismus strebe nicht danach, seinen Einfluss zum Nachteil der Nichtjuden in Palästina auszuüben und denke auch nicht daran eine militärische Macht zu erlangen um ein anderes Volk zu unterjochen. Der Zionismus hoffe, die Chauvinisten unter den Arabern werden ihre unfreundliche Haltung ändern so dass Juden und Araber gemeinsam für die Zivilisation des Ostens arbeiten können (Vgl. Sokolov, 1919, S. 306ff.)

<sup>82</sup> Sokolov, 1919, S. 475.

<sup>83</sup> Feisal war der älteste Sohn des Scharif Hussein von Mekka, dem Anführer des von den Briten unterstützten arabischen Aufstandes gegen die Türken von 1916. Feisal träumte von der Errichtung eines vereinigten arabischen Königreiches.

<sup>84</sup> Vgl. Weizmann, 1951, S. 355.

<sup>85</sup> Zit. nach: Sykes, 1967, S. 35.

<sup>86</sup> Ebenda.

<sup>87</sup> Felix Frankfurter (1882-1965), ein amerikanischer Zionist und Mitglied der amerikanisch-zionistischen Delegation auf den Friedenskonferenzen in Paris und folgende. Nach Wagner Heinz geht dieser Brief erheblich über das Weizmann-Feisal Abkommen hinaus (Vgl. Wagner. 1971, S. 132.)

<sup>88</sup> Vgl. Weizmann, 1951, S. 363.

<sup>89</sup> Vgl. Meier-Cronemeyer, 1989, S. 61f.

<sup>90</sup> Vgl. Katz, 1996, S. 435.

<sup>91</sup> Zit. nach: Flapan, 1979, S. 57.

<sup>92</sup> Zit. nach: Ebenda, S. 61.

<sup>93</sup> Zit. nach: Ebenda, S. 62.

<sup>94</sup> Die Chibbat Zion (Liebe zu Zion) war eine zionistische Bewegung in Russland in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts. Ihre Anhänger nannten sich Chowewe Zion (Zion-Liebende) und unterstützten die ersten jüdischen Siedlungen in Palästina und bekämpften Vorschläge, die andere Gebiete als mögliche Heinstätten für das jüdische Volk vorsahen, zB Ugand-Plan ( Vgl. Schöps, Neues Lexikon des Judentums, 2000.)

<sup>95</sup> Vgl. Bar-Zohar, 1992, S. 25

<sup>96</sup> Die „Poale Zion“ (Arbeiter Zions) wurde 1906 in Osteuropa und ein Jahr später weltweit als sozialistisch-zionistische Partei gegründet. Neben den allgemeinen sozialistischen Zielen erstrebte sie eine Lösung der jüdischen Arbeiterfrage durch eine Konzentration der jüdischen arbeitenden Massen in Palästina

<sup>97</sup> Petach Tikwa wurde 1878 als erste landwirtschaftliche Siedlung gegründet. Die Siedlung war zuerst erfolglos, erst durch die Unterstützung durch Baron Edmond Rothschild ab 1883 begann der wirtschaftliche Aufschwung.

---

<sup>98</sup> Sejera (auch Sedjera) war eine jüdische Siedlung in Galiläa wo 1907 die erste Genossenschaft jüdisch landwirtschaftlicher Arbeiter gegründet wurde. Nach dem Grundsatz der „Eroberung der Arbeit“ arbeiteten hier nur Juden und keine arabischen Tagelöhner wie in den anderen Siedlungen. Auch die Bewachung, die anfangs noch an Tscherkessen abgegeben wurde, übernahmen die Juden selber.

<sup>99</sup> Ben Gurion, 1968, S. 45.

<sup>100</sup> Die Jungtürken waren eine politische Bewegung im Osmanischen Reich, die seit 1876 illegal auf liberale Reformen und eine konstitutionelle Staatsform hinarbeitete. Die Träger der Bewegung waren modernistische Teile der gebildeten Eliten. 1907 trafen sich in Saloniki die Vertreter der verschiedenen Flügel und gründeten das „Komitee für Einheit und Fortschritt“. Nach ihrer erfolgreichen Revolution 1908/09 erzwangen die Jungtürken vom Sultan Abdul Hamid II. die Wiedereinsetzung der suspendierten Verfassung. Ihr Versuch, eine parlamentarisch-konstitutionelle Regierung einzurichten und dabei die Wünsche der verschiedenen Minderheiten im Vielvölkerstaat einzubeziehen, scheiterte. 1912 erfolgte der Sturz der jungtürkischen Regierung durch ihre konservativen Gegner. Aber bereits ein Jahr später kamen die Jungtürken durch einen Militärputsch wieder an die Macht. Die schwierige außen- und innenpolitische Lage verwandelte die anfänglich demokratisch gesinnte Jungtürkische Bewegung in eine Diktatur. (Vgl. Encyclopaedia Judaica, 2000.)

<sup>101</sup> Vgl. Bar-Zohar, 1992, S. 66.

<sup>102</sup> Vgl. ebenda, S. 71f.

<sup>103</sup> Ben Gurion, 1968, S. 20.

<sup>104</sup> Vgl. ebenda, S. 21f.

<sup>105</sup> Vgl. Flapan, S. 140.

<sup>106</sup> Vgl. Shafir, 1991, S. 203f.

<sup>107</sup> Ausführlich geschildert in: Ben Gurion, 1968

<sup>108</sup> Ben Gurion, 1968, S. 27.

<sup>109</sup> Vgl. Ebenda, S. 79ff.

<sup>110</sup> Ebenda, S. 40.

<sup>111</sup> Zit. nach: Neifeind, 1999, S. 86.

<sup>112</sup> Vgl. Gorny, 1987, S. 42f.

<sup>113</sup> Vgl. Laqueur, 1975, S. 233f.

<sup>114</sup> Vgl. Gorny, 1987, S. 118.

<sup>115</sup> Haskala (Aufklärung) Bewegung im 18. und 19. Jahrhundert in Mittel- und Osteuropa als Teil der europäischen Aufklärung. Ihre Anhänger wollten die seit Jahrhunderten überlieferte religiöse Lebensweise sprengen und weltliche Züge im Judentum fördern. Sie verbreiteten weltliche Bildung unter den Juden und förderten so die Akkulturation und dadurch auch assimilationistische Tendenzen im Judentum. (Vgl. Schöps, Neues Lexikon des Judentums, 2000)

<sup>116</sup> Siehe Endnote 94.

<sup>117</sup> Vgl. Haam, Bd. II, 1923, S. 52f.

<sup>118</sup> Vgl. Buber, 1950, S. 181.

<sup>119</sup> Ebenda, S. 183.

<sup>120</sup> Haam, Bd. I, 1923, S. 87f.

<sup>121</sup> Ebenda, S. 107f.

<sup>122</sup> Vgl. Ebenda, S. 29f.

<sup>123</sup> Ebenda, S. 38.

<sup>124</sup> Vgl. Protokoll, III. Kongress, 1899, S. 191.

<sup>125</sup> Vgl. Bein, 1983, S. 254.

<sup>126</sup> Vgl. Kohn, 1979, S. 42ff.

<sup>127</sup> Buber, 1963, S. 513.

<sup>128</sup> „Hapoel Hazair“ (Der junge Arbeiter) eine zionistisch volkssozialistische Bewegung. Sie erstrebte die Bildung eines nationalen Zentrums in Palästina, um so durch die Verbindung mit dem Boden die schöpferischen Kräfte des jüdischen Volkes wieder zur Entfaltung zu bringen. Im „Kult der Arbeit“ sahen sie die einzige Möglichkeit der nationalen und sozialen Erneuerung, der politische Rahmen der jüdischen Siedlungen in Palästina war ihnen nicht von Bedeutung. (Vgl. Klein 1982, S. 46f.)

- 
- <sup>129</sup> Siehe unten: S. 42f.
- <sup>130</sup> Kohn, 1979, S. 177.
- <sup>131</sup> Vgl. Mendes-Flohr, 1983, S. 1983.
- <sup>132</sup> Siehe unten: S. 85f.
- <sup>133</sup> Jehuda Magnes (1877-1948) Rabbiner, Erzieher und Zionistenführer. Er war Mitbegründer der Hebräischen Universität und deren Rektor von 1925- 1935. Er kämpfte als führendes Mitglied des Brit Schalom für einen binationalen Staat.
- <sup>134</sup> Schraeder, 1973, S. 133.
- <sup>135</sup> Vgl. Friedmann, 1983, S. 20.
- <sup>136</sup> Vgl. Encyklopaedia Judaica, 2000.
- <sup>137</sup> Vgl. Gordon, A. D., Grundlagen unserer künftigen Arbeit, 1921, [www.zionism.info/grundlagentexte/stroemungen/gordon/htm](http://www.zionism.info/grundlagentexte/stroemungen/gordon/htm)
- <sup>138</sup> Siehe unten: S. 47f.
- <sup>139</sup> Zit. nach: Kohn, 1979, S. 174.
- <sup>140</sup> Vgl. Gordon, 1921.
- <sup>141</sup> Avineri, 1998, S. 177.
- <sup>142</sup> Vgl. Katz, 1996, S. 26f.
- <sup>143</sup> Vgl. Ebenda, S. 43f.
- <sup>144</sup> Vgl. Ebenda, S. 50.
- <sup>145</sup> Vgl. Ebenda, S. 52.
- <sup>146</sup> Vgl. Ebenda, S. 75.
- <sup>147</sup> Vgl. Ebenda, S. 183
- <sup>148</sup> Vgl. Ebenda, S. 92f.
- <sup>149</sup> Vgl. Ebenda, S. 96.
- <sup>150</sup> Nicht nur die Zionisten, auch die arabischen Nationalisten nutzten die neuen Freiheiten und starteten ihrerseits eine mediale Kampagne gegen die jüdische Einwanderung in Palästina. Die neuen Zeitungen und Zeitschriften in Palästina, Beirut und Damaskus verbreiteten antijüdische Propaganda und unterstützten den erwachenden arabischen Nationalismus.
- <sup>151</sup> Flapan, 1979, S. 79.
- <sup>152</sup> Katz, 1996, S. 99.
- <sup>153</sup> Im April 1925 gründete Jabotinsky die „Welt-Union der Zionisten-Revisionisten. Das proklamierte Ziel der Partei war die Errichtung des Judenstaates zu beiden Ufern des Jordans. Um den Schutz der Kolonisten zu gewährleisten fordert er eine bewaffnete Kraft in genügender Menge und ausreichender Zahl denn „in Augenblicken, von denen unsere Zukunft abhängen kann, wird nur eine richtige bewaffnete Macht sich der Situation gewachsen zeigen“. Das Parteiprogramm definiert das Verhältnis zu den Arabern als korrekt und real. „Wir verwerfen jeden Gedanken an eine „Eliminierung“ der Araber. (...) Wir stellen uns Palästina als ein Land mit jüdischer Mehrheit vor. (...) Aber das Wort Mehrheit setzt immer eine „Minderheit“ voraus. Vom Standpunkt der jüdischen Ehre aus sind wir fest davon überzeugt, dass eine solche arabische Minderheit von der jüdischen Majorität so behandelt werden wird, wie wir es heiß wünschen, unsere jüdischen Minderheiten in anderen Ländern behandelt zu sehen. (...) Wir würden uns aufrichtig freuen, wenn es einer zionistischen Partei gelingen würde, ein Mittel zu entdecken, um die palästinensischen Araber zu zionistenfreundlichen Gefühlen zu bekehren. Bitte sehr! Wir werden dem bestimmt nichts in den Weg legen, vorausgesetzt, dass ein solches Übereinkommen nicht zur Folge hat einen Verzicht auf den Plan und auf das Recht der Juden, Palästina in einen Judenstaat zu verwandeln.“ (Jabotinsky, 1925, S. 9f.)
- <sup>154</sup> Vgl. Katz, 1996, S. 100ff.
- <sup>155</sup> Vgl. Katz, 1996, S. 149ff.
- <sup>156</sup> Jabotinskys Konzept für die Jüdische Legion richtete sich gerade auf die Zeit nach dem Krieg. Neben der historischen Funktion zur Befreiung des Landes sollte die Legion zum Schutz des entstehenden jüdischen Staates dienen. Mit der Demobilisierung der britischen Truppen sollte im Gegenzug die Legion verstärkt werden.
- <sup>157</sup> Zit. nach: Katz, 1996, S. 455.
- <sup>158</sup> Vgl. Katz, S. 457f

- 
- <sup>159</sup> Vgl. Katz, S. 586ff.
- <sup>160</sup> Zit. nach: Buttenhauser, 1994, S.14.
- <sup>161</sup> Vgl. Buttenhauser, 1994, 22.
- <sup>162</sup> Katz, 1996, S. 815.
- <sup>163</sup> Die Enttäuschung über das Uganda-Projekt war besonders unter Zionisten aus Russland groß. Zudem mangelte es nach dem Tode Herzls an politischen Optionen.
- <sup>164</sup> Vgl. Katz, 1996, S. 84f.
- <sup>165</sup> Zit. nach: Buttenhauser, 1994, S. 28.
- <sup>166</sup> Vgl. Ebenda, S. 30.
- <sup>167</sup> Zit. nach: Ebenda, S. 33.
- <sup>168</sup> Siehe oben: Endnote 93.
- <sup>169</sup> Vgl. Encyclopaedia Judaica, 2000.
- <sup>170</sup> Vgl. Borochoy, 1969, S. 70ff
- <sup>171</sup> Ebenda, S. 76.
- <sup>172</sup> Ebenda, S. 25f.
- <sup>173</sup> Ebenda, S. 96.
- <sup>174</sup> Ebenda, S. 73.
- <sup>175</sup> Ebenda, S. 102.
- <sup>176</sup> Gorny (1987, S. 37)sagt dazu: "Even if we assume that this formula of "cruel Zionism" was not directed exclusively at the relations between Jews and Arabs, but at the general process of building a Jewish society in Palestine which embodied the class struggle between Jews and Jews and the national conflict between Jewish community and the Turkish regime, so drastic a change in outlook deserves examination"
- <sup>177</sup> Borochoy, S. 105.
- <sup>178</sup> Gorny, 1987, S. 35f.
- <sup>179</sup> [www.zionism-israel.com/hdoc/Poalei\\_Tziyon\\_Peace%20Manifesto\\_1917.htm](http://www.zionism-israel.com/hdoc/Poalei_Tziyon_Peace%20Manifesto_1917.htm), 15.09.2008 Borochoy, Beer 1917, „Poale Zion“ Peace Manifesto
- <sup>180</sup> [www.angelfire.com/il2/borochoy](http://www.angelfire.com/il2/borochoy), 15.09.2008, Borochoy, Beer, Eretz Israel in our Programm and Tactics, Kiew, 1917,
- <sup>181</sup> Der Schekel war ursprünglich eine Gewichtseinheit. 1897 wurde der Schekel für die zionistische Bewegung als Mitgliedsbeitrag eingeführt. Die Höhe der Beiträge war von Land zu Land verschieden, entsprach aber ungefähr dem Wert von einem Schweizer Franken. (Schöps, Neues Lexikon des Judentums, 2000.)
- <sup>182</sup> Vgl. Bein, 1968, S. 177.
- <sup>183</sup> Vgl. Böhm, 1935, S. 216
- <sup>184</sup> Vgl. Protokoll, I. Kongress, S. 92f.
- <sup>185</sup> Vgl. Ebenda, S. 172f.
- <sup>186</sup> Vgl. Ebenda, S. 175f
- <sup>187</sup> Vgl. Ebenda, S. 114.
- <sup>188</sup> Der Ausdruck „Heimstätte“ war ein verbaler Kompromiss zwischen dem politischen Willen eines jüdischen Staates, der politischen Gegnerschaft eines solchen Staates, die lediglich ein Kulturzentrum oder einen Zufluchtsort mit irgendeinem Grad von Autonomie anstrebte, und politischen Rücksichten. So wurde seit dem 1. Zionistenkongress in offiziellen Dokumenten immer nur eine „Heimstätte“ für das jüdische Volk gefordert. „Heimstätte“ wurde als „National Home“ übersetzt. In dem Maße wie sich das Zentrum des Zionismus vom deutschsprachigen Raum in die angelsächsische Welt verlagerte, und auch weil der englische Begriff das Nationale des jüdischen Willens stärker ausdrückte, setzte sich dieser Begriff durch und wurde als „Nationalheim“ ins Deutsche rückübersetzt. (Vgl. Wagner, 1971, S. 216f.)
- <sup>189</sup> Max Nordau ist es zuzuschreiben, die Konferenzteilnehmer von der Notwendigkeit einer weniger provozierenden Umschreibung zu verwenden. „Heimstätte“ sei nur ein Synonym für Staat. Die bewusste Zweideutigkeit sei gewollt gewesen, aber niemand habe sich darüber im Unklaren befunden, dass ein „Staat“ gemeint und gewollt war. (Vgl. Wagner, 1971, 217.)
- <sup>190</sup> Protokoll, I. Kongress, S. 115.
- <sup>191</sup> Vgl. Protokoll, II. Kongress, S. 4.
- <sup>192</sup> Vgl. Protokoll, VI. Kongress, S. 263.

- 
- <sup>193</sup> Vgl. Bodenheimer, 1958, S. 161.  
<sup>194</sup> Vgl. Protokoll, VI. Kongress, S. 8.  
<sup>195</sup> Vgl. Ebenda, S. 235.  
<sup>196</sup> Weizmann, 1951, S. 134.  
<sup>197</sup> Vgl. Protokoll, VII. Kongress, S. 205.  
<sup>198</sup> Vgl. Ebenda, S. 225.  
<sup>199</sup> Vgl. Ebenda, S. 148ff.  
<sup>200</sup> Vgl. Ebenda, S. 300.  
<sup>201</sup> Ebenda, S. 22.,  
<sup>202</sup> Ebenda, S. 113.  
<sup>203</sup> Ebenda, S. 148.  
<sup>204</sup> Protokoll, IX. Kongress, S. 385.  
<sup>205</sup> Ebenda, S. 7f.  
<sup>206</sup> Ebenda, S. 16.  
<sup>207</sup> Ebenda, S. 25.  
<sup>208</sup> Ebenda, S. 208.  
<sup>209</sup> Ebenda, S. 215.  
<sup>210</sup> Protokoll, X. Kongress, S. 90f.  
<sup>211</sup> Ebenda, S. 81f.  
<sup>212</sup> Ebenda, S. 128f.  
<sup>213</sup> Ebenda, S. 258.  
<sup>214</sup> Ebenda, S. 278.  
<sup>215</sup> Protokoll, XI. Kongress, S. 7ff.  
<sup>216</sup> Ebenda, S. 154.  
<sup>217</sup> Ebenda, S. 193ff.  
<sup>218</sup> Zit. nach: Kreuzberger, 1957, S. 29f.  
<sup>219</sup> Zit. nach: Ebenda.  
<sup>220</sup> Siehe unten: S. 88f.  
<sup>221</sup> Vgl. Klein, 1982, S. 130.  
<sup>222</sup> Protokoll, XII. Kongress, S. 16.  
<sup>223</sup> Ebenda, S. 26ff.  
<sup>224</sup> Ebenda, S. 28.  
<sup>225</sup> Ebenda, S. 38.  
<sup>226</sup> Ebenda, S. 105.  
<sup>227</sup> Ebenda, S. 124.  
<sup>228</sup> Ebenda, S. 127.  
<sup>229</sup> Ebenda, S. 128f.  
<sup>230</sup> Ebenda, S. 148.  
<sup>231</sup> Ebenda, S. 151f.  
<sup>232</sup> Ebenda, S. 154.  
<sup>233</sup> Ebenda, S. 163f.  
<sup>234</sup> Ebenda, S. 173.  
<sup>235</sup> Ebenda, S. 182.  
<sup>236</sup> Ebenda, S. 184.  
<sup>237</sup> Ebenda, S. 194.  
<sup>238</sup> Ebenda, S. 204.  
<sup>239</sup> Ebenda, S. 231.  
<sup>240</sup> Ebenda, S. 268f.  
<sup>241</sup> Ebenda, S. 275f.  
<sup>242</sup> Ebenda, S. 285f.  
<sup>243</sup> Ebenda, S. 304.  
<sup>244</sup> Ebenda, S. 326.  
<sup>245</sup> Ebenda, S. 342ff.  
<sup>246</sup> Ebenda, S. 436.  
<sup>247</sup> Ebenda, S. 468.  
<sup>248</sup> Ebenda, S. 715.  
<sup>249</sup> Vgl. Schraeder, Bd. III, 1973, S. 134.  
<sup>250</sup> Ebenda, S. 24.

---

<sup>251</sup> Die Britisch-Französischen Absprachen im Sykes-Picot Abkommen, die Britisch-Arabischen Absprachen im McMahon-Hussein Briefwechsel, die britischen Versprechungen in der „Balfour-Erklärung“

<sup>252</sup> Art 95: „The Mandatory will be responsible for putting into effect the declaration originally made on the 2nd November 1917, by the British Government and adopted by other Allied Powers in favour of the establishment in Palestine of a national home for the Jewish people, it being clearly understood that nothing shall be done that may prejudice the civil and religious rights of existing non-Jewish communities in Palestine ...” (Wagner, 1971, S. 142.)

<sup>253</sup> “Starting on the North at a point on the Mediterranean Sea in the vicinity South of Sidon and following the watersheds of the foothills of the Lebanon as far as JISR EL KARAON, thence to EL Bire following the dividing line between the two basins of the WADI EI KORN and the WADI ET TEIM thence in a southerly direction following the dividing line between the Eastern and Western slopes of the HERMON, to the vicinity West of BEIT JENN, thence Eastward following the northern watersheds of the Nahr Mughaniye close to and west of the Hedjaz Railway. In the East a line close to and West of the Hedjaz Railway terminating in the Gulf of Akaba. In the South a frontier to be agreed upon with the Egyptian Government. In the west the Mediterranean Sea”. (Hurewitz, 1956, S. 46.)

<sup>254</sup> Hurewitz, 1956, S. 50.

<sup>255</sup> Katz, 1996, S. 439.

<sup>256</sup> Hurewitz, 1956, S. 38f.

<sup>257</sup> Weizmann, 1951, S. 385.

<sup>258</sup> Art. 25: In the territories lying between the Jordan and the eastern boundary of Palestine as ultimately determined, the Mandatory shall be entitled (...)  
(Hurewitz, 1956, S. 111.)

## LITERATUR

- HAAM, Achad, Am Scheideweg, 2 Bände, Jüdischer Verlag, Berlin 1923
- AVINERI, ScloMo, Profile des Zionismus, Gütersloher Verlagshaus, Gütersloh 1998
- BAR-ZOHAR, Michael, David Ben Gurion, Der Gründer des Staates Israel, Gustav Lübbe Verlag GmbH, Bergisch Gladbach 1992
- BEIN, Alex, Theodor Herzl, Verlag Ullstein GmbH, Frankfurt/M. 1983
- BEN GURION, David, Wir und die Nachbarn, Rainer Wunderlich Verlag, Tübingen 1968
- BODENHEIMER, Henriette Hannah (Hrsg.), So wurde Israel, Erinnerungen von M. I. Bodenheimer, Europäische Verlagsanstalt GmbH, Frankfurt/M. 1958
- BÖHM, Adolf, Die Zionistische Bewegung, 2 Bände, 2. erweiterte Auflage, Hozaah Ivrih Co Ltd., Tel Aviv 1935
- BOROCHOV, Beer, Die Grundlagen des Poalezionismus, Borochovpress, Frankfurt/M. 1969
- BUBER, Martin, Israel und Palästina, Artemis Verlag, Zürich 1950
- BUBER, Martin, Der Jude und sein Judentum, Joseph Melzer Verlag, Köln 1963
- BUNZL, John, Israel und die Palästinenser, Universitäts Verlagsbuchhandlung GmbH, Wien 1983
- BUTTENHAUSER, Johann, Vladimir Zeev Jabotinsky: Ethik und Politik, Diplomarbeit, Wien 1994
- COHEN, Ahron, Israel and the arab world, W. H. Allen & Co Ltd, London 1970
- ENCYCLOPAEDIA JUDAICA, Scd. Edition, Keter Publishing House 2007
- EDELHEIT, J. Abraham, EDELHEIT, Hershel, Handbook of Zionism, Westview Press, Boulder 2000
- HERZL, Theodor, Altneuland, 10. Auflage, R. Löwit Verlag, Wien
- HERZL, Theodor, Gesammelte zionistische Schriften, 2. Auflage, 2. Band, Jüdischer Verlag Berlin 1934
- HUREWITZ, J. C., Diplomacy in the Near and Middle East, A Documentary Record: 1914-1956, D. Van Nostrand Company, Inc., Princeton 1956
- FLAPAN, Simcha, Zionism and the Palestinians; Craam Helm Ltd., London 1979
- FRIEMANN, Maurice, Martin Bubers Life and Work, The Middle Years 1923-1945, E. P. Dutton Inc., New York 1983
- GORNY, Yosef, Zionism and the Arabs 1882-1948, Cleavedon Press, Oxford 1987
- HAUMANN, Heiko (Hrsg.), Der erste Zionistenkongress 1897-Ursachen, Bedeutung, Aktualität, Verlag Karger, Basel 1997
- HAUMANN, Heiko (Hrsg.), Der Traum von Israel, Beltz Athenäum Verlag, Weinheim 1998
- JABOTINSKY, Vladimir, Grundlagen des Zionismus-Revisionismus, Verlag der Zeitschrift „Tel Hay“, Wien

- KATZ, Shmuel, Lone Wolf, A Biography of Vladimir Jabotinsky, Barricade Books Inc., New York 1996
- KELLNER, Leon (Hrsg.), Theodor Herzl, Theodor Herzls Zionistische Schriften, 2 Bände, Jüdischer Verlag, Berlin 1905
- KLEIN, Judith, Der deutsche Zionismus und die Araber Palästinas, Campus Verlag, Frankfurt/M. 1982
- KOHN, Hans, Martin Buber, Sein Werk und seine Zeit, 4. Auflage, Fourier Verlag, Wiesbaden 1979
- KROLIK, Schlomo (Hrsg.), Arthur Ruppin, Briefe, Tagebücher, Erinnerungen, Jüdischer Verlag Athenäum, Königstein/Ts. 1985
- LAQUEUR, Walter and BARRY, Rubin (Ed.), The Israel-Arab Reader, Sixth Revised Edition, Penguin Putnam Inc., New York 2001
- LAQUEUR, Walter, Der Weg zum Staat Israel, Europa Verlags AG, Wien 1975
- MEIER-CRONEMEYER, Zionismus Von den Anfängen bis zum Staat Israel, 2. Auflage, Haag und Hercher, Frankfurt/M. 1989
- MENDES-FLOHR, Paul (Hrsg.), Martin Buber, Ein Land und zwei Völker, Insel Verlag, Frankfurt/M. 1983
- NEIFEIND, Harald, Der Nahostkonflikt – historisch, politisch, literarisch, Wochenschau Verlag, Schwalbach/Ts. 1999
- NORDAU Max, Zionistische Schriften, Jüdischer Verlag, 2. Auflage, Berlin 1923
- Ruppin Arthur, Dreißig Jahre Aufbau in Palästina, Schocken Verlag, Berlin 1937
- SCHÖPS, Julius, Theodor Herzl 1860-1904, Wenn ihr wollt ist es kein Märchen, Jüdischer Verlag, Kronberg/Ts. 1978
- SCHÖPS, Julius, Zionismus, Texte zu einer Entwicklung, 2. Auflage, Fourier Verlag, Wiesbaden 1983
- SCHÖPS, Julius, (Hrsg.), Neues Lexikon des Judentums, Gütersloher Verlagshaus, Gütersloh 2000
- SCHRÄDER, Grete (Hrsg.), Buber Martin, Briefwechsel aus sieben Jahrzehnten, Band III, Verlag Lampert Schneider, Heidelberg 1973
- SHAFIR, Gershom, Land and Labour and the origins of the Israel-Palestinian Conflict 1882-1914, Cambridge University Press 1991
- SOKOLOV, Nachum, Geschichte des Zionismus, Band I und II, Internationaler Verlag Renaissance, Wien/Berlin/Leipzig 1919
- STENOGRAPHISCHES PROTOKOLL der Verhandlungen des I. Zionisten-Kongresses, Verlag des Vereins „Erez Israel“, Wien 1898
- STENOGRAPHISCHES PROTOKOLL der Verhandlungen des II. Zionisten-Kongresses, Verlag des Vereins „Erez Israel“, Wien 1898
- STENOGRAPHISCHES PROTOKOLL der Verhandlungen des III. Zionisten-Kongresses, Verlag des Vereins „Erez Israel“, Wien 1899
- STENOGRAPHISCHES PROTOKOLL der Verhandlungen des IV. Zionisten-Kongresses, Verlag des Vereins „Erez Israel“, Wien 1900
- STENOGRAPHISCHES PROTOKOLL der Verhandlungen des V. Zionisten-Kongresses, Verlag des Vereins „Erez Israel“, Wien 1901
- STENOGRAPHISCHES PROTOKOLL der Verhandlungen des VI. Zionisten-Kongresses, Verlag des Vereins „Erez Israel“, Wien 1903

- STENOGRAPHISCHES PROTOKOLL der Verhandlungen des VII.  
Zionisten-Kongresses, Jüdischer Verlag, Berlin 1905
- STENOGRAPHISCHES PROTOKOLL der Verhandlungen des VIII.  
Zionisten-Kongresses, Jüdischer Verlag, Köln 1907
- STENOGRAPHISCHES PROTOKOLL der Verhandlungen des IX.  
Zionisten-Kongresses, Jüdischer Verlag, Köln 1910
- STENOGRAPHISCHES PROTOKOLL der Verhandlungen des X.  
Zionisten-Kongresses, Jüdischer Verlag, Berlin und Leipzig 1911
- STENOGRAPHISCHES PROTOKOLL der Verhandlungen des XI.  
Zionisten-Kongresses, Jüdischer Verlag, Berlin und Leipzig 1914
- STENOGRAPHISCHES PROTOKOLL der Verhandlungen des XII.  
Zionisten-Kongresses, Jüdischer Verlag, Berlin und Leipzig 1905
- SYKES, Christopher, Kreuzwege nach Israel, Verlag C. H. Beck,  
München 1967
- WAGNER, Heinz, Der Arabisch-Israelische Konflikt im Völkerrecht,  
Duncker & Humbolt, Berlin 1971
- WEIZMANN, Chaim, Memoieren, Das Werden des Staates Israel, Horovitz  
Publishing Ltd., London 1951

## ABSTRACT

HÄFELE, Werner, Zionismus und Araberfrage, Am Beispiel zionistischer Persönlichkeiten bis zum britischen Mandat, Diplomarbeit 105 S, 2008

Die Fragestellung dieser Arbeit: Wie ist der Zionismus von seinen Anfängen bis zum britischen Mandat über Palästina mit der Araberfrage umgegangen.

Um diese Frage zu beantworten werden, wird im ersten Teil der Arbeit anhand von einigen zionistischer Persönlichkeiten (Herzl, Bodenheimer, Nordau, Ruppin, Weizmann, Ben Gurion, Epstein, Haam; Buber, Gordon, Jabotinsky und Borochov) gezeigt, wie sie die arabische Bevölkerung Palästinas in ihr Denken und Handeln aufgenommen haben.

Im zweiten Teil der Arbeit werden die Zionistenkongresse untersucht. Auf den Kongressen, dem Hauptorgan der Zionistischen Organisation, kommen eine Reihe weiterer Zionisten zu Wort, die im ersten Teil nicht besprochen wurden.

Methodisches Vorgehen: Literaturvergleich; Primärliteratur, wie die Protokolle der Zionistenkongresse und Sekundärliteratur.

Die Araberfrage hat in den Anfängen des Zionismus nur eine untergeordnete Rolle gespielt. Das zionistische Aufbauwerk in Palästina dominierte die Bewegung. Kritische Stimmen gab es zwar bereits vor dem Auftreten des politischen Zionismus, dennoch wurde der Araberfrage erst nach den Ausschreitungen in den Jahren 1920 und 1921 mehr Aufmerksamkeit geschenkt. Zu einer nachhaltigen Änderung der zionistischen Politik gegenüber der arabischen Bevölkerung Palästinas konnte man sich innerhalb der Zionistischen Organisation jedoch nicht durchringen.

## LEBENS LAUF

NAME	Werner Häfele
GEBURTSDATUM	28. Jänner 1961
GEBURTSORT	Hohenems
STAATSBÜRGERSCHAFT	Österreich
1967 - 1971	Volksschule Hohenems
1971 - 1975	Hauptschule Hohenems
1975 – 1980	BORG Feldkirch
1980/81	Militärdienst/Einjährig-Freiwillig
1981/82	UNDOF/Golan
ab WS 1982	Studium der Rechtswissenschaften
1985/86	UNDOF/Golan
ab WS 1986	Studium der Judaistik/Politikwissenschaft
1994/95	Forschungsauftrag für das Jüdische Museum in Hohenems
ab SS 1998	Studium der Politikwissenschaft /Judaistik